

WELT-SICHTEN

Magazin für globale Entwicklung und ökumenische Zusammenarbeit



Erde aus dem Gleichgewicht

Klimaschutz: Die Justiz soll helfen
Indien: Kampf gegen die Plastikflut

RAUBKUNST AUS AFRIKA: Entschuldigt euch! | **KAMERUN:** Der Präsident genießt den Genfer Luxus | **KOLUMBIEN:** Friedensdörfer unter Druck





Jetzt bestellen*
oder als
Abopremie sichern

Zwischen Pomp und Brexit

Harter oder weicher Brexit? Zweites Referendum? Oder No Deal? Nach fast drei Jahren ist immer noch offen, unter welchen Bedingungen Großbritannien aus der EU austreten wird. Schottland träumt schon von einem neuen Unabhängigkeitsreferendum, Gibraltar will genauso wie Nordirland lieber in der Europäischen Union bleiben, und im nordenglischen Sunderland fürchten sie, dass der japanische Autorhersteller Nissan nach dem Brexit wieder abwandert. Dabei hat Großbritannien so viel mehr zu bieten. Vergessen wir nicht die Musik – von den Beatles über Blur bis zu Stormzy –, das Theater! Und den Fußball! Über die Fans und Finanziere der Premier League schreibt Raphael Honigstein; Sadiah Qureshi erzählt die unerzählte Geschichte der schwarzen Briten, und Veronica Horwell die turbulente Story der britischen „Vogue“ im Zweiten Weltkrieg.

Mit Beiträgen von Kate Connolly, Kirsty Hughes, Susan McKay, Kenan Malik, Paul Mason, Daniel Zylbersztajn und vielen anderen. 112 Seiten, broschiert, ISBN 978-3-937683-78-2

* 8,50 € · versandkostenfrei im Inland · shop@taz.de

T (030) 259 02 - 138 oder als Prämie für ein Zeitungsabo von
Le Monde diplomatique unter monde-diplomatique.de

.....
monde-diplomatique.de



Bernd Ludermann

Chefredakteur

Liebe Leserinnen und Leser,

im Kampf gegen Plastik gehört Indien zu den Vorreitern: Eine Reihe Bundesstaaten hat Einweggeschirr, Taschen und Verpackungen aus Kunststoff verboten. Der Abfall hatte die Kanalisation verstopft und Brutstätten für Krankheitserreger geschaffen. Das Verbot wird weitgehend akzeptiert, berichtet Rainer Hörig – Frauen gehen mit Stofftaschen einkaufen, Händler nutzen Papiertüten. Die Behörden im benachbarten Pakistan tun dagegen nur halbherzig etwas gegen die dramatische Luftverschmutzung, schildert Rina Saeed Khan.

Beide Umweltprobleme schädigen die lokale Bevölkerung – und haben zugleich eine globale Dimension: Smog über Südasien kann die Monsunregen verändern und den Klimawandel verstärken, viele Plastikabfälle enden im Ozean. Heute könnte das enorme

Ausmaß der menschlichen Eingriffe laut Wissenschaftlern die Erde insgesamt, ihr Klima und die Ökosysteme, unumkehrbar verändern. Ich gehe der Frage nach, worauf diese Warnung beruht und was sie bedeutet. Wie aber kann man globalen Umweltrisiken entgegenwirken? Fred Pearce stellt zwei Rezepte für Artenschutz vor, Christian Mihatsch den Schutz der Ozeane und

Benjamin von Brackel schildert Versuche, Klimasünder vor Gericht zu bringen. Unser Volontär Moritz Elliesen berichtet, wie deutsche Kirchen mit der Verpachtung ihres Agrarlandes einen kleinen Beitrag zur umweltgerechten Landwirtschaft leisten können.

Die Schweiz begünstigt die Misswirtschaft in Kamerun: Paul Biya, der ewige Präsident des zentralafrikanischen Landes, verbringt mit großem Gefolge viel Zeit in einem Genfer Luxushotel – und lässt dort Unmengen Geld, das offenbar aus dem Staatshaushalt stammt, schreibt Markus Spörndli. Wenn Sie Filme von Netflix streamen, finden Sie dort demnächst vielleicht mehr Streifen aus Nigeria: Der US-amerikanische Anbieter hat sich in die Filmindustrie des westafrikanischen Landes eingekauft. Dass dies anspruchsvollen afrikanischen Filmemachern mehr Geld und mehr Zuschauer bringt, bezweifelt Alessandro Jedlowski allerdings. Und aus Kolumbien berichtet Knut Henkel von einem Dorf, das sich im Bürgerkrieg der Gewalt entziehen wollte – und erneut unter Druck gerät.

Eine anregende Lektüre wünscht

Bernd Ludermann

Das enorme Ausmaß der menschlichen Eingriffe könnte die Erde insgesamt, ihr Klima und die Ökosysteme, unumkehrbar verändern.



12



VICENTE MINA/AFP/GETTY IMAGES

44

Umweltschutz kommt voran, wenn Bürger dafür auf die Straße gehen dürfen: In Schanghai demonstrieren Anwohner im Juni 2015 gegen den Bau einer Chemiefabrik.

Wie lange geht das noch gut?
Ein Mann balanciert über dem Hochwasser im nigerianischen Bundesstaat Kogi. Heftige Regenfälle haben 2018 in Nigeria zahlreiche Flüsse über die Ufer treten lassen und über hundert Todesopfer gefordert. Naturwissenschaftler warnen: Der Mensch überschreitet zunehmend planetare Grenzen, Ökosysteme drohen zu kippen.

AFOLABI SOTUNDE/REUTERS

► Titelthemen

SCHWERPUNKT: GLOBALE UMWELTKRISEN

12 Risse im Netz des Lebens

Der Planet kommt aus dem Gleichgewicht, warnen Naturwissenschaftler
Bernd Ludermann

► 18 Kampf gegen die Plastikflut

In Indien wollen Politiker dem Plastikmüll mit Verboten beikommen
Rainer Hörig

22 Abgase bis zum Himalaya

In pakistanischen Städten herrscht dicke Luft – und die Behörden tun zu wenig
Rina Saeed Khan

25 Kaum noch Platz für Schmetterlinge

Was bremst das Artensterben – mehr Naturparks oder eine andere Landwirtschaft?
Fred Pearce

► 29 Klimasünder auf der Anklagebank

Vor Gericht werden Konzerne und Regierungen zu Klimaschutz gedrängt
Benjamin von Brackel

32 „Auch die Linke ist in ihrem Hauptstrom auf Wachstum fixiert“

Gespräch mit Reinhard Loske, Mitautor der Studien für ein „Zukunftsfähiges Deutschland“

38 Öko-Erwachen auf Kirchenland

Gemeinden wollen, dass ihre Äcker umweltverträglich bestellt werden
Moritz Elliesen

41 Letzte Chance für die Weltmeere

Ein Kollaps der Ozeane würde den Klimawandel beschleunigen
Christian Mihatsch

44 Für die Umwelt und für Demokratie

Bei Natur- und Klimaschutz darf man nicht auf Autokraten setzen
Eduardo Gudynas

Teile der Auflage enthalten das Dossier „Teilhabe für Kinder mit Behinderung“, je eine Beilage von Der Freitag, der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und der Heinrich-Böll-Stiftung sowie eine Eigenbeilage von WELT-SICHTEN.



PICTURE ALLIANCE/AP PHOTO

Kameruns Präsident Paul Biya weilt gerne im Genfer Luxushotel Intercontinental. Doch zur Stimmabgabe bei den Wahlen 2018 mussten auch er und seine Frau nach Hause.

50

WELT-BLICHE

- ▶ **50 Kamerun: Der Präsident genießt den Genfer Luxus**
Paul Biya regiert das zentralafrikanische Land immer wieder aus der Schweiz – und lässt dort viel Geld
Markus Spöndli
- 54 Namibia: Die Wunde schmerzt noch**
Die deutschsprachige Kirche tut sich schwer mit der Kolonialvergangenheit. Das irritiert andere Christen im Land
Birgit Morgenrath
- 57 Südafrika: „Das Christentum ist kein westliches Konzept“**
Gespräch mit dem Sozialwissenschaftler Ndangwa Noyoo über das politische Engagement der südafrikanischen Kirchen
- 58 Nigeria: Netflix geht nach Nollywood**
Der US-amerikanische Streamingdienst steigt in die nigerianische Filmbranche ein
Alessandro Jedlowski
- ▶ **61 Kolumbien: Friedensdörfer unter Druck**
Eine Gemeinde im Norden des Landes will die Paramilitärs draußen halten
Knut Henkel



Kommentieren Sie die Artikel im Internet:
www.welt-sichten.org

STANDPUNKTE

6 Auftakt

- ▶ **8 Kommentar:** Entschuldigt euch! Warum fällt es Europa so schwer, den Raub von Kulturgütern aus Afrika Unrecht zu nennen?
Yarri Kamara

- 10 Kommentar:** Friedenspolitisch Blödsinn. Statt mehr Geld fürs Militär ist Kritik in der Nato nötig
Bernd Ludermann

10 Leserbriefe

- 11 Leitartikel:** Nordafrika zwischen den Stühlen. Europa muss sein instrumentelles Verhältnis zum Maghreb und zu Ägypten überdenken
Tillmann Elliesen

BEWEGUNGSMELDER

- 48 Herausgeberkolumne:** Kinder in die Entwicklungszusammenarbeit einbinden
Katrin Weidemann
- 48 Fünf Fragen an:** Merle Tennie, Schülerin und Aktivistin bei der Bewegung „Fridays for Future“

JOURNAL

- 64 Burundi:** Die Forderung nach einer ethnischen Quote verunsichert Hilfsorganisationen
- 66 Berlin:** Ein Truppenabzug aus Afghanistan hätte Folgen für die Entwicklungspolitik
- 67 Brüssel:** Die Kommission will der Europäischen Investitionsbank Ausfallgarantien streichen
- 69 Schweiz:** Hilfsorganisationen kommen künftig schwerer an EU-Geld
- 71 Österreich:** Hand in Hand gegen Abschiebungen
- 73 Kirche und Ökumene:** Der Beauftragte für Religionsfreiheit berichtet von seiner Irak-Reise
- 74 Global-lokal:** Münchner Eine-Welt-Initiativen diskutieren den Entwicklungsbegriff
- 75 Personalie**

SERVICE

- 76 Filmkritik**
- 76 Rezensionen**
- 82 Kulturtyp / Impressum**



KURZ ERKLÄRT

Afrika: Besser studieren auf isiXhosa?



Ekkehard Wolff
ist emeritierter
Professor für
Afrikanische
Sprachen und
Literaturen an
der Universität
Leipzig.

Herr Wolff, Sie sagen, in Afrikas Schulen und Universitäten sollte mehr in lokalen Sprachen statt ausschließlich auf Englisch oder Französisch gelehrt werden. Warum? Viele junge Leute in Afrika gehen nach sechs, sieben Jahren von der Schule und können kaum einen ganzen Satz auf Französisch oder Englisch sagen und schreiben. Ein Grund ist, dass diese Sprachen außerhalb des Unterrichts keine Rolle in ihrem Leben spielen. Hinzu kommt, dass die Lehrkräfte sie zum Teil selbst nur sehr eingeschränkt sprechen. Das setzt sich dann fort bis in die Universitäten, wo die Forschung leidet.

Warum wurde das nicht längst geändert?

Weil es einfacher war, nach der

Unabhängigkeit die kolonialen Bildungssysteme mitsamt den Sprachen zu übernehmen. In den Gehirnen vieler afrikanischer Eliten spukt zudem bis heute das Gespenst vom europäischen Nationalstaat mit einer einzigen Sprache herum. Das passt aber nicht zu Afrika.

Wie soll bei der Vielzahl von lokalen Sprachen Lehre an der Uni funktionieren?

Es kommen ja nicht alle dafür infrage. In Nigeria mag es Hunderte Sprachen geben, aber die Leute können sich trotzdem unterhalten. Sie gebrauchen dafür regionale Verkehrssprachen, etwa Yoruba, Haussa oder Igbo. Die werden jeweils von 20 bis 80 Millionen Leuten gesprochen; damit kommt

man schon relativ weit. Solche Sprachen könnten auch eine Rolle an den Universitäten spielen. Es geht nicht darum, dass in afrikanischen Hörsälen in 2000 Sprachen gelehrt wird.

Ist der Wortschatz afrikanischer Sprachen komplex genug, um etwa technische Fächer zu studieren?

Die Mehrzahl sicher noch nicht. Aber alle Sprachen können weiterentwickelt und lexikalisch ausdifferenziert werden. Yoruba etwa wird seit 150 Jahren im Schulunterricht eingesetzt. Im Prinzip ist das auch in Forschung und Lehre machbar. An der Rhodes University in Südafrika etwa werden Jura und Pharmazie teilweise zweisprachig auf Englisch und isiXhosa gelehrt.

Reife Leistung

Der Karneval ist eine ernste Sache – besonders für Prominente, die sich zu Wort melden müssen. Dafür haben Annegret Kramp-Karrenbauer und Jair Bolsonaro jüngst Belege geliefert. Die CDU-Chefin hat sich unter die Narren gesellt und mit einem Scherz über geschlechtergerechte Toiletten Hüter der politischen Korrektheit auf den Plan gerufen. Der neue Präsident Brasiliens hingegen wollte das Gebaren der Narren moralisch anprangern – und hat große Entrüstung verursacht.

des Staatspräsidenten nicht sehen möchten, wie ein Mann einem anderen auf den Kopf pinkelt? So hat Bolsonaro sowohl die Narren gegen sich aufgebracht als auch Hüter der Moral. Immerhin: Millionen haben das Video angeschaut. Vielleicht weiß der Präsident aus eigener Erfahrung, dass brave Bürger Ausschweifungen, die sie sich nie erlauben würden, mit heimlicher Faszination betrachten.

Freilich hat er sich auch recht tumb an gestellt. Statt zu sagen, dass das zügellose Treiben auf Brasiliens Straßen ihn anwidert, hat er ein Video mit obszönen Szenen von eben diesem Treiben auf seinem Twitter-Kanal geteilt. Klar, mit dem Medium kann nicht jeder so brillant umgehen wie Donald Trump, Bolsonaros Vorbild im Weißen Haus. Aber kann es verwundern, dass rechtschaffene Bürgerinnen und Bürger auf dem Kanal

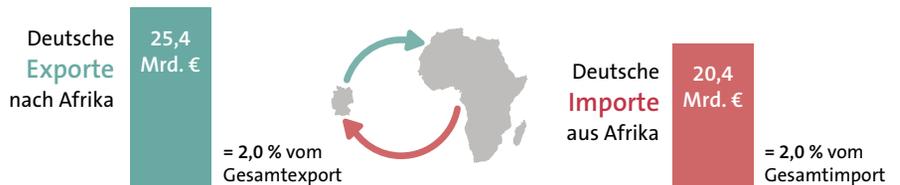
Jedenfalls ist der Karneval offenbar auf den Hund gekommen. Als im Mittelalter die Novizen an den tollen Tagen in die Kirche kackten, stellten sie die Ordnung für kurze Zeit auf den Kopf – und ordneten sich ihr anschließend wieder unter. An Karneval ließen sich die Oberen verspotten, weil das ihre Macht meist bestätigte. Heute fordern Staatschefs und solche, die es werden wollen, an Karneval gutes Benehmen und verspotten das unbotmäßige Volk. Selbst schuld, wenn Ihr da noch Beifall klatscht.

„Klimaschutz ist bei uns weitgehend auf die Stromerzeugung beschränkt – bei Verkehr und Landwirtschaft geht es mit Volldampf weiter in die falsche Richtung.“

Der frühere Grünen-Politiker Reinhard Loske im Gespräch über drei Jahrzehnte Nachhaltigkeitspolitik (Seite 32).

Der deutsch-afrikanische Handel

2017 in Milliarden Euro,



wichtigste Handelspartner

Anteil an allen Exporten nach Afrika			Anteil an allen Importen aus Afrika		
Südafrika	9,5 Mrd. €	37,4 %	Südafrika	7,3 Mrd. €	35,6 %
Ägypten	4,4	17,1	Libyen	2,5	12,2
Algerien	3,1	12,2	Tunesien	1,8	8,7
Marokko	2,1	8,1	Nigeria	1,6	7,8
Tunesien	1,6	6,2	Ägypten	1,4	6,7

wichtigste Güter

Kraftwagen und -teile	6,0 Mrd. €	Erdöl, Erdgas	5,6
Maschinen	4,6	Kraftwagen, -teile	3,0
chem. Erzeugnisse	2,4	landwirt. Erzeugnisse	2,4
elektr. Ausrüstungen	2,0	Metalle	1,6

Quelle: Statistisches Bundesamt

© Globus



Eine Doktorarbeit in isiXhosa dürfte in der internationalen Forschung aber kaum wahrgenommen werden.

Warum? Man kann sie doch ins Englische übersetzen, das habe ich mit meiner deutschen Habilitationsschrift ja auch gemacht. Es geht darum, junge Wissenschaftler in die Lage zu versetzen, ihr kognitives Potenzial voll auszuschöpfen. Das gelingt nicht in einer Sprache, in der man nicht zu Hause ist. Wir haben diese Möglichkeit, aber die afrikanischen Studenten haben sie nicht. Das Gespräch führte Tillmann Elliesen.

Haben Sie eine Frage? Schreiben Sie uns: redaktion@welt-sichten.org. Wir suchen die Fachleute, die Antworten liefern.

Entschuldigt euch!

Warum fällt es Europa so schwer, den Raub von Kulturgütern aus Afrika Unrecht zu nennen?

Von Yarri Kamara

Viele Afrikaner empfinden die europäische Diskussion über die Rückgabe afrikanischer Kulturgüter als arrogant. Denn die Europäer bringen es nicht fertig, um Verzeihung zu bitten.

In Burkina Faso klebt auf vielen Autos ein Sticker mit der Aufschrift „man sugri“. Das bedeutet „verzeih mir“ in der Sprache Mooré. Die Autofahrer bitten andere im Voraus um Verzeihung, wenn sie durch die Stadt kurven. Das Beispiel zeigt schön, wie zentral Versöhnung für die Kultur in vielen afrikanischen Ländern ist. Von den meisten europäischen Ländern kann man das nicht behaupten. Dieser Unterschied zwischen den beiden Kontinenten könnte erklären, warum bei der Debatte um geraubtes Kulturerbe in Frankreich in jüngster Zeit immer wieder irritierende Kommentare fallen.

Vergangenen November hat Frankreich einen Bericht zur Rückgabe der Kulturgüter veröffentlicht, die sich das Land während der Kolonialzeit illegal angeeignet hatte. Der französische Präsident Emma-

Im Westen ist Vergebung meist Gott, Priestern und mitunter Präsidenten vorbehalten. Das Recht beruht auf Vergeltung.

nuel Macron hatte den Bericht in Auftrag gegeben, geschrieben haben ihn der senegalesische Wirtschaftsphilosoph Felwine Sarr und die französische Kunsthistorikerin Bénédicte Savoy.

Der Bericht mit dem Titel „Die Rückgabe des afrikanischen Kulturerbes“ wertet die Entwendung der afrikanischen Kulturobjekte als Verbrechen gegen die Menschlichkeit und bezieht sich dabei auf Beispiele aus der europäischen Geschichte. In der Einleitung verweisen die Autoren auf den griechischen Historiker Polybios, der vor

2000 Jahren beklagte, die römischen Plünderungen griechischer Kulturgüter seien eine doppelte Bestrafung: Nicht nur seien die Griechen ihres kulturellen Erbes beraubt worden, sondern sie würden zusätzlich gedemütigt, weil sie mit anschauen mussten, wie die Objekte als Kriegsbeute in römischen Städten ausgestellt wurden. Der Bericht zitiert auch einen deutschen Philosophen aus dem 19. Jahrhundert, der die Botschaft der Plünderer an die Beraubten so zusammenfasst: „In Zukunft wird es euch schwerer fallen, zu lernen und Kultur zu erlangen.“

Sarr und Savoy zeigen dann, wie sehr der Raub afrikanischer Kunst Teil des kolonialen Unternehmens war. Sie schildern beispielsweise, wie im Jahr 1897 ein Berliner Museumsdirektor frohlockte, als er erfuhr, dass sich einer seiner Studenten an einer militärischen Strafmission in Kamerun beteiligen wollte: „Wir haben große Erwartungen“, wird er zitiert; der Student wisse, „was wir brauchen, und wird sich viel Mühe geben, etwas für uns zu finden“.

Die Ungerechtigkeit und das Ausmaß der Plünderungen – schätzungsweise 90 Prozent der Kulturgüter aus den Ländern Afrikas südlich der Sahara befinden sich außerhalb des Kontinents – bringen die Autoren dazu, Kompromisse abzulehnen. Statt Leihen oder Wanderausstellungen empfehlen sie die dauerhafte Rückgabe illegal angelegener Objekte, wenn ein afrikanisches Land das fordere.

Im französischen Kulturbetrieb kam der Bericht nicht gut an. Der Direktor des Musée du Quai Branly in Paris, das 70.000 Objekte aus dem subsaharischen Afrika

besitzt, warnte absurderweise, die Rückgabe würde „europäische Museen leeren“. Frankreichs Kulturminister sagte, er ziehe die Idee vor, afrikanische Kulturgüter zirkulieren zu lassen, statt sie dauerhaft zurückzugeben – nach dem Vorbild des British Museum, das vorgeschlagen hatte, Nigeria dessen Benin-Bronzen auszuleihen. Der französische Präsident hielt sich unterdessen alle Optionen offen: Man solle sowohl die dauerhafte Rückgabe als auch Leihen, Ausstellungen und den Austausch in Betracht ziehen.

Viele in Afrika empfinden diese Reaktionen als unfassbar arrogant. Warum die reflexhafte Verteidigungshaltung? Warum nicht zumindest ein bescheidenes „nam sugri“, um die Tür für einen Dialog zu öffnen?

Die Antwort ist, dass im Westen der Akt der Vergebung meist Gott, Priestern und mitunter Präsidenten vorbehalten ist. Das Recht beruht dort auf Vergeltung: Schuld wird zugewiesen, Strafen werden verhängt. Dieses System, in dem man entweder gewinnt oder verliert, schafft Distanz zwischen Tätern und Geschädigten. Niemand erwartet von Missetätern, dass sie um Vergebung bitten. Im Gegenteil wird erwartet, dass sie sich verteidigen und auf mildernde Umstände verweisen, auch wenn das den Schmerz der Opfer verstärkt.

In weiten Teilen Afrikas gilt das Gegenteil. Von klein auf wird Kindern beigebracht, anderen zu verzeihen. Erwachsene bringen ihnen bei, sich zu entschuldigen, wenn sie jemanden beleidigen, aber auch zu verzeihen, wenn ihnen Unrecht geschieht. Ebenso sind viele traditionelle Rechtskonzepte in Afrika



WOLFGANG AMMER

um Wiedergutmachung bemüht. Im Zentrum steht, Täter und Opfer zusammenzubringen und die Harmonie wiederherzustellen. Die Idee von „ubuntu“ (Zulu für Menschlichkeit), vertreten unter anderem vom früheren Erzbischof von Kapstadt, Desmond Tutu, zeigt, wie Entschuldigung und Vergebung die Heilung fördert und es Tätern ermöglicht, ihren Platz in der Gesellschaft wieder einzunehmen.

Bei der Rückgabe des afrikanischen Kulturerbes wartet der Kontinent noch immer auf sein „nam sugri“. Wir warten auf einen Ausdruck der Reue, der sich wie Salbe auf unsere Wunden legen würde. Wir warten auf eine Anerkennung unseres Schmerzes, damit wir vergeben können, wie wir es von Kindesbeinen an gelernt haben. Eine Entschuldigung allein würde zwar nicht genügen. Aber sie ist für uns

ein notwendiger erster Schritt, damit wir über Lösungen nachdenken können, die über das westliche Verlierer-Gewinner-Schema hinausgehen. Vielleicht finden sich darunter auch solche, wie sie der französische Kulturminister vorschlägt, aber wir könnten sie dann ohne die Verbitterung aufgreifen, die das Ausbleiben einer Entschuldigung bei uns hinterlässt.

Die Raubkunst ist natürlich nur ein Aspekt der kolonialen Vergangenheit, die Afrika und Europa verbindet. Viele andere Formen der Gewalt und Ungerechtigkeit vollständig anzuerkennen, fällt Afrikanern wie Europäern nach wie vor schwer – wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. In diesem Sinne war Macron ein Vorreiter in Europa, als er 2017 die französische Kolonialisierung von Algerien als Verbrechen gegen die Menschlich-

keit bezeichnete. „Es war wirklich barbarisch und ein Teil unserer Vergangenheit, dem wir uns auch durch eine Entschuldigung stellen müssen“, sagte er in Algier.

Das ist ein Anfang. Aber es braucht mehr. Im Fall der geraubten Kunst ist ein „nam sugri“ Voraussetzung, um daran zu arbeiten, was Sarr und Savoy im Untertitel ihres Berichts fordern: „Ein Weg zu einer neuen Beziehungsethik“.

Also, liebe Europäer, habt keine Angst mehr. Seid nicht so defensiv. Bittet um Verzeihung – und euch wird verziehen. Es liegt noch ein langer Weg vor uns, aber der Dialog über die Rückgabe des afrikanischen Kulturerbes, in welcher Form auch immer, wird dann allen leichter fallen.

Aus dem Englischen
von **Sebastian Drescher**.



Yari Kamara

arbeitet als Experte für Kulturpolitik, Autorin und Übersetzerin in Ouagadougou in Burkina Faso. Ihr Text ist im Original bei „African Arguments“ erschienen.

Friedenspolitisch Blödsinn

Statt den Rüstungsetat zu steigern, sollte Berlin für eine Kehrtwende in der Nato streiten

Seit Jahren verlangen deutsche Politiker und Sicherheitsexperten mehr Geld fürs Militär: Deutschland müsse die Zusage von 2014 an die Nato-Partner einhalten und zwei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung ausgeben. Dieses Ziel ist absurd und lenkt die Debatte über Deutschlands Verantwortung, die Befürworter des Ziels gern anmahnen, in eine völlig falsche Richtung.

Die FDP-Verteidigungspolitikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann hat Mitte März schweres Geschütz aufgeföhren: Dass Finanzminister Olaf Scholz beim Verteidigungsetat knausere, zeige, dass er „keine Ahnung von den aktuellen sicherheitspolitischen Anforderungen“ habe. Dabei spielt die Bundesregierung das Spiel mit, unter Druck der Verbündeten und speziell der USA den Verteidigungsetat ständig zu erhöhen: Er ist seit 2014 von rund 33 auf 46 Milliarden Euro gewachsen, und Berlin hat im Februar eine Steigerung der Quote auf 1,5 Prozent bis 2024 zugesagt.

Doch die Quote ist friedenspolitisch Blödsinn. Es ist ja richtig, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Welt übernehmen sollte.

Eine Verständigung darüber muss aber anfangen mit der Frage, was genau Frieden und Sicherheit gefährdet und mit welchen Mitteln man am besten gegensteuern kann. Vorrangig gefragt sind mehr diplomatisches Engagement und gemeinsame europäische Strategien, die sich am Ziel der gemeinsamen Sicherheit aller betroffenen Länder orientieren, nicht nur der Nato-Staaten. Soweit man im Rahmen einer solchen Friedenspolitik Militär für nötig hält, ist dann zu klären, wozu genau – zum Beispiel für Friedensmissionen – und was es dafür braucht. Erst daraus ergibt sich der Geldbedarf.

Zugleich gehört auf den Tisch, inwieweit arrogante Politik von Nato-Staaten – vor allem, aber

nicht nur der USA – selbst ein Sicherheitsrisiko ist. Zum Beispiel haben die Interventionen in Afghanistan und Libyen dort keinen Frieden gebracht und die zweite hat das Klima zwischen den Nato-Ländern und Russland nachhaltig vergiftet. Das Nato-Land Türkei trägt zum Krieg in Syrien bei, Waffenexporte in den Nahen Osten befördern unter anderem den Krieg im Jemen. Der weltweite „Krieg gegen den Terror“ und der Rückzug der USA aus dem Atomabkommen mit dem Iran heizen Konflikte weiter an. Den Militäretat zu steigern, damit Donald Trump uns gezogen und in der Nato alles beim Alten bleibt – das untergräbt auf die Dauer Frieden und Sicherheit, in Europa und weltweit. (bl)

LESERBRIEFE

Makaber und unreflektiert

Zum Artikel „Meine Angst vor dem schwarzen Mann“, welt-sichten 3/2019

Leute, seriously? Das ist eigentlich Rassismuskritik Lektion 1: Kolonialrassistische Wörter sollten nicht reproduziert werden. Was ihr allerdings ohne Wimpernzucken getan habt im Artikel (N-Wort). Ach und irgendwie ist der ganze Artikel komisch. Ich verstehe ja die Gefühle der Schuld, Scham und Wut, sie sind Teil des eigenen weißen Reflexionsprozesses. Aber der Artikel sucht die Gründe für diese Gefühle in „den Anderen“, nicht in der eigenen Rolle im rassistischen System. Ja klar sind auch wir weiße Menschen von Rassismus betroffen – zum Beispiel, indem wir Privilegien haben! Es ist also sehr unangebracht, sich selbst als Opfer zu erklären. Die kritische Selbstanalyse, woher „Ängste“ und konstruierte Bilder kommen und wie wir sie dekonstruieren können, wäre da weit aus angebrachter und produktiver.

Und es ist auch etwas anderes, aus welcher Perspektive der Auschwitz-Vergleich gezogen wird: Aus einer weißen Perspektive zu schreiben, „ich verzeihe den Schwarzen den Kolonialismus nicht“, ist nicht nur makaber, sondern auch extrem unreflektiert (Stichwort Täter-Opfer-Umkehr). Ich kann nur raten, bei Artikeln zu Rassismus und Critical Whiteness keine weißen Menschen ranzulassen, die sich gerade am Anfang ihres Lernprozesses befinden, und wenn sie noch so oft „beruflich mit Afrika zu tun hatten“. Lasst lieber Expertinnen und Experten, nämlich Betroffene, sprechen, oder wenigstens Leute, die nicht Verletzungen reproduzieren.

Dominique Just, facebook.com/magazin.weltsichten

An den Haaren herbeigezogen

Ich finde diese larmoyante Selbstbespiegelung über ganze zwei Seiten unmöglich, und sie widerspricht völlig der gesellschaftlichen Realität. Allgemein zu unterstel-

len, noch heute präge der Kolonialismus und seine Untaten unser aller Weltbild von Afrika und den Afrikanern und Afrikanerinnen, ist schlichtweg an den Haaren herbeigezogen und trifft vielleicht für den Autor als Einzelfall zu. Das erlaubt aber nicht einen solchen verallgemeinernden Artikel. Jedenfalls kenne ich aus meiner Arbeit an der Universität mit jungen Menschen und durch meine drei Kinder keinerlei solcher Prägungen. Dass Afrika eine andere Kultur verkörpert, trifft auch auf andere Erdteile und Länder zu, wir blicken ja auch auf asiatische Völker und deren Kultur und Geschichte mit anderen, oft kritischen Augen als auf unser „geliebtes“ Europa.

Erich Stather, Mainz

Wissensschatz der Mayas

Zum Artikel „Die ganze Macht den Weißen“, welt-sichten 3/2019

Ergänzend ließe sich fragen, ob der moderne guatemalteckische

Staat nicht vom enormen Wissen der Mayas und ihrer Kultur profitieren würde, wenn er sich darauf einlässt. Wissen über die Naturzusammenhänge, aber auch das Zusammenleben von Menschen könnten dort viele Probleme lösen. Es bleibt die Frage, ob die Nobelpreisträgerin Rigoberta Menchú nicht einfach eine Alibiperson des Staates ist, um seinen Rassismus zu verbergen oder um das Ausland zu täuschen. Welche Rolle spielen die auch in Guatemala tätigen Maras bei der Unterdrückung der Indigenen? Und die furchtbaren Menschenversuche des amerikanischen Arztes John Cutler in Guatemala Mitte der 1940er Jahre, vor allem mit Syphilis an Prostituierten, Gefangenen und Soldaten: Wie viele davon – vielleicht die Mehrheit – waren Mayas? Fragen, die die Guatemala- beziehungsweise Lateinamerikalehrstühle in der nächsten Zeit klären müssen.

Thomas Fix, Frankfurt am Main

Die Redaktion freut sich über Leserbrief, behält sich aber vor, sie zu kürzen.

Nordafrika zwischen den Stühlen

Europa muss sein instrumentelles Verhältnis zum Maghreb und zu Ägypten überdenken

Von Tillmann Elliesen



Es sind schicksalhafte Zeiten für die Beziehungen zwischen Afrika und Europa. Seit dem vergangenen Jahr verhandeln die beiden Kontinente miteinander, wie ihr künftiges Verhältnis gestaltet sein soll. Grob zusammengefasst geht es um wirtschaftliche Zusammenarbeit, um Sicherheit und um Migration. Man könnte das auch ehrgeiziger formulieren: Im Grunde könnten Afrika und Europa der Welt vormachen, wie sich ein alternder und ein junger, aufstrebender Kontinent zusammenschließen, um gemeinsam Probleme der Globalisierung anzugehen und Wege für eine klimaschonende wirtschaftliche Entwicklung auszuprobieren.

Nordafrika als Brücke zwischen beiden Kontinenten könnte dabei eine besondere Rolle einnehmen; die entwicklungspolitische Denkfabrik ECDPM in Brüssel bemüht ein anderes Bild und spricht von einem „Schmiermittel“ für die Kooperation zwischen Europa und Afrika. Allerdings sind die Staaten von Marokko bis Ägypten bislang nicht bestrebt, am Zusammenrücken der Kontinente mitzuwirken.

Ein Grund dafür ist, dass die Signale aus Afrika südlich der Sahara und aus Europa zu widersprüchlich sind. Offiziell betonen Afrikanische und Europäische Union zwar bei jeder Gelegenheit, wie wichtig ihnen die Beziehungen zur anderen Seite und die

kommen mit den einzelnen Regionen. Die EU bietet außerdem an, die Staaten Nordafrikas einzubeziehen, die bislang nicht zur AKP-Gruppe gehören. Auf diese Weise will Brüssel der AU signalisieren, dass Europa ernsthaft an einem Vertrag mit dem gesamten Afrika interessiert ist – von Kairo bis Kapstadt.

Doch das liegt nicht im Interesse von Marokko, Algerien, Tunesien und Ägypten. Zwar sind diese vier Staaten an engen politischen und vor allem wirtschaftlichen Beziehungen sowohl zu Afrika südlich der Sahara als auch zu Europa interessiert. Aber sie beharren auf ihren besonderen bilateralen Beziehungen zur EU; alle vier Staaten haben Assoziierungsabkommen mit Brüssel. Hinzu kommt, dass sie untereinander nur wenig wirtschaftlich und politisch kooperieren – und von einer gemeinsamen Position sowohl gegenüber der Afrikanischen als auch der Europäischen Union weit entfernt sind.

Europa selbst hat in der Vergangenheit wenig dafür getan, die Staaten Nordafrikas zu stabilen Partnern aufzubauen, die als Schmiermittel für ein europäisch-afrikanisches Zusammenrücken wirken könnten. Das fängt schon damit an, dass Brüssel die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Nordafrika einerseits und mit dem übrigen Kontinent andererseits über verschiedene Finanzinstrumente abwickelt. Das widerspricht dem Anspruch an Beziehungen von Kontinent zu Kontinent.

Problematischer ist jedoch das instrumentelle Verhältnis Europas zu Nordafrika. In den Hauptstädten nördlich des Mittelmeeres werden der Maghreb und Ägypten seit je weniger als Brücke nach Afrika, sondern mehr als Bollwerk gesehen, vor allem gegen Terrorismus und unerwünschte Migranten. Zu diesem Zweck pflegt Europa gute Beziehungen zu zweifelhaften Regierungen, sieht zuweilen großzügig über Verletzungen der Menschenrechte hinweg und nennt das Ganze dann Realpolitik. Der sogenannte arabische Frühling vor acht Jahren wäre eine Gelegenheit gewesen, diesen Kurs zu verlassen und sich auf die Seite derer zu stellen, die in Nordafrika Demokratie und Reformen forderten. Europa hat diese Gelegenheit nicht genutzt – ein fatales Signal für die Bürgerinnen und Bürger südlich des Mittelmeeres.

Vor allem die jungen Leute der Region, etwa in Algerien, nehmen seit kurzem das Heft erneut selbst in die Hand und demonstrieren gegen korrupte Herrscher und verkrustete Strukturen. Die EU wäre gut beraten, sich dieses Mal auf die richtige Seite zu stellen. Vielleicht wird ein zweiter arabischer Frühling daraus, der das Fundament für einen größeren europäisch-afrikanischen Frühling legen könnte. ■

Vielleicht steht ein zweiter arabischer Frühling bevor, der das Fundament für einen europäisch-afrikanischen Frühling legen könnte.

Zusammenarbeit sind. Doch unter dieser Oberfläche sind beide Seiten in wichtigen Fragen völlig uneinig.

Nicht geklärt ist etwa, auf welcher Ebene überhaupt über die europäisch-afrikanische Zukunft gesprochen werden soll. Ein Forum sind die Verhandlungen über einen neuen Cotonou-Vertrag, der die Beziehungen zwischen Europa und seinen früheren Kolonien in Afrika, der Karibik und im Pazifik regelt (AKP-Länder); die Gespräche darüber laufen seit verganginem Jahr. Die Afrikanische Union kann damit allerdings nicht mehr viel anfangen: Sie hält Cotonou für ein Auslaufmodell aus der alten Zeit der Geber-Nehmer-Entwicklungshilfe und will stattdessen ehrliche und gleichberechtigte Verhandlungen von Kontinent zu Kontinent.

Die Europäische Union akzeptiert das grundsätzlich, will aber dennoch an einem Vertrag für alle AKP-Länder festhalten, ergänzt durch drei zusätzliche Ab-

Das Insektensterben schädigt die Landwirtschaft: In der zentralchinesischen Provinz Sichuan müssen mangels Bienen die Obstbäume mühsam von Hand bestäubt werden.

KEVIN FRAYER/GETTY IMAGES



Risse im Netz des Lebens

Sturzflut in Lima, Dürre in Schweden, Tropenwälder fast ohne Vögel und Insekten – die Anzeichen mehren sich, dass Menschen die Erde aus dem Gleichgewicht bringen. Das Konzept der planetaren Grenzen zeigt auf, welche Eingriffe riskant werden.

Von Bernd Luder mann

Umweltschutz bewegt die Bayern: Fast ein Fünftel der Stimmberechtigten hat im Februar per Unterschrift den Vorschlag unterstützt, das Naturschutzgesetz des Landes zugunsten von „Artenvielfalt und Naturschönheit“ zu ändern. Die Initiatoren – der Landesbund für Vogelschutz, die Ökologisch-Demokratische Partei sowie die Grünen – hatten unter dem Slogan „Rettet die Bienen!“ einen Gesetzentwurf vorgelegt, der unter anderem vorsieht, dass 30 Prozent der Agrarfläche 2030 ökologisch bewirtschaftet werden.

Die Initiative appelliert an die Sorge für die bayerische Heimat – aber sie greift zugleich globale Umweltprobleme auf. Der Vogelschutzbund versteht den Schwund der Insekten ausdrücklich als Symptom des „größten Artensterbens seit Verschwinden der Dinosaurier“. Das ist nicht übertrieben: In Deutschland hat die Biomasse der Fluginsekten innerhalb von 25 Jahren um ungefähr drei Viertel abgenommen, und laut einer Übersichtsstudie von 2018 tritt das Phänomen mehr oder weniger dramatisch in verschiedensten Erdteilen und Klimazonen auf. Schätzungsweise zwei Fünftel aller Insektenarten weltweit können danach in wenigen Jahrzehnten ausgestorben sein. Zu den Hauptgründen gehören die intensive Landwirtschaft, chemische Gifte in der Umwelt und in den Tropen auch der Klimawandel: Hier töten Hitzewellen mit Temperaturen jenseits einer kritischen Höhe viele Insekten.

Das ist aus mehreren Gründen erschreckend. Insekten erfüllen entscheidende Funktionen in lokalen Lebensgefügen aus Pflanzen, Tieren, Mikroorganismen und dem gemeinsamen Lebensraum, sogenannten Ökosystemen. Sie

stehen am Anfang der Nahrungskette für höhere Tiere wie Vögel und sind in der Landwirtschaft zum Beispiel als Bestäuber von Blüten unverzichtbar. Und ihr Schwund ist nur ein Beispiel für den globalen Verlust an biologischer Vielfalt, erklärt die Biologin Christine von Weizsäcker: Es gehen sowohl ganze Ökosysteme verloren als auch die Vielfalt der Arten innerhalb von Ökosystemen und die Vielfalt an Kultursorten. Hiervor hat gerade ein Bericht der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO eindringlich gewarnt. Nicht nur Nutztier- und Nutzpflanzensorten sind danach betroffen, sondern auch Fische, Wildfrüchte sowie Organismen, die indirekt zur Ernährung beitragen wie Vögel und Würmer: Ohne sie wäre die Landwirtschaft viel weniger produktiv.

Der Verlust an biologischer Vielfalt ist wie der Klimawandel ein Symptom umfassender Umweltkrisen. Zwar haben Menschen sich schon immer Natur angeeignet und sie umgeformt. Doch jetzt, sagt die Erdsystemforschung, hat das ein Ausmaß angenommen, das den Zustand des ganzen Planeten gefährlich verändern kann.

Welche Naturvorgänge sind dabei entscheidend und welche Eingriffe gefährlich? Neun kritische Bereiche hat eine internationale Forschungsgruppe in einem viel beachteten Aufsatz in der Wissenschaftszeitung „Nature“ 2009 ausgemacht (siehe Grafik Seite 15); dazu gehören der Klimawandel, der Verlust der biologischen Vielfalt, Verschmutzung mit Chemikalien und Veränderungen des Phosphor- und Stickstoffkreislaufs durch Kunstdünger (das gefährdet Gewässer und Ozeane). Und sie hat abge-

LITERATUR

Simon L. Lewis und Mark A. Maslin
**The Human Planet. How We Created
the Anthropocene**; Pelican Books 2018.

Will Steffen, Katherine Richardson
Johan Rockström und andere:
**Planetary Boundaries: Guiding Human
Development on a Changing Planet**
in: Science, Februar 2015,
www.sciencemag.org

Johan Rockström
**Bounding the Planetary Future: Why
We Need a Great Transition**
Great Transition Initiative, April 2015,
www.greattransition.org

schätzt, ab welchem Punkt menschliche Eingriffe in diese Prozesse riskant sind. Die kritischen Werte bezeichnete die Gruppe als „planetare Grenzen“. Drei davon – für Klimaänderung, Artensterben und Stickstoffdüngung – fand sie 2009 überschritten; die Auswirkungen der chemischen Verschmutzung und der Aerosole versteht man noch zu wenig, um eine Grenze anzugeben.

Das Ziel war laut Katherine Richardson, einem Mitglied der Forschungsgruppe, zunächst eine naturwissenschaftliche Klärung: „Seit wir Bilder der Erde vom All aus gesehen haben, ist klar, dass der Planet begrenzt ist. Wir wollten ein Instrument schaffen, damit umzugehen und den sicheren Handlungsraum der Menschheit zu bestimmen“, erklärt die in Dänemark lehrende Meeresbiologin.

Das Konzept der planetaren Grenzen war aber auch auf politische Wirkung angelegt und fand schnell öffentliches Echo. Seitdem wird es als Argument in Auseinandersetzungen über Klima- und Umweltpolitik eingesetzt. Dabei, sagt Richardson, werde es oft missverstanden. Was also ist sein naturwissenschaftlicher Kern?

Zugrunde liegt die Betrachtung der Erde als System, das von vielfältigen Wechselwirkungen zwischen dem Land, den Ozeanen, der Atmosphäre und den Lebewesen bestimmt ist. Wie eng geologische Vorgänge und die Entwicklung des Lebens stets verbunden waren, erläutern Simon Lewis und Mark Maslin in ihrem Buch „The Human Planet“. So haben Blaualgen vor 3 bis 2,4 Milliarden Jahren die Photosynthese „erfunden“, also mit Hilfe des Sonnenlichts Kohlenstoff aus Kohlendioxid gewonnen. Damit haben sie die Atmosphäre erst mit dem Sauerstoff angereichert, den viele dann entstandene Lebewesen benötigen, darunter alle Tiere und Menschen.

Nachher sauber machen reicht nicht

Eine Bestandsaufnahme ökologischer Trends hat das UN-Umweltprogramm UNEP vor kurzem vorgelegt: den Global Environmental Outlook 6. Er rückt globale Umweltgefahren in den Fokus und fragt nach Folgen für die Lebensumstände von Menschen und die Umsetzung der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs).

Bei Luftverschmutzung und Treibhausgasen, den Ozeanen sowie dem Artensterben ist der Befund düster. Verlangsamt habe sich der Verlust der Waldflächen, aber Aufforstungen und Plantagen seien oft von geringerem ökologischem Wert als Naturwälder, die sie ersetzen. Das UNEP warnt auch, dass unterirdische Süßwasservorkommen zur Neige gehen und Wasser in allen Weltteilen zunehmend verschmutzt werde. Giftige Chemikalien seien in den entlegensten Gegenden zu finden, resistente Mikroben weit verbreitet; das gefährde die Gesundheit vieler Menschen.

In der Umweltpolitik stellt das UNEP Fortschritte, Innovationen und gegenseitiges Lernen fest. Das bringe aber vor allem punktuelle Verbesserungen, ohne den globalen Trend umzukehren. Erst wirtschaftlich wachsen und dann saubermachen – das sei nicht länger eine taugliche Entwicklungsstrategie. Nötig sei eine Transformation der Gesellschaften, Produktionssysteme und Konsummuster. Den Bericht hatte die Versammlung der 193 UNEP-Mitgliedstaaten in Auftrag gegeben, Regierungsvertreter haben die Zusammenfassung vorab gebilligt – ähnlich wie bei den Berichten des Weltklimarates. Auch hier gilt spätestens jetzt: Alle wissen Bescheid. (bl)

Auch Homo sapiens prägt seit langem das Erdsystem mit. Vor höchstens etwa 300.000 Jahren ist der moderne Mensch in Afrika entstanden und hat dann in mehreren Wellen alle Weltteile außer der Antarktis besiedelt. Wo er ankam, hat er große Landsäugetiere ausgerottet. Damit hat er vor rund 13.000 Jahren möglicherweise eine Abkühlung des Erdklimas bewirkt, denn diese Tiere hatten das Treibhausgas Methan erzeugt. Umgekehrt hat der Übergang zur Landwirtschaft seit etwa 10.000 Jahren vermutlich die nächste Eiszeit hinausgezögert, schreiben Maslin und Lewis: Dafür könnten Waldrodungen, der Nassreisbau und Nutztiere genügend Treibhausgas freigesetzt haben.

Stimmt das, dann hat der Mensch unwissentlich Klimabedingungen stabilisiert, die Ackerbau, Städte und Zivilisationen erst ermöglichen. Der Zustand des Erdsystems wechselt nämlich seit mindestens 1,2 Millionen Jahren regelmäßig zwischen Eiszeiten und Warmzeiten, verursacht von Schwankungen in der Umlaufbahn um die Sonne. Erst die seit rund 12.000 Jahren anhaltende Warmzeit, das Holozän, war und ist für Landwirtschaft günstig.

Jetzt aber, sagt die Erdsystemforschung, greift die Menschheit so tief in Ökosysteme, die Atmosphäre und die Ozeane ein, dass die Erde das Holozän zu verlassen droht. „Die Menschheit ist die bestimmende Kraft des Wandels auf der Erde geworden und übertrifft nun die geophysikalischen Kräfte, die bisher die Biosphäre geformt haben“, schreibt Johan Rockström, der das Konzept der planetarischen Grenzen mit entwickelt hat, in einem Essay aus dem Jahr 2015. Den Wendepunkt markiert für ihn die sogenannte große Beschleunigung: Alle Kurven für die Entwicklung der Weltbevölkerung, der Weltwirtschaft, des Verbrauchs an Energie, Wasser, Kunstdünger und Papier, des Transports und des Tourismus zeigen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts steil nach oben. Entsprechend sind Umweltfolgen gewachsen wie der Gehalt von Kohlendioxid und Methan in der Atmosphäre, der Stickstoffeintrag in Gewässer und die Waldverluste.

Bedrohlich ist das vor allem, weil komplexe Systeme sich nicht linear verhalten – also zum Beispiel so, dass die Erdtemperatur im selben Ausmaß steigt oder sinkt wie die Konzentration der Treibhausgase. Gegenkopplungen stabilisieren sie einerseits; zum Beispiel nimmt der Ozean CO₂ und Wärme auf und dämpft so Klimaschwankungen. Andererseits verstärken Rückkopplungen Schwankungen; wenn etwa das Meereis schrumpft, wird weniger Wärme zurückgestrahlt und die Erwärmung zusätzlich angetrieben. Bei leichten Störungen dominieren meist Gegenkopplungen, jenseits eines bestimmten Punktes aber Rückkopplungen.

Deshalb können komplexe Systemen stabil scheinen und dann plötzlich sich selbst verstärkende Änderungen hervorbringen. Zum Beispiel gilt als wahrscheinlich, dass an gewissen Punkten der Erderwärmung der Amazonas-Regenwald verschwindet, der grönländische Eisschild schmilzt und Strömungen

**Eine Frau im ländlichen Niger holt Trinkwasser.
Der Klimawandel wird im Sahel
den Wassermangel noch verstärken.**

KLAUS BO CHRISTENSEN/GETTY IMAGES

gen in der Atmosphäre und in den Ozeanen neue Muster annehmen, was die Verteilung der Klimazonen und Regenzeiten dramatisch ändern würde. Die Erdsystemforschung spricht hier von Kippunkten (siehe Grafik Seite 17).

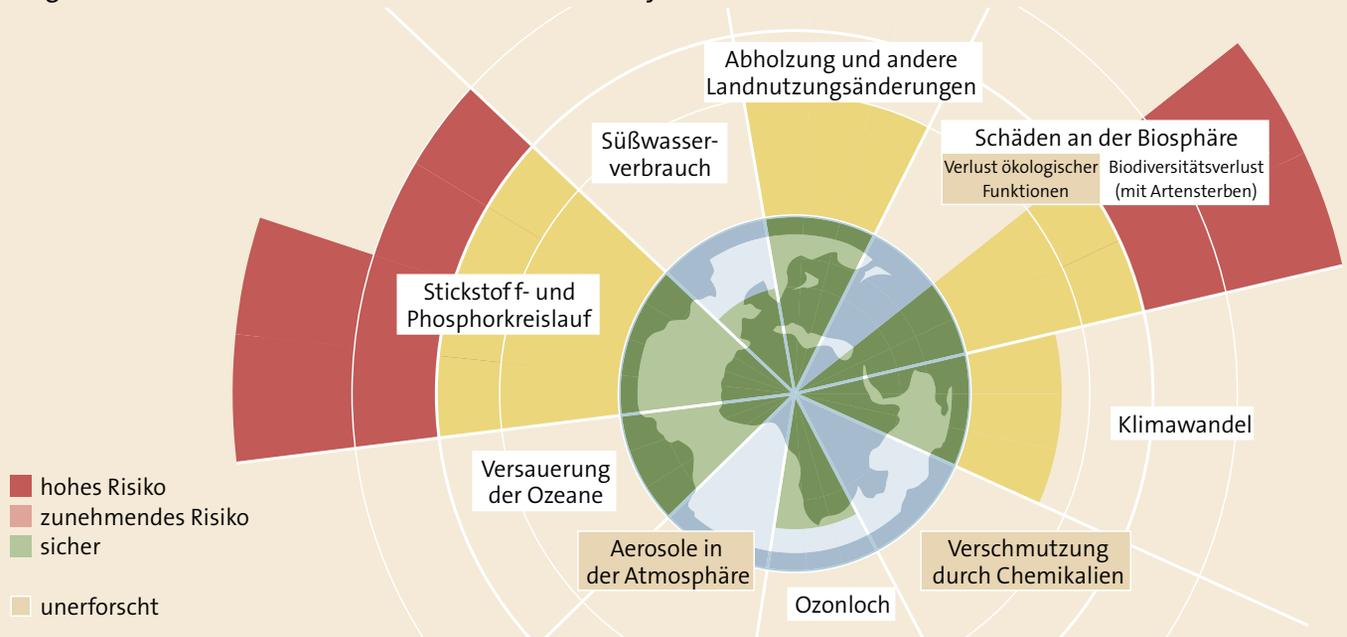
Das Konzept der planetaren Grenzen ist eine Warnung, kein Umkippen des Erdsystems zu riskieren. Insofern ist es normativ und geht über Naturwissenschaft hinaus, bestätigt Richardson: „Wir wissen, dass der gegenwärtige Zustand des Planeten dem Wohlergehen menschlicher Gesellschaften förderlich ist. Wir wissen nicht, ob wir die Technologie haben werden, mit anderen Zuständen zurechtzukommen. Deshalb ist es nach dem Vorsorgeprinzip nicht weise, diesen Zustand zu ändern.“

Gegen das Konzept gibt es eine Reihe Einwände. Politisch links orientierte Kritiker wie der Wiener Politologe Ulrich Brand haben bemängelt, es sei sozial blind: Es ignoriere die Ursache der Überlastung, den Konsumkapitalismus, und stelle die Menschheit als einheitlich dar. Tatsächlich sprechen Erdsystemforscher oft missverständlich von „wir“. Sie meinen damit aber nicht eine einheitlich handelnde Menschheit, sondern Homo sapiens als Spezies innerhalb des Erdsystems. Das Problem ist Richardson bewusst: „Einige Menschen bekommen heute sehr viel ab und andere wenig. Die sind natürlich besorgt, wenn wir Reichen ihnen sagen: Wir müssen langsamer ma-



Planetare Grenzen

Eingriffe in diese neun Bereiche wirken sich auf das Erdsystem aus



FLEISCHATLAS 2018 / STOCKHOLM RESILIENCE CENTER



Mehr, größer, schneller heißt die Devise: Fleischberge beim Burger-Esswettbewerb in Hongkong 2017.

JONATHAN WONG/SCMP VIA GETTY IMAGES

chen.“ Deshalb sei das Papier von 2009 in Entwicklungsländern als bedrohlich empfunden worden, als finde es deren nachholendes Wachstum untragbar; „die Überarbeitung 2015 sollte das klarstellen“.

In der neuen Fassung betont die Forschungsgruppe, die Frage, wie Gesellschaften sich entwickeln, müsse politisch entschieden werden – Wissenschaftler vermessen nur den sicheren globalen Handlungsraum. Die Forscher greifen zudem Einwände auf wie den, viele der neun Prozesse wirkten regional statt global und sie würden einfach nebeneinander gestellt. Die Forscher bezeichnen daher nun den Klimawandel und die Verluste an Biodiversität als die zwei zentralen, übergeordneten Gefahren. Bei Waldverlusten, Süßwasserverbrauch, Artensterben, Stickstoff- und Phosphordüngung sowie Aerosolen in der Luft betrachten sie jetzt die Belastung auch regional. Bei Phosphor und Stickstoff zum Beispiel sind die Problemzonen Westeuropa, Nordindien sowie Teile der USA und Nordostchinas. In vielen anderen Regionen, etwa in Afrika, ist zumin-

dest nach dem Kriterium der planetaren Grenzen noch Spielraum für mehr Düngung.

Schließlich kennzeichnen die Forscher nun mit einer Art Ampel, wie stark das Risiko bei Überschreiten einer Grenze wächst: Nach der sicheren grünen Zone folgt ein gelber Unsicherheitsbereich, dann die rote Gefahrenzone. Bei Klima und Waldverlusten sieht die Erdsystemforschung die gelbe Zone erreicht, beim Artensterben und den Folgen der Düngung schon die rote.

Ist das Panikmache? Das behauptet das Breakthrough Institute in den USA, das technologische Lösungen für Umwelt- und Entwicklungsprobleme propagiert. Sein Leiter Ted Nordhaus hält das Konzept der planetaren Grenzen für eine Neuauflage von „Grenzen des Wachstums“ aus den 1970er Jahren, das sich als falsch erwiesen habe: Wieder wollten Wissenschaftler vorschreiben, was zu tun sei, weil sonst angeblich die Welt untergehe.

Auch Nordhaus will die Emissionen schnell verringert sehen – aber nicht um den Preis, das Wirtschaftswachstum und damit den technischen Fortschritt zu beenden. Das würde das Problem verschlimmern, sagt er: „Gesellschaften mit mehr Wohlstand und Technik werden mit etwas mehr CO₂ in der Atmosphäre besser zurechtkommen als ärmere mit weniger.“ Kippunkte würden die Gefahr nicht dramatisch erhöhen: „Man weiß gar nicht, ob Kippunkte wirklich existieren und wenn, wo sie sind.“

Richardson widerspricht entschieden: „Die Erdgeschichte ist voller Beispiele für die Überschreitung von Kippunkten. Wir wissen, dass es Stadien ohne Eis auf Grönland gab, ohne Amazonas-Regenwald, ohne Golfstrom. Es gibt keinerlei Grund zu denken, dass das künftig nicht passiert.“ Zwar könne man in der Tat nicht wissen, ob die Auslösung eines Kippunktes Katastrophen bringe. Aber man wisse, dass sie die Erwärmung weiter verstärke. „Und bei vier bis fünf Grad Erwärmung gibt es extreme Veränderungen der Wettermuster. Der Meeresspiegel steigt, Arten sterben, die landwirtschaftliche Produktion sinkt.“

Anstöße zum Umdenken

Was bedeutet es, dass wir im Anthropozän leben, im vom Menschen bestimmten Erdzeitalter? Nach einem Überblick über den Sachstand und die naturwissenschaftliche Diskussion geht der Band kulturellen, theologischen und sozialen Aspekten der Frage nach. So erklärt Christoph Gran, dass wachsender Wohlstand auch bei sinkendem Sozialprodukt denkbar ist. Im Zentrum steht aber, wie Gesellschaften ein grundlegend anderes Verhältnis zur Mit-

welt finden können und was das speziell für das Selbstverständnis und die Aufgaben von Christen und Kirchen bedeutet. Dazu findet man in dem Sammelband zahlreiche Anregungen.

Brigitte Bertelmann und Klaus Heide (Hg.)

Leben im Anthropozän

Christliche Perspektiven für eine Kultur der Nachhaltigkeit

Oekom-Verlag, München 2018, 346 Seiten, 20 Euro

Kate Raworth hat 2012 den planetaren Grenzen soziale Untergrenzen für ein würdiges Leben aller Menschen hinzugefügt. Ihr Bild dafür sieht aus wie ein Donut, in der Mitte liegt der sichere und gerechte Handlungsraum der Menschheit. In diesem daran anschließenden Buch kritisiert sie die vorherrschende Wirtschaftswissenschaft und das Wachstumsdenken als Hindernisse dafür, in diesen Raum zu gelangen. Raworth präsentiert diese bekannte

Kritik sehr klug und skizziert einen Neuanatz: Die Ökonomie soll vom Ziel ausgehen, in den sicheren und gerechten Raum zu steuern. Zum Beispiel sollen Unternehmen von vornherein auf Verteilungsgerechtigkeit zielen.

Kate Raworth

Die Donut-Ökonomie

Endlich ein Wirtschaftsmodell, das den Planeten nicht zerstört
Hanser-Verlag, München 2018, 413 Seiten, 24 Euro

(bl)

Es ist schwer vorstellbar, dass Gesellschaften, wie wir sie jetzt kennen, dann gedeihen können.“

Das bedeutet nicht, dass Erdsystemforscher das baldige Ende der Menschheit oder gar des Lebens auf der Erde an die Wand malen. Was tatsächlich droht, ist laut Maslin und Lewis vergleichbar mit dem Zusammenbruch historischer Kulturen – etwa dem Kollaps der Maya-Städte in Mexiko im 10. Jahrhundert, zu dem Umweltschäden beigetragen haben. So etwas müsse nicht zwangsläufig einen drastischen Rückgang der Bevölkerung oder den Verlust des technischen Wissens bedeuten, wohl aber einen Rückschritt zu einer wesentlich weniger komplexen sozialen Organisation. Auf dem Spiel steht also zumindest unsere globalisierte und hoch arbeitsteilige Gesellschaft.

Zudem markieren die planetaren Grenzen gerade nicht rote Linien. Man kann nicht wissen, ab welchem Punkt das Erdsystem aus dem Gleichgewicht kommt, sagt Richardson. Die Ampel markiere sichere Zonen und Zonen wachsender Unsicherheit, ähnlich wie beim Blutdruck: „Ist der sehr hoch, dann ist nicht klar, dass Sie einen Herzinfarkt bekommen, aber das Risiko steigt. Deshalb tun Sie etwas dagegen.“ Das Konzept werde vor allem in den USA mit Absicht falsch interpretiert: „In den USA gibt es Leute, die einfach nicht akzeptieren wollen, dass Ressourcen begrenzt sind, weil man sonst über Verteilung reden müsste.“

Bedeutet dann planetare Grenzen zwangsläufig auch Grenzen des Wirtschaftswachstums? Katherine Richardson legt sich da nicht fest – anders als ihr Kollege Johan Rockström. Mehr Effizienz reicht nach der Erfahrung nicht, schreibt er in seinem Essay: Nötig sei der Übergang zu einer insgesamt stationären Wirtschaft (steady state), was Wachstum in einzelnen Branchen und in armen Ländern nicht ausschließe. Wohlstand innerhalb der Grenzen des Erdsystems erfordere unter anderem eine starke, koordinierte globale Politik (global governance). Die allerdings ist gerade beim Klimaschutz extrem schwer zu erreichen.

Bleibt der Verdacht, dass die Erdsystemforschung Begründungen für eine Art Erdmanagement bereitstellt – möglicherweise samt Methoden des Geo-Engineering. Im Aufsatz von 2018 warnt die Forschungsgruppe vor einem „hothouse earth“, einem Treibhaus Erde: Überschreitet die Erwärmung ein gewisses Maß, und zwei Grad genügen womöglich, dann könne das Erdsystem den Zyklus von Eiszeiten und Warmzeiten verlassen und sich aufgrund von Rückkopplungen erst bei Temperaturen von fünf, sechs oder gar acht Grad über dem vorindustriellen Niveau einpendeln. Weniger heiße Zustände müsse man dann mit ständigen menschlichen Eingriffen stabilisieren; „earth stewardship“, Erdverwaltung, nennt die Gruppe das. Geschehen soll das mit Emissionsminderungen und dem Ausbau von Senken wie Mooren, die Kohlenstoff binden. Das dritte Mittel, Eingriffe in den Strahlungshaushalt der Erde, sei hingegen sehr riskant.

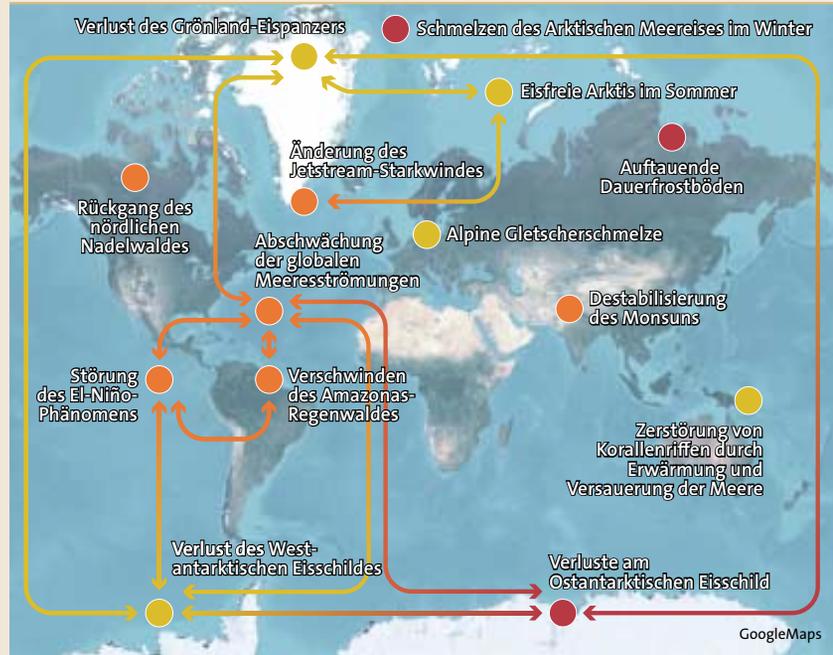
Die Entnahme von Kohlenstoff aus der Atmosphäre sei aber zu erwägen, sagt Richardson. Wenn

Kippunkte im Erdklima

Die Erderwärmung kann Elemente wie Meeresströmungen und Ökosysteme zusammenbrechen lassen; das würde die Erwärmung zusätzlich antreiben.

Folgende Kippelemente könnten bei einem Anstieg der globalen Temperatur um

● 1 bis 3 °C ● 3 bis 5 ● über 5 angestoßen werden und sich aufeinander auswirken ↔



dpa-28870

Schematische Darstellung

Quelle: Proceedings of the National Academy of Sciences

dazu allerdings gehört, Pflanzen anzubauen, zur Energiegewinnung zu verfeuern und das entstehende CO₂ zu lagern, dann sieht die Biologin Christine von Weizsäcker einen Konflikt zwischen Klima- und Artenschutz kommen. Denn dann würden gigantische Flächen für den Anbau von Energiepflanzen gebraucht.

Von Weizsäcker ist generell skeptisch, wenn Experten von oben globale Lösungen suchen: „Die Warnungen der Erdsystemforschung sind sehr berechtigt. Aber Wissenschaftler, die warnen können, wissen nicht automatisch auch die besten Auswege.“ Schon wenn Grenzen für Umwelteingriffe formuliert werden, müssten Bauern im Sahel oder Naturschützer am Amazonas einbezogen werden. „Sonst verstehen sie das als Vorschrift von außen. Und für den Schutz der biologischen Vielfalt gibt es kein Einheitsrezept, weil sie die Vielfalt der lokalen Nutzungsarten und Kulturen voraussetzt.“

Von Weizsäcker plädiert für einen anderen Ansatz: Mit einer naturnäheren Landwirtschaft plus Naturschutzgebieten unter lokaler Kontrolle könne man den Verlust der Biodiversität stark bremsen. Zusammen mit naturnahen Wäldern würde das auch die Erderwärmung verringern. Demnach wären die Unterstützer des Volksbegehrens in Bayern auf dem richtigen Weg.



Bernd Ludermann
ist Chefredakteur von WELT-SICHTEN.

Kampf gegen die Plasti



Von Rainer Hörig

In Indien türmen sich die Plastikberge. Für Müllsammler sind sie eine wichtige Einkommensquelle. Nun will die Regierung dem Abfall mit Verboten beikommen.

Abdul Khan steht vor einem Schuppen aus rostigem Wellblech und wartet auf Kundschaft. Zerbrochene Plastikstühle, alte Autoreifen und Papierfetzen liegen in der öden Landschaft verstreut. In seinem

Schuppen türmen sich Stapel alter Zeitungen, Kartons mit leeren Flaschen und Berge von Plastikabfällen bis unter die Decke.

Ein silberner SUV fährt vor, die Heckklappe öffnet sich, und Khan schreitet zur Tat: Gemeinsam mit

zwei jugendlichen Helfern trägt er säckeweise Papier- und Plastikabfälle zur Waage im Schuppen. Schließlich zückt er einen Bündel Geldscheine und zahlt dem SUV-Fahrer einen Obolus. „Die reichen Leute aus den umliegenden Hoch-

kflut



Auf einer Mülldeponie der Millionenstadt Pune sammelt ein Abfallhändler wiederverwertbares Material. Seinen Fund verkauft er an professionelle Schrotthändler.

RAINER HÖRIG

häusern gehören zu meinen besten Kunden“, beteuert Khan. „Sie liefern ihre Abfälle, ich zahle ihnen je nach Material und Gewicht dafür einen guten Preis. Was für sie nur Müll ist, bedeutet mir bares Geld.“

Der Schrotthändler Abdul Khan in der westindischen Millionenstadt Pune sammelt Abfälle aus Haushalten und Kleinbetrieben und verkauft sie an Großhändler; diese liefern sie an Betriebe zur Weiterverwertung. Auch Müllsammelinnen, die Wertstoffe auf den Straßen auflesen und in großen Säcken auf dem Rücken tragen, beliefern Khan. „In der Regel zahle ich meinen Lieferanten die Hälfte dessen, was mir die Großhändler geben“, beteuert er. „Mein Betrieb ernährt fast 50 Menschen, meine eigene Großfamilie sowie die meiner Angestellten.“

Tüten und Milchbeutel säumen die Straßen

Doch das Geschäft läuft nicht mehr so gut, seit die Regierung im vergangenen Jahr einige Plastikprodukte verboten hat. Danach seien die Preise gefallen und mit ihnen auch sein Gewinn, sagt Khan. „Die Menge von Plastikmüll ist zurückgegangen.“ Vielen Großhändlern und Recyclern sei der Umgang mit Plastik zu riskant geworden, sie hätten ihre Betriebe geschlossen oder auf andere Materialien umgestellt.

Das Verbot hat seinen Grund. Leere Chipstüten, Milchbeutel und bunte Plastikfetzen säumen überall in Indien die Straßen. Der Wind trägt den Müll durch Wohnsiedlungen und Parks, streunende Hunde und Kühe suchen darin nach Nahrung. Achtlos weggeworfene Abfälle verwandeln selbst Flussufer und Badestrände in stinkende Müllkippen, die sich zu Brutstätten für Krankheitserreger entwickeln. Während des Monsuns verstopfen Plastiktüten die Kanalisation und verursachen Überflutungen ganzer Stadtviertel.

Besonders schwer betroffen ist die Hafen- und Industriemetropo-

le Mumbai (Bombay), die Hauptstadt des Bundesstaates Maharashtra. Die Regierung dort zog im März 2018 die Notbremse und erließ ein Verbot von Einweggeschirr, Verpackungsmaterial und Tragetaschen aus Plastik. Mittlerweile haben 19 weitere indische Bundesstaaten ähnliche Verbote ausgesprochen.

Der Plastikbann war kaum verkündet, da sorgten in Maharashtra Razzien bei Geschäften und Plastikhändlern für Aufsehen. Städtische Rollkommandos beschlagnahmten große Mengen Plastik und verdonnerten Straßenhändler und Geschäftsinhaber zu saftigen Geldstrafen. Offenbar sollte so dem Gesetz Aufmerksamkeit und Respekt verschafft werden.

„Wer solche Plastikgegenstände benutzt oder verkauft, wird natürlich bestraft“, sagt Dnyaneshwar Molak, Chef der Müllabfuhr in Pune, der mit knapp fünf Millionen Einwohnern zweitgrößten Stadt Maharashtras. Die Bürger fühlten sich verunsichert, Ladenbesitzer fragten sich, wie sie ihre Waren verpacken sollten, ohne die Kunden zu verprellen. Der Verband der Plastikhersteller drohte mit dem Verlust von Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen.

„Das Verbot wird nicht funktionieren“, schimpfte damals etwa Jagannath Kamath, der Präsident des Verbands der Plastikhersteller: „Es wird Tausende von Jobs kosten, dabei hatte die Regierung doch versprochen, mehr Arbeitsplätze zu schaffen.“ Die Regierungen von Maharashtra und Mumbai ruderten zurück und nahmen einige Plastikfolien und Getränkeflaschen vom Verbot aus. Der Chef der Müllabfuhr in Pune wischt Zweifel an der Akzeptanz des Verbots bei: „Wir klären doch die Bevölkerung darüber auf, warum es wichtig ist, die Abfälle zu trennen und wiederzuverwerten. In der Stadt machen Wandgemälde auf die Gefahren von Plastik aufmerksam, wir führen außerdem Kampagnen in Schulen durch.“



Heute, rund ein Jahr später, ist das Plastikverbot normal geworden. Hausfrauen nehmen Stofftaschen mit zum Einkauf, Restaurants und Lebensmittelhändler nutzen Papiertüten zum Verpacken, Razzien sind Vergangenheit. Das Plastikverbot treffe auf breite gesellschaftliche Akzeptanz, meint Ravi Damre. Er ist Teil einer Kooperative von Müllsammlern und animiert die Anwohner zur Mülltrennung. „Viele Bürger meiden Plastiktüten und erkundigen sich bei uns nach Alternativen.“

Plastik ist nicht gleich Plastik, es gibt Hunderte Sorten

Ravi Damre führt Besucher in eine Halle voller Plastiksäcke und Abfallberge, zwischen denen Frauen mit flinken Händen das Material sortieren. „Plastik ist nicht gleich Plastik“, erklärt Damre. „Es gibt Hunderte verschiedene Sorten und entsprechend viele Preise, die Müllsammelinnen beim Verkauf erzielen können. Daher wird der Abfall hier noch einmal sortiert, bevor wir ihn verkaufen. Schauen Sie, hier lagern nur Folien, dort finden wir Flaschen, sortiert nach Sorten. Je reiner das Material, desto höher sein Preis.“

Die Müllsammelnerin Asha Kambale unterbricht ihre Arbeit und zupft ihren Sari zurecht, bevor sie



Der Schrotthändler Abdul Khan kauft den Müll seiner gut betuchten Nachbarn und liefert ihn an Recyclingunternehmen.

RAINER HÖRIG

Unten: Auch die Abbilder von Hindu-Gottheiten sind oft aus Plastik – und landen nach der Feier auf wilden Müllkippen.

SAM PANTHAKY/AFP/GETTY IMAGES



sich äußert: „Plastik ist unser Lebensunterhalt. Ich finde es gut, dass die Regierung bestimmte Sorten verbietet, aber sie muss auch auf uns achten. Zum Beispiel Tragetaschen: die ganz dünnen sind für uns nutzlos, sie bringen kaum Gewicht und auch keinen guten Preis. Die stabileren Qualitäten dagegen bringen gutes Geld. Die Regierung aber verbietet sämtliche Tragetaschen aus Plastik, das ist doch Blödsinn. Manche Plastiksarten bringen gutes Geld, die sollten nicht verboten werden.“ Seit dem neuen Gesetz sei die Menge der Plastikabfälle leicht rückläufig, meint die Müllsammlerin, aber sie habe keine Einkommenseinbußen durch das Verbot hinnehmen müssen.

Die Regierung nimmt die Hersteller in die Pflicht

Das Aufkommen von Plastikmüll sei um 30 bis 40 Prozent gesunken, behauptet Dnyaneshwar Molak, der Müllbeauftragte der Stadt Pune. Ravi Damre hält das für übertrieben: „Es ist sicher weniger geworden, aber es gibt bislang keine verlässlichen Zahlen.“ Die farbigen Plastiktüten, die früher das Bild auf den Märkten bestimmten, sind aus den Städten verschwunden. Doch damit ist das Plastikproblem noch lange nicht gelöst. Für Sarthak Tapasvi, Koordinator der Müllsamm-

lerkooperative SWACH in Pune, ist es jedoch ein erster Schritt in die richtige Richtung: „Ich finde, der wirklich interessante Aspekt des Plastikverbots besteht darin, dass nun eine Debatte über die Verantwortung der Hersteller schädlicher Stoffe in Gang gekommen ist. Die Regierung verpflichtet die Firmen, für das Einsammeln von Plastikmüll und deren Weiterverarbeitung zu sorgen. Das ist noch längst nicht perfekt, aber immerhin ist ein Anfang gemacht.“

Müllsammler wie Asha Kambale und Schrotthändler wie Abdul Khan bilden die erste Stufe einer informell organisierten Müllabfuhr, die überall in Indien funktioniert. Sie braucht keine teuren Maschinen und schafft massenweise Arbeitsplätze, hauptsächlich für die Armen. Mit Recycling und Wiederverwertung trägt sie dazu bei, die Müllmengen zu verringern.

In der Regenzeit verbreiten die Abfälle giftige Abwässer

Doch im Zeitalter des von der Globalisierung entfachten Massenkonsums stößt das informelle System an seine Grenzen. Neue Stoffe wie mehrschichtige Plastikfolien lassen sich nicht gewinnbringend wiederverwerten, die Abfallmengen wachsen buchstäblich in den Himmel. Die städtischen Müllabfuhr sind immer noch miserabel organisiert und technisch sowie personell unterausgestattet. Die Mehrzahl der Stadtverwaltungen begnügt sich damit, in Wohngebieten große Stahlbehälter aufzustellen, in die Bürger ihre Mülltüten werfen können. Diese Behälter werden auf Mülldeponien weit vor den Toren der Städte entleert. Dort türmen sich die Abfälle zu stinkenden Hügeln auf, die während der

Regenzeit giftige Abwässer verbreiten und in der Hitze des Sommers Feuer fangen. In jüngster Zeit wird Müllverbrennung propagiert, um Energie zu gewinnen.

Im Jahr 2016 hat die Zentralregierung in Neu-Delhi neue Regeln für ein modernes Abfallmanagement formuliert: Mülltrennung bereits im Haushalt, Abholung an der Haustür, Kompostierung und Recycling, Integration von Müllsammelern und Schrotthändlern in die städtische Müllabfuhr, Müllverbrennung. Doch wie die immer noch beklagenswerten Zustände in den Städten zeigen, klafft zwischen Gesetz und Wirklichkeit eine große Lücke.

Einweggeschirr aus Plastik ist an vielen Orten verboten

Das heute in weiten Teilen des Landes gültige Verbot von Einweggeschirr und Tüten aus Plastik ist ein weiterer, wichtiger Schritt in die richtige Richtung. In der indischen Gesellschaft kursieren darüber hinaus Ideen und Konzepte, wie durch geschlossene Materialkreisläufe Abfälle vermieden werden können. Seit mehr als zehn Jahren entwickelt etwa die Bürgerinitiative Ecoexist in Pune Ideen, wie der Alltag der Bürger entgiftet werden kann. Ecoexist vertreibt biologisch abbaubare Farbpulver für das hinduistische Frühlingsfest Holi, bei dem sich vor allem Jugendliche mit Farben bewerfen und bespritzen. Für das Fest des Elefantengottes Ganesh lässt Ecoexist massenweise Götterstatuen aus Lehm produzieren, die bei der zeremoniellen Versenkung in örtlichen Gewässern keine Giftstoffe freisetzen. Der Großteil der Statuen wird aus Gips gefertigt und mit giftigen Farben bemalt.

Seit Jahren schon propagiert Ecoexist Stofftaschen statt Plastiktüten. Manisha Gutman, eine der Mitbegründerinnen der Bürgerinitiative, fordert, das Plastikverbot auf weitere Stoffe und Produkte auszudehnen: „Früher dachten wir alle, Plastik sei ein toller Stoff, billig und leicht und überall verfügbar. Mittlerweile sehen wir auch die Nachteile. Nun kommt es darauf an, neue Stoffe zu schaffen, die keine Gefahr für unsere Um-

welt darstellen. Das wird zu innovativen Geschäftsideen führen und neue Jobs schaffen.“

Allerdings dauert es, bis sich die Einstellung der Menschen ändert. Manisha Gutman und ihre Kolleginnen leisten seit Jahren Aufklärungsarbeit, gehen in Schulen, sprechen mit Menschen in Geschäften und Parks und organisieren eine Bürgergruppe, die heute rund 80 Mitglieder zählt. Ein Leben und Wirtschaften ohne Abfälle, das sei für Indien eigentlich keine neue Idee, sagt Gutman: „In meiner Jugend konnte ich in meiner Familie beobachten, wie meine Mutter aus alten Saris Vorhänge nähte, später entstanden daraus Kissenbezüge.

Es war keineswegs so, dass wir uns solche Dinge nicht kaufen konnten, aber die Wiederverwertung geschah aus Respekt vor den Ressourcen. Erst mit der Industrialisierung und vor allem im Zuge der Globalisierung hat sich die Idee verbreitet, immer wieder neue Dinge anzuschaffen.“

Recycling sei grundsätzlich eine gute Idee, aber es dürfe nicht wie häufig im wohlhabenden Westen dazu führen, dass immer mehr Dinge produziert und verbraucht würden, gibt Manisha Gutman zu bedenken. Während Deutsche im Durchschnitt jährlich 37 Kilogramm Plastik verbrauchen, nutzen Inder bisher nur 11 Kilo. ■

Anzeige



**JETZT INFORMIEREN!
KOSTENLOS UND UNVERBINDLICH!**

AB SOFORT VISION-NÄHER

Entfalten Sie Ihre Möglichkeiten und öffnen Sie neue Horizonte für Ihre Zukunft. Mit einem berufs begleitenden Master-Fernstudium – fachlich fundiert, bedarfsgerecht und effektiv.

- HUMAN RESOURCES
- MANAGEMENT & LAW
- SCIENCE & ENGINEERING

Jetzt informieren: www.zfuw.de

TECHNISCHE UNIVERSITÄT KAISERSLAUTERN
DISTANCE AND INDEPENDENT STUDIES CENTER



Rainer Hörig
ist freier Journalist in Pune (Indien).

Abgase bis zum Himalaya

Die neue Regierung Pakistans will die schlechte Luft in den Städten verbessern. Umweltschützern geht das nicht weit genug, und die Bürger vertrauen ihren eigenen Messgeräten mehr als denen der Regierung.

Von Rina Saeed Khan

Als Bangkoks Luft Ende Januar so verschmutzt war, dass der Luftqualitätsindex auf 170 kletterte, schloss die thailändische Regierung für eine Woche die Schulen. Werte unter 50 stehen für gute Qualität, Werte über 300 für gefährliche Luftverschmutzung. Im pakistanischen Lahore lagen die Werte in derselben Woche dauerhaft über 300, ohne dass die Behörden etwas unternahmen. „Es ist ein Skandal, wie die Verschmutzung einfach ignoriert wird“, sagt Rafay Alam, ein Umwelthanwalt aus Lahore. „Die Gesundheit unserer Kinder steht auf dem Spiel.“

Seit gut einem Jahrzehnt liegt die Elf-Millionen-Metropole im Winter unter einer dichten Smog-schicht. Das führt nicht nur dazu, dass Straßen gesperrt werden und Flugzeuge verspätet starten oder landen. Es macht die Menschen auch krank. Viele Einwohner klagen über Kopfschmerzen, brennende Augen und Hustenreiz. Sobald der Luftqualitätsindex über 300 steigt, schicke er seine Tochter nicht zur Schule, erzählt Alam. „Ich riskiere nicht, dass ihre Lunge dauerhaft geschädigt wird.“

Seiner Meinung nach hätte die Regierung längst den Gesundheitsnotstand ausrufen müssen, weil die Luftverschmutzung in Lahore ständig über dem als noch unbedenklich geltenden Wert von 100 liege. Das zeigten die Messergebnisse des Luftqualitätsmonitors der Firma AirVisual, den er auf seiner Veranda installiert hat. Er bestimmt neben dem Indexwert auch den Feinstaubgehalt in Mikrogramm pro Kubikmeter. Das 300 Dollar teure Gerät ist mit dem Internet verbunden und sendet seine Messdaten zur

Verarbeitung an AirVisual. Laut Alam sind in Lahore ein halbes Dutzend dieser Geräte in Betrieb. Zudem nutzten viele Einwohner die zugehörige App, um jederzeit über die Luftverschmutzung in ihrer Stadt informiert zu sein.

Die Umweltschutzbehörde der Provinz Punjab betreibt derzeit in Lahore nur drei funktionsfähige Messstationen. Sie zeigten häufig niedrigere Werte als die App von AirVisual an, sagt Mahbina Waheed. Sie wohnt in der Nähe der Mall Road, einer vielbefahrenen Hauptstraße. „Ich habe mehr Vertrauen zu der App von AirVisual, da ich selbst eines der Geräte in meinem Haus installiert habe“, erklärt sie.

Lahore trägt den Beinamen „Stadt der Gärten“ – doch in den letzten zehn Jahren mussten viele Bäume den Straßen für die Fahrzeuge der rasch wachsenden Bevölkerung weichen. Vor allem in den Wintermonaten macht der Smog die Luftverschmutzung unübersehbar. Dann herrscht oft Inversionswetterlage, die den Austausch zwischen unteren und oberen Luftschichten behindert. In der Folge sammeln sich die Luftschadstoffe in einer Dunstglocke aus Abgasen. Laut Hammad Naqi Khan, dem Leiter der paki-



Schuljungen in Lahore auf dem Heimweg. Die Bürgerinnen und Bürger der pakistanischen Stadt können sich mit einer Smartphone-App über die Smoggefahr informieren.

ARIF ALI/AFP/GETTY IMAGES



stanischen WWF-Sektion, gehören Lahore und Karatschi zu den zehn Städten mit der schlechtesten Luft auf der ganzen Welt.

Weil es kaum Daten zur Luftverschmutzung gab, gründete Abid Omar im Jahr 2016 in Karatschi die gemeinnützige Organisation Pakistan Air Quality. Sie veröffentlicht derlei Daten und informiert über die gesundheitsschädlichen Folgen der dreckigen Luft. „In unserer Atemluft befinden sich Rückstände von Kohle, Öl, Biomasse, Diesel und Petroleum“, sagt Omar. „Die Stoffe dringen in unsere Lungen ein, geraten in unseren Blutkreislauf und machen uns krank.“

Die Feinstaubbelastung pakistanischer Städte ist deutlich höher als die von Städten anderer Länder der Region, etwa in Bhutan oder Sri Lanka. Besonders wichtig ist der PM_{2,5}-Wert, also der Feinstaub in der Größenordnung von 2,5 Mikrometern, was einem Dreißigstel des Durchmessers eines menschlichen Haars entspricht. „Dieser Wert ist ein Indikator für sämtliche Luftschadstoffe“, erklärt Omar. „Und er liegt in den meisten Städten Pakistans bedenklich hoch.“

Inzwischen ist der Feinstaub aus den Städten sogar ins pakistanische Hochgebirge gezogen: So stellte eine aktuelle Studie des Internationalen Forschungsinstituts für integrierte Gebirgsentwicklung in den Bergen Pakistans einen rasanten Anstieg der Luftverschmutzung fest. „Die Feinstaubbelastung ist generell gestiegen“, heißt es in der Studie. In der Hindukusch-Himalaya-Region gebe es mit Peschawar in Pakistan sowie Mazar-e-Scharif und Kabul in Afghanistan drei Städte, die zu den zwanzig Orten mit der höchsten Luftbelastung auf der ganzen Welt gehören.

In der Trockenzeit lege sich ein dichter Aerosolnebel über die bevölkerungsreiche Indus-Ganges-Ebene, so der Bericht. Er reduziere die Sicht und trübe die Sonne. „Der Schadstoffnebel dringt bis weit in die Täler des Himalayas vor und erreicht auch das Hochgebirge.“ Dass sich dabei dort schwarze Kohle- und Staubpartikel ablagerten, beschleunige die Schnee- und Gletscherschmelze und habe womöglich sogar eine Veränderung der Niederschlagsdynamik zur Folge. Pakistans Wasserversorgung hängt stark vom Indus ab, der durch Gletscherwasser und Regenfälle gespeist wird. Die Folgen der Luftverschmutzung beschränken sich also nicht auf die städtischen Ballungsgebiete, sondern reichen weit über sie hinaus.

Pakistan benötigt dringend weitere Forschung, um die Hauptverschmutzungsquellen zu identifizieren und Gegenmaßnahmen zu ergreifen. „Wir wissen nicht, woraus sich der Smog im Einzelnen zusammensetzt“, sagt Omar. „Wir brauchen umfangreiche Messdaten, mehr Forschung und Evaluierung.“

Die Regierung von Premierminister Imran Khan, die seit August 2018 im Amt ist, hat immerhin dafür gesorgt, dass die Luftqualität in Lahore nun wie-

der überwacht wird. Die Vorgängerregierung hätte die Messungen zwei Jahre zuvor eingestellt, berichtet Malik Amin Aslam, der den neuen Premierminister in Sachen Klimawandel berät. „Millionenteure Überwachungstechnik blieb ungenutzt.“ Nun gebe es wieder zwei stationäre Messstationen, die jeweils einen Umkreis von fünf Kilometern abdecken, sowie ein einsatzfähiges Überwachungsfahrzeug. Damit könne die Umweltbehörde täglich Messwerte auf ihrer Website und zum Abruf über eine App zur Verfügung stellen.

In der Millionenstadt Lahore gibt es zwei stationäre Messstationen und ein einsatzfähiges Überwachungsfahrzeug.

Die Umweltbehörde hat auch in den geschäftigen Städten Multan, Gujranwala und Faisalabad Messgeräte installiert. Gemeinsam mit der Japanischen Agentur für Internationale Zusammenarbeit (JICA) hat das pakistanische Bundesministerium für Klimawandel zudem in Islamabad, Peschawar, Karatschi und Quetta je eine fest installierte Messstation eingerichtet.

Für die Auswertung der Daten ist Fahim Khokar zuständig, Professor an der Nationalen Universität für Wissenschaft und Technik in Islamabad. Das Smogproblem habe sich seit 2016 durch das Abbrennen von Stoppelfeldern auf indischer Seite verschärft, sagt er. „Die indische Regierung hat die Beihilfe gestrichen, die Bauern bekamen, wenn sie ihre Stoppeln mechanisch entfernten.“ Nun hätten sie keine andere Wahl, als sie abzubrennen. „Eine PM2,5-Konzentration über 30 Mikrogramm pro Kubikmeter Atemluft gilt als gesundheitsschädlich. Am 26. Oktober wurden abends auf der Mall Road in Lahore über 465 Mikrogramm gemessen!“

Angesichts des wachsenden Smogproblems setzte der Oberste Gerichtshof von Lahore 2017 eine Kommission ein, die den Ursachen auf den Grund gehen sollte. Im November 2018 wiesen die Richter die Regierung von Punjab an, die Empfehlungen der Kommission umzusetzen. Unter anderem müsse die Regierung Auflagen gegenüber der Industrie durchsetzen und besonders dreckige Ziegeleien schließen. Zudem solle sie Maßnahmen gegen den Schadstoffausstoß von Autos und das Abbrennen von Stoppeln auf dem Reisfeld ergreifen. Die Kommission empfahl außerdem, im Stadtgebiet Bäume zu pflanzen und im Schulunterricht das Umweltbewusstsein zu stärken.

Aus den Schornsteinen der Ziegeleien steigen in der ganzen Stadt dichte Rauchschwaden auf. Seit seinem Amtsantritt führt der Klimawandel-Berater Aslam Gespräche mit deren Besitzern. Mittlerweise haben sie vereinbart, in der Smogsaison, also im November und Dezember, Ziegeleien in zwölf Bezirken stillzulegen, darunter in Lahore. Auch biete man günstige Kredite für die Anschaffung sogenannter



Rina Saeed Khan

arbeitet als freie Korrespondentin für Thomson Reuters in Islamabad, Pakistan.

Zickzacköfen an, durch die der Kohleverbrauch sinke, sagt Aslam. „Außerdem haben wir die Aufsicht verschärft und Strafen verhängt, wenn illegale Brennstoffe wie Autoreifen verwendet wurden.“ Auch Bauern, die diesen Winter ihre Stoppeln abbrannten, mussten Strafen zahlen.

Aslam räumt aber ein, dass vor allem die Fahrzeugabgase ein großes Problem sind. Derzeit werde geprüft, ob man in Pakistan bei der Abgasnorm direkt von Euro 2 zu Euro 5 springen solle. „Das würde allerdings das Benzin verteuern.“ Aslam leitet auch das Aufforstungsprojekt „Billion Tree Tsunami“. Damit sollen im ganzen Land, einschließlich der vier Provinzhauptstädte Peschawar, Lahore, Quetta und Karatschi, Bäume gepflanzt werden.

Laut einem Bericht der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) von Anfang 2018 hat der Verkehr in der Region Punjab mit 43 Prozent den größten Anteil an der Luftverschmutzung, gefolgt von der Industrie mit 25 Prozent. Die Landwirtschaft schlägt, hauptsächlich durch das Abbrennen der abgeernteten Reisfelder, mit 20 Prozent zu Buche. Hinzu kommt der Energiesektor, der 12 Prozent zu den Gesamtemissionen beiträgt.

Die FAO empfiehlt modernere Motoren, sauberen Treibstoff sowie eine bessere Inspektion und Wartung der Fahrzeuge. Langfristig müsse der öffentliche Personenverkehr ebenso wie der Bereich der erneuerbarer Energien ausgebaut werden. Weil der Smog nicht vor Ländergrenzen haltmache, brauche man auch mehr internationale Zusammenarbeit.

Omar glaubt, dass man die Luftverschmutzung an ihrer Quelle reduzieren muss. Dazu zählt er das Transportwesen, Industrie und Landwirtschaft sowie den Energiesektor. Das benötige Zeit, Geld und sorgfältige Planung, sagt er. „Wir müssen höherwertiges Öl importieren, aber dafür ist erst mal die Modernisierung unserer Raffinerien erforderlich.“ Er fordert außerdem, mehr Fracht auf die Schiene zu bringen; das wichtigste Transportmittel seien derzeit umweltbelastende Lastwagen. Dass die Wiederaufforstung das Smogproblem löst, glaubt der Umweltaktivist nicht: „Bäume richten nichts gegen Schwefeldioxid und Methan aus.“

Im Januar bescheinigte sich die Umweltschutzbehörde des Punjab „im Vergleich zu vorhergehenden Jahren Erfolge bei der Smogbekämpfung“. Dank „effektiver Maßnahmen“ hätte der Luftqualitätsindex unterhalb der kritischen Grenze von 300 gelegen, meistens im Bereich zwischen 100 und 150.

Der Umweltschützer Alam widerspricht. Das in seinem Haus installierte Gerät ermittelte für sein Viertel im Winter bedenkliche Werte von über 300, sagt er. Auch Waheed zeigt sich wenig beeindruckt: Die neue Regierung ergreife nicht die nötigen Maßnahmen, um die schädliche Luftverschmutzung einzudämmen, sagt sie. „Man muss dringend etwas für die Luft in Lahore tun und die Abgase der Autos reduzieren.“

Aus dem Englischen von **Thomas Wollermann**.



Kaum noch Platz für Schmetterlinge

Von Fred Pearce

Was dient der Natur mehr: abgetrennte Schutzgebiete oder eine Landwirtschaft, die Raum für die ursprüngliche Flora und Fauna übrig lässt?

Oben: Im Winter lassen sich Millionen Monarchfalter zum Überwintern in den Kiefernwäldern im Süden Mexikos nieder.

SYLVAIN CORDIER/GAMMA-RAPHO
VIA GETTY IMAGES

Es ist eine der wichtigsten Fragen im Naturschutz: Sollen wir die von uns genutzten Landschaften mit der Natur teilen, indem wir kleine Waldgebiete neu beleben und auf umweltfreundliche Kleinlandwirtschaft setzen? Oder sollten wir lieber weite Landstriche ausschließlich der Natur überlassen und die Landwirtschaft auf den bereits existierenden Äckern industrialisieren?

Der Streit, ob zum Schutz der Natur Land „eingespart“ oder „geteilt“ werden sollte, tobt, seit Wissenschaftler vor über zehn Jahren diese Begriffe geprägt haben. Der Ursprung des Konflikts hingegen dürfte fast ein halbes Jahrhundert zurückliegen: Damals erklärte Norman Borlaug, der Vater der sogenannten Grünen Revolution, dass die Produktion von mehr Nahrung pro Einheit Ackerland mittels Hochertragsarten mehr Fläche für Erholungsgebiete und Lebensraum für Tiere freimachen würde. Der US-amerikanische Biologe und Insektenforscher Edward Osborne Wilson griff das auf und legte im Jahr 2016 nach. In seinem Buch „Die Hälfte der Erde“ forderte er, die Schutzgebiete, die derzeit 15 Prozent der Erdoberfläche ausmachen, auf 50 Prozent zu erweitern.

Allmählich scheinen die Einsparer die Oberhand zu gewinnen. Sie zeigen, dass auf lokaler Ebene und auf kurze Sicht in der Regel mehr Arten erhalten wer-

den, wenn der Naturschutz von der Landwirtschaft und anderer Landnutzung durch den Menschen getrennt wird. Kritiker wenden ein, die Einsparer beschäftigen sich zu wenig damit, wie nachhaltig solche Inseln der Biodiversität sind. Zudem bleibe die Frage außen vor, ob wir tatsächlich mehr Nahrungsmittel produzieren müssen.

Einer der Wortführer der Einsparer ist Benjamin Phalan. Der Zoologe hat im Rahmen seines Studiums an der Universität Cambridge das Verhältnis zwischen den Ernteerträgen und der Zahl der Vogel- und Baumarten in den Wäldern von Ghana und den Überschwemmungsebenen des Ganges untersucht. Phalan hat festgestellt, dass die Biodiversität dort am größten ist, wo der Intensivanbau Raum für unbewirtschaftete Flächen lässt. Wird mehr Platz in Anspruch genommen und die Fläche mit der Natur geteilt, ist die biologische Vielfalt geringer – trotz wildtierfreundlicher Anbaumethoden.

Andere Studien sind zu ähnlichen Schlüssen gekommen. In einer Gegend im südlichen Uganda, in der hauptsächlich Bananen und Kaffee angebaut werden, war die Vogelvielfalt am größten, wenn der Ackerbau intensiv auf kleineren Flächen betrieben wurde. Dasselbe gilt für das Vorkommen von Vögeln und Mistkäfern in den kolumbianischen Anden so-



Mit naturnahen Methoden baut Victoria Ataa im Norden von Ghana Cashewnüsse an.

THOMAS IMO/PHOTOTHEK VIA GETTY IMAGES

wie im Pampasgrasland im Süden von Brasilien und Uruguay.

Im Mai 2018 veröffentlichte Phalan eine kritische Übersicht dieser Studien. Darin kommt er zu dem Schluss, dass die meisten Arten in größeren Populationen vorkommen, wenn die Nahrungsmittelproduktion sich auf einen kleinen Raum beschränkt und der ursprünglichen Vegetation eine möglichst große Fläche überlassen wird. „Das gilt besonders für Arten mit geringer weltweiter Verbreitung, die oft am stärksten schutzbedürftig sind“, heißt es in dem Papier.

Das Problem bei der Landteilung bestehe darin, so Phalan, dass jede Art von Landwirtschaft schlecht für die Natur sei. Daran änderten auch naturverträglichere Anbaumethoden nicht viel: Agrarforstwirtschaft sei kein Ersatz für echte Wälder; Pampasgrasland verliere selbst bei geringer Beweidung rasch Arten. Und auch der Ökolandbau schütze Insekten nicht besser als die konventionelle Landwirtschaft, verbrauche dabei aber mehr Land.

Doch so einfach ist es nicht. Die Biologin Claire Kremen von der Universität Berkeley widerspricht den Einsparern. Sie zählt zu den führenden Verfechterinnen des wildtierfreundlichen Landbaus und hält die von Phalan zitierten Forschungsergebnisse für irreführend. Es handele sich um Momentaufnahmen, in denen „die langfristigen Folgen der Isolierung von Arten in Schutzgebieten, die von naturfeindlichen Systemen umgeben sind, außer Acht gelassen werden“. Andere Forschungsarbeiten zeigten, dass „sogar sehr weiträumige Schutzgebiete Arten verlieren, wenn sie über einen längeren Zeitraum isoliert bleiben“. Langfristig werde deshalb das Einsparen von Flächen allein nicht ausreichen.

Im Oktober 2018 erschien in der Zeitschrift „Science“ ein von Kremen und ihrer Kollegin Adina Merenlender verfasstes Manifest zum „Naturschutz auf bewirtschafteten Flächen“. Dass intensive Landwirtschaft mehr Land für den Naturschutz bedeute oder die Weltbevölkerung unbegrenzt ernähre, sei ein Trugschluss, heißt es dort. „Um das große Artensterben und den Zusammenbruch des Ökosystems zu verhindern, müssen wir den Schutz der Artenvielfalt in die von uns genutzte Landschaft integrieren.“

Das Manifest provozierte wiederum eine kämpferische Antwort der am kalifornischen Breakthrough Institute angesiedelten sogenannten Ökomodernisten. Sie halten den Teilern vor, sich in „magischem Denken“ zu üben. Der Ökolandbau erfordere ein Viertel mehr Ackerfläche als die industrialisierte Landwirtschaft, um dieselbe Menge an Nahrungsmitteln zu erzeugen, schrieb etwa Linus Blomqvist. Das seien rund 300 Millionen Hektar Land, also annähernd die Fläche von Westeuropa. Als Folge würde eine riesige Fläche potenzieller Wildnis verlorengehen.

Eine solche Nullsummenrechnung ist allerdings selbst unter den Einsparern umstritten. So argumentieren mehrere der von Phalan zitierten Autoren, dass die Intensivierung der Landwirtschaft nur dann Land freigebe, wenn noch nicht bewirtschaft-

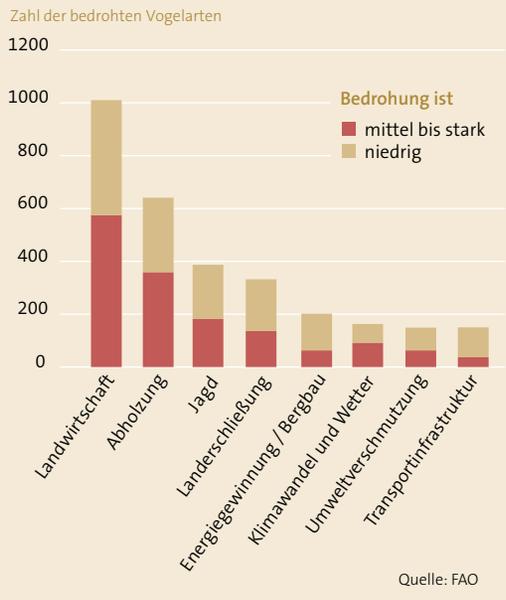


Reisernte in der ostchinesischen Provinz Jiangsu. Hier musste die ursprüngliche Vegetation riesigen Reisfeldern weichen.

VCG VIA GETTY IMAGES

Was die Vögel vertreibt

Welche menschengemachten Faktoren bedrohen gefährdete Vogelarten?





tete Flächen streng geschützt würden. Anderenfalls könnte das Ergebnis eine landwirtschaftliche Version des nach dem britischen Ökonomen William Jevons benannten Jevons-Paradoxons sein. Jevons hatte im 19. Jahrhundert festgestellt, dass die Entwicklung leistungsfähigerer Maschinen die Verbrennung von Kohle nicht etwa verringert, sondern drastisch erhöht hatte, weil sie den Anstoß zur industriellen Revolution gegeben hatte. Folgt man diesem Paradigma, wird eine intensivierte Landwirtschaft zwangsläufig dazu führen, dass mehr Fläche unter den Pflug genommen wird.

Phalan räumt in seiner Kritik ein, dass die durch die Grüne Revolution erzielte Flächensparnis geringer ausgefallen ist, als deren Vordenker Borlaug das vorhergesagt hat. Statt der erwarteten 560 Millionen Hektar seien nur rund 20 Millionen Hektar eingespart worden. „Die Hochertragssorten wurden eher dazu benutzt, mehr und günstigere Nahrungsmittel zu erzeugen als Fläche für die Natur einzusparen“, schreibt Phalan. Das kann man in Brasilien gut beobachten. Dort wurden in den vergangenen Jahrzehnten große Teile des Amazonas-Regenwalds und der Cerrado-Savannen in intensiv genutztes Ackerland umgewandelt – allerdings nicht zur Versorgung der brasilianischen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, sondern für den Export von Rindfleisch und Sojabohnen, der einer kleinen Gruppe reicher Landbesitzer Wohlstand und politischen Einfluss gebracht habe, so Phalan.

Auch der überwiegende Teil der riesigen Maisanbaufläche in den USA diene „verschwenderischen

Zwecken wie etwa der Nutzung als Biokraftstoff oder der Viehwirtschaft“. Die Biologin Claire Kremen kommt zum Schluss: Die Daten ließen nicht erkennen, „dass dank der Intensivlandwirtschaft in den vergangenen Jahren Flächen eingespart wurden“.

In der Debatte scheinen beide Seiten zu einem gemeinsamen Schluss zu kommen: Damit die Intensivierung der Landwirtschaft zum Naturschutz beitragen kann, muss sichergestellt sein, dass die eingesparten Flächen dem profitorientierten Anbau von Agrarrohstoffen entzogen bleiben. Kremen zufolge bleibt jedoch die Frage offen, wie effektiv Inseln des Naturschutzes inmitten einer von industriellen Anbaumethoden beherrschten Landschaft sein können.

Die Natur hält sich nicht an die Grenzen von Nationalparks. Ob Wanderelefanten in Kenia oder amerikanische Monarchfalter: Viele Tiere leben vorwiegend in menschengemachten Agrarlandschaften. In einer im vergangenen Jahr veröffentlichten Studie argumentiert Stephen Kearney von der australischen University of Queensland, dass es nicht ausreiche, „Land zum Schutzgebiet zu erklären und dann sich selbst zu überlassen“. Dadurch bewahre man lediglich drei Prozent der Arten vor sämtlichen Bedrohungen.

Kremen und Merenlender gehen noch weiter: „Wenn Schutzgebiete durch naturfeindlich genutzte Flächen voneinander getrennt und einem sich rasch verändernden Klima ausgesetzt sind, verlieren sie weiterhin Arten“, schreiben sie. Manche Wissenschaftler halten das Konzept der inselartigen Naturschutzgebiete deshalb schon jetzt für gescheitert. Obwohl deren Gesamtfläche in den vergangenen Jahren deutlich gewachsen ist, haben wild lebende Wirbeltierpopulationen innerhalb eines halben Jahrhunderts um 60 Prozent abgenommen. In Deutschland wurde seit 1990 ein Rückgang der Insektenbiomasse um 76 Prozent verzeichnet – obwohl die Naturschutzgebiete im selben Zeitraum ausgeweitet wurden.

Um die Artenvielfalt zu retten, brauche es eine Kombination aus Naturschutzgebieten und einer großflächigen naturnahen Landwirtschaft, glaubt Kremen. Ein Beispiel für einen solchen „Naturschutz auf bewirtschafteter Fläche“ sei der mesoamerikanische biologische Korridor, der sich von Mexiko bis nach Panama erstreckt. Die Initiative verfolgt das Ziel, mehr als 650 kleine Schutzgebiete über ein Netz aus Waldstücken entlang von Flussufern sowie quer über Weiden und Felder miteinander zu verbinden.

Andere Beispiele seien die Renaturierung von Mangroven in Asien oder die kommunale Landverwaltung in Australien entlang den Great Eastern Ranges von Cairns bis nach Melbourne. Und quer durch Europa fänden Fleischfresser, insbesondere der Wolf, durch die Wiederaufforstung früheren Ackerlandes neuen Lebensraum.

Der Streit zwischen den Einsparern und den Teilern eröffnet zudem eine Debatte über die Art von Umwelt, in der wir leben wollen. Kremen argumentiert, dass durch das Teilen auch untere Einkom-

menschlichen in einer städtischen Umgebung Zugang zu unbebauten Flächen und der Natur erhielten. Die Einsparer betonen hingegen, dass hochverdichtete städtische Räume notwendig seien, um größere Flächen offen und frei von Menschen zu halten.

Es gibt mehr Potenzial als gedacht, das vorhandene Land zu teilen, ohne der Natur ihre letzten unberührten Gebiete zu nehmen.



Fred Pearce

ist Journalist in England. Er hat mehrere Bücher geschrieben, darunter „Land Grabbing: Der globale Kampf um Grund und Boden“ (München 2012) und „Die neuen Wilden: Wie es mit fremden Tieren und Pflanzen gelingt, die Natur zu retten“ (München 2016).

Sein Beitrag ist zuerst auf der Online-Plattform „YaleEnvironment360“ erschienen.

Der Zoologe Phalan schreibt, hinter der wissenschaftlichen Debatte verberge sich zuweilen eine eher ethische Debatte. Die Einsparer wollten die Natur um ihrer selbst willen schützen, seien also „ökozentrisch“. Die Teiler bezeichnet er dagegen als „anthropozentrisch“. Sie orientierten sich an den Bedürfnissen und Wünschen der Menschen. Die Einsparer kümmern es unter Umständen nicht, ob auf den intensiv bewirtschafteten Äckern profitable Agrarrohstoffe oder Nahrungsmittel für die Hungernden angebaut werden: Hauptsache, es würden Naturflächen frei. Den Teilern gehe es hingegen auch um eine faire Verteilung zwischen Menschen.

In den vergangenen zwei Jahren ist ein neuer Streit über das bestehende System der Nahrungsmittelversorgung entbrannt, das für einen Großteil des Naturverlusts verantwortlich ist. Die Teiler werfen den Einsparern vor, sie verstünden weder die Angebots- noch die Nachfrageseite der Nahrungsmittelproduktion. So sei die Vorstellung, dass großflächige kommerzialisierte Intensivlandwirtschaft effizienter und produktiver sei, nicht immer richtig. Vincent Ricciardi von der University of British Columbia berichtete, dass Kleinbauern mit weniger als zwei Hektar Land auf gerade mal 24 Prozent der gesamten Agrarfläche 30 bis 40 Prozent der weltweiten Nahrungs-

mittel produzieren. Das sei möglich, weil sie überwiegend Nahrungsmittel und kaum nicht essbare Pflanzen wie etwa Baumwolle anbauten.

Zudem setzen viele Kleinbauern auf schonendere Anbaumethoden, die die ursprüngliche Vegetation miteinbeziehen. Dabei vertrauen sie auch auf die Bestäubung durch Bienen und die Schädlingsbekämpfung durch Vögel. Würden alle Kleinbauern auf „teilende“ Methoden setzen – etwa die Agrarforstwirtschaft oder den Anbau von mindestens zwei Feldfrüchten in unmittelbarer Nachbarschaft –, könnten sie mehr Natur bewahren und gleichzeitig die weltweite Nahrungsmittelproduktion steigern, glaubt die Biologin Kremen.

Der Anstoß, die Intensivlandwirtschaft im Sinne der Einsparer als Naturschutzinstrument zu akzeptieren, geht zum Teil auf Vorhersagen der Vereinten Nationen (UN) zur künftigen Nachfrage nach Lebensmitteln zurück. Die UN haben prognostiziert, dass die globale Nahrungsmittelproduktion bis zum Jahr 2050 verdoppelt werden müsse. Neuere Forschungsarbeiten deuteten jedoch darauf hin, dass die Vorhersage „maßlos überzogen“ sei, erklärt Fabrice DeClerck von Bioversity International, einer Forschungseinrichtung für Agrobiodiversität mit Sitz in Rom.

Wir produzieren jetzt schon genug Nahrungsmittel, um eine Weltbevölkerung von mehr als zehn Milliarden Menschen zu ernähren. Davon wird ein Drittel weggeworfen und ein weiteres Drittel dient als Viehfutter – keine effiziente Methode, die Welt zu ernähren. Statt mehr Lebensmittel zu produzieren, sollten wir weniger wegschmeißen und unseren Fleischkonsum reduzieren.

Das Potenzial, das vorhandene Land zu teilen, ohne der Natur ihre letzten unberührten Gebiete zu nehmen, ist größer als gedacht: „Wir können die Hälfte einsparen und den Rest teilen“, sagt DeClerck. ■

Aus dem Englischen von **Juliane Gräbener-Müller**.

Anzeige

HEINRICH BÖLL STIFTUNG



Böll.Thema 2/19
Neue Gentechnik
Berlin, April 2019, 44 Seiten

Technologien entwickeln sich heute schneller, als wir sie verstehen und uns über politische und gesellschaftliche Antworten verständigen können. Genau das passiert gerade im Bereich der neueren Gentechnik. Präziser, schneller und weitreichender kann in die DNA von Pflanzen, Tieren und Menschen eingegriffen werden. In unserem aktuellen Heft schauen wir auf die

Versprechen, Debatten und Nebenwirkungen der neuen Gentechnik und darauf, welche Alternativen es gibt.

Böll.Thema, das politisch-kulturelle Magazin der Heinrich-Böll-Stiftung, erscheint dreimal im Jahr zu einem aktuellen Schwerpunkt. Sie können Böll.Thema kostenfrei abonnieren: boell.de/news

Böll.Thema gibt es jetzt auch als Online-Magazin: boell.de/thema

Heinrich-Böll-Stiftung Schumannstraße 8, 10117 Berlin boell.de

Unsere Atlanten

Unsere Atlanten vermitteln Wissen in kompakter und anschaulicher Form. Auch Klassensätze können bestellt werden. Es gibt sie gedruckt und als kostenfreie pdf, mobi oder epub! boell.de/atlanten



Agrar-Atlas

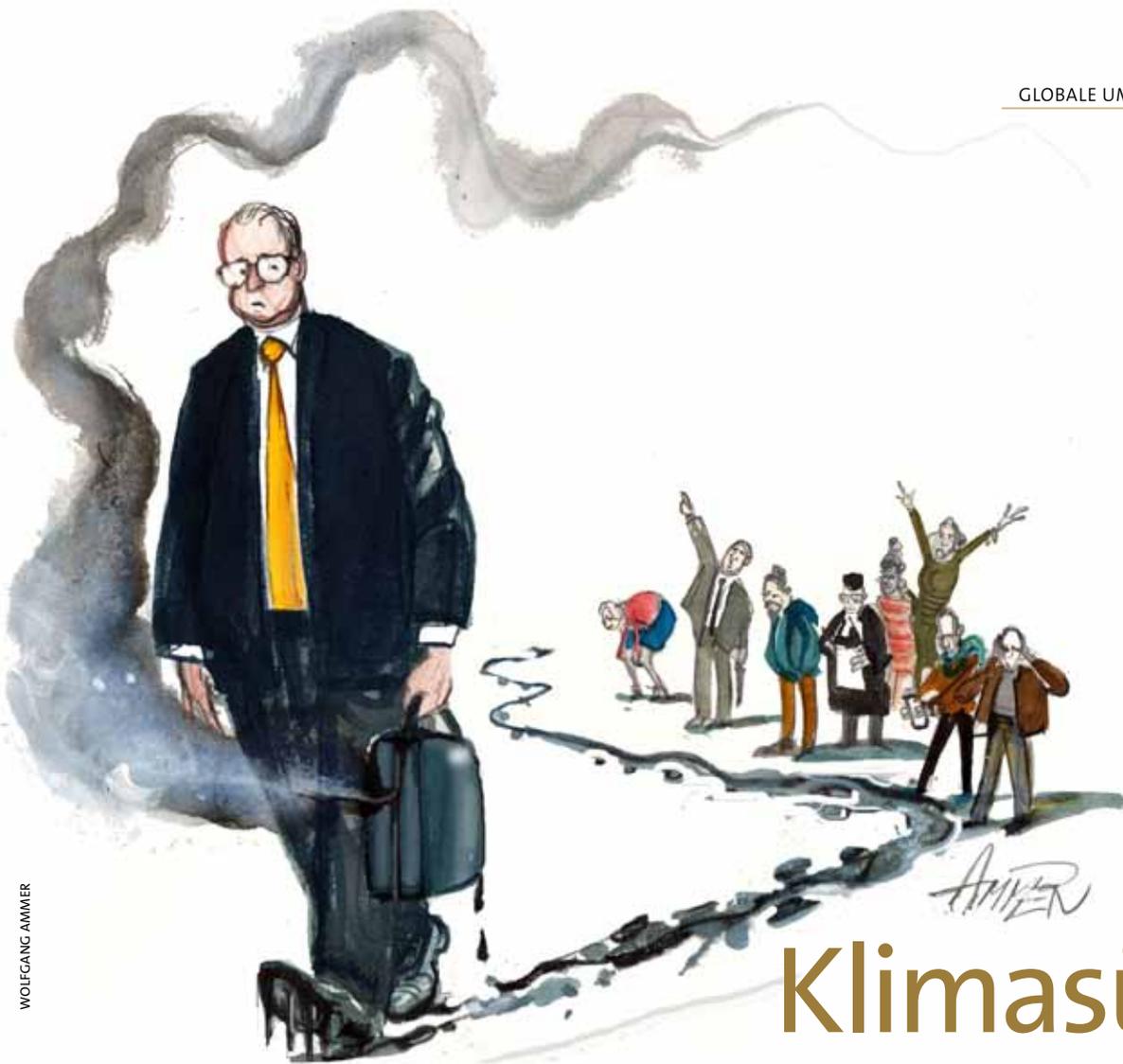
Daten und Fakten zur EU-Landwirtschaft
Berlin, Januar 2019, 52 Seiten
boell.de/agraratlas



Weitere Atlanten:

Fleischatlas 2018
Energieatlas 2018
Meeresatlas 2017

Abonnieren Sie unseren monatlichen E-Mail-Newsletter: boell.de/news



Klimasünder auf der Anklagebank

Von Benjamin von Brackel

Umweltschützer und vom Klimawandel betroffene Bürger ziehen zunehmend vor Gericht. Sie wollen Ölkonzerne haftbar machen und Regierungen auf mehr Klimaschutz verpflichten.

Am 13. November 2013 unterbrachen die Diplomaten auf der Weltklimakonferenz in Warschau für ein paar Minuten ihren gewohnten Trott. Auf der Bühne stand Yeb Saño, der Verhandlungsführer der Philippinen, und berichtete vom Taifun Haiyan, der in den Tagen zuvor sein Heimatland verwüstet, einer halben Million Menschen das Zuhause gekostet und die Landschaft in ein Ödland aus Schlamm, Schutt und Leichen verwandelt hatte. „Die dortigen Verwüstungen rauben mir den Atem“, sagte er, ehe er sein Gesicht hinter einem roten Taschentuch verbarg, damit die Verhandler aus aller Welt seine Tränen nicht sehen konnten.

Klimaforscher sagen, dass die außergewöhnlich hohen Meerestemperaturen und der Meeresspiegelanstieg den Taifun Haiyan verstärkt haben; er zählt zu den stärksten Stürmen, die auf Festland getroffen sind. Folgen hatte Saños Rede aber keine; dass der Mann mit dem runden Gesicht und der Brille die folgenden Tage in einen Hungerstreik trat, nahmen die Gipfelteilnehmer schon kaum mehr wahr. Die Industrieländer, allen voran die USA, setzten in War-

schau durch, dass sie Entwicklungsländer für Schäden und Verluste infolge des Klimawandels nicht entschädigen müssen.

Angehörige der Opfer von Haiyan wollten sich damit nicht zufrieden geben. Mit Unterstützung von Greenpeace riefen sie 2015 die Menschenrechtskommission ihres Landes auf zu untersuchen, ob 47 Weltkonzerne aus den Branchen Öl, Kohle, Bergbau und Zement für die Katastrophe mitverantwortlich seien, darunter auch deutsche Unternehmen wie der Energieversorger RWE. Überraschenderweise nahm die Kommission den Auftrag an und besuchte Gemeinden, die von Stürmen heimgesucht worden waren.

Am 27. September 2018, fast fünf Jahre nach Saños Rede, begann die Kommission ihre Anhörung. Die sollte klären, ob unter anderem die großen Erdölfirmen Menschenrechte verletzt haben, weil sie mit ihrem Geschäft Folgen des Klimawandels wie den Taifun Haiyan verstärken.

Ausgewählt wurde dafür ein Ort, der besonders viel Aufmerksamkeit verspricht: der Sitz der Vereinten Nationen in New York. Während die jährliche

UN-Generalversammlung tagte, begann in einem schmucklosen Konferenzraum im selben Hochhaus die Anhörung. Die meisten der Sitze waren reserviert, blieben aber leer. Denn die 47 einbestellten Ölkonzerne wie ExxonMobil, Shell und BP waren allesamt nicht erschienen. Stattdessen wurden Wissenschaftler und Anwälte angehört und befragt, ob die Ölfirmen mitschuldig seien an Wetterextremen. Ziel sei gewesen, möglichst viel Aufmerksamkeit zu erlangen, erklärte der Kommissionschef hinterher. Die Veranstaltung habe eher symbolischen Charakter gehabt.

In den Niederlanden hat ein Gericht die Regierung verurteilt, das Ziel für die Verringerung der Emissionen hochzusetzen.

Dabei muss es aber nicht bleiben. Seit einigen Jahren wird ein Instrument zunehmend populär, das für Klimagerechtigkeit sorgen soll: sogenannte Klimaklagen. Mehr als tausend davon hat es schon gegeben, die allermeisten in den USA. Dort richten sie sich meist gegen Energiekonzerne. So haben etwa San Francisco und Oakland 2017 gegen fünf Ölkonzerne geklagt, um Deiche bezahlt zu bekommen, mit denen sich die Städte an den steigenden Meeresspiegel anpassen wollen. Und im Oktober 2018 verklagte die New Yorker Staatsanwältin ExxonMobil wegen möglicher Falschaussagen zum Klimawandel und dem Versuch, die Anleger in die Irre zu führen.

In Europa hingegen konzentrieren sich die Klagen auf Regierungen. Erfolgreich waren bislang aber nur wenige – so die Klage eines Bürgerbündnisses in den Niederlanden, die 2015 von ihrer Regierung ein stärkeres Klimaziel verlangt hatte, das im Einklang mit den Erkenntnissen des Weltklimarats steht. Angepeilt hatte die Regierung, die Treibhausgasemissionen bis Ende 2020 gegenüber 1990 um 17 Prozent zu senken; das Zivilgericht in Den Haag ordnete 2018 aber eine Zielmarke von „mindestens 25 Prozent“ an.

Die Klagen gegen Ölfirmen in den USA wurden bislang allesamt abgeschmettert. Eine gängige Be-

gründung der Richter: Nicht die Gerichte müssten über die Frage entscheiden, wer für den Klimawandel verantwortlich sei, sondern die Politik. Außerdem sei es nicht möglich, eine direkte Verbindung zwischen dem Geschäft der Firmen und einzelnen Wetterkatastrophen herzustellen.

Die Klagewelle ebbt deshalb allerdings nicht ab – im Gegenteil: Von Jahr zu Jahr gibt es mehr. Und die Klimaklagen der zweiten Generation sind deutlich besser begründet. Sie profitieren von den Berichten des Weltklimarats und von der erst jungen sogenannten Attributionswissenschaft, die den Anteil des Klimawandels an einzelnen Wetterereignissen berechnen kann. Und sie nutzen ein Inventar an historischen CO₂-Emissionen der größten Erdölkonzerne, das der US-Geograf Richard Heede im Jahr 2013 erstellt hat. Auf dieses Inventar haben etwa auch die Angehörigen der Opfer des Wirbelsturms Haiyan verwiesen.

Klimaklagen werden heute zunehmend auch im globalen Süden angestrengt. Das hängt zum einen mit der Zunahme an Wetterextremen im Süden zusammen. Zum anderen sind viele Länder im globalen Süden frustriert, dass die Industriestaaten in den Klimaverhandlungen dafür gesorgt haben, dass unter dem Paris-Abkommen auch Entwicklungsländer nun zum Klimaschutz beitragen und sich dafür Ziele setzen müssen – aber für Schäden und Verluste durch den Klimawandel werden sie nicht entschädigt.

Deshalb haben die Kläger in den Entwicklungsländern ihre Strategie geändert: Sie setzen direkt bei Verursachern des Klimawandels an – den Energiekonzernen. Auftrieb verleiht ihnen dabei die Untersuchung der philippinischen Menschenrechtskommission. „Diese Unternehmen haben unverschämte Profite gemacht, während sie die wahren Kosten ihres Produkts auf die Armen ausgelagert haben, die mit ihren Häusern, der Fähigkeit, Nahrungsmittel anzubauen, und mit ihrem Leben bezahlen“, heißt es in einem Bericht des Climate-Justice-Programms, einer Anlaufstelle für Juristen, die Klimaprozesse führen wollen.

Roda Verheyen hat dieses internationale Netzwerk mitgegründet. Die Hamburger Anwältin be-

Anzeige

VEGGIENALE & FAIRGOODS

Münster 02./03. März 2019

Freiburg 23./24. März 2019

Nürnberg 13./14. April 2019

Hannover 27./28. April 2019

Frankfurt/Main 5./6. Okt. 2019

Köln 12./13. Okt. 2019

Leipzig 19./20. Okt. 2019

Hamburg 30. Nov./1. Dez. 2019

Berlin 25./26. Jan. 2020

ÖKO MEETS VEGAN

JETZT TICKETS ONLINE BUCHEN
WERBECODE (10%): WELT19

#VEGGIE-LOVE

#FAIR #ÖKO

Alle Termine auf fairgoods.info | veggienale.de

treibt derzeit drei Klimaklagen in Deutschland und der Europäischen Union. Das Besondere: Einige ihrer Mandanten kommen aus dem globalen Süden – wie der Bauer Saúl Luciano Lliuya aus Peru, der den deutschen Energiekonzern RWE mit Hilfe der deutschen Umweltorganisation Germanwatch auf Schadensersatz verklagt hat. Sein Bergdorf liegt unterhalb eines Gletschersees, der sich aufgrund der Gletscherschmelze im Zuge der Erderwärmung stetig fülle und das Dorf zu überfluten drohe.

Nur mit einem Staudamm könne sich das Dorf noch schützen, und Lliuya verlangt, dass sich RWE an den Kosten dafür beteiligt – gemäß dem Anteil des Konzerns an den bisher gemessenen CO₂-Emissionen weltweit: 0,47 Prozent. Das wären zwar nur 17.000 Euro für RWE, dennoch hätte ein Schuldspruch weitreichende Folgen: Er könnte viele andere Betroffene zu Klimaklagen animieren.

Das Landgericht Essen hatte die Klage noch zurückgewiesen. Denn es sei nicht möglich, eine kausale Verbindung zwischen dem CO₂-Ausstoß von RWE und dem Abschmelzen des Andengletschers herzustellen. Roda Verheyen ließ sich davon nicht beirren und wendete sich an die nächsthöhere Instanz. Das Oberlandesgericht Hamm nahm die Klage schließlich 2017 an. Derzeit untersuchen Gutachter, ob das Haus von Saúl Luciano Lliuya tatsächlich in der Risikozone des Gletschersees steht. Verheyen wertet das schon als „Sieg“: „Wir haben gezeigt, dass solch eine Klage grundsätzlich möglich ist“, sagt sie. Selbst ein Bauer in den peruanischen Anden könne nun einen Energiekonzern aus Deutschland vor Gericht bringen.

Bürger aus dem globalen Süden klagen aber nicht nur gegen Konzerne im Norden, sondern versuchen auch, die eigenen Regierungen zu belangen. In Kolumbien haben 25 Kinder und Jugendliche gegen den Staat geklagt, um ihn an seine Verpflichtung zu binden, den Amazonas-Regenwald zu schützen. Denn dessen Zerstörung beschleunigt den Klimawandel und beeinträchtigt ihr Recht auf Leben, Freiheit und Eigentum. Das Gericht gab der Klage statt und verdonnerte die Regierung, einen Plan zu erarbeiten, wie sie die Abholzung zu beenden gedenke.

Auch in Pakistan hatte eine Klage Erfolg. Dort hatte der Bauer Ashgar Leghari im Jahr 2015 die Regierung verklagt, weil sie ihre eigene Klimapolitik nicht befolge. Das Gericht gab ihm recht und beauftragte die Regierung, eine Prioritätenliste zu erstellen und zur Kontrolle der Politik eine unabhängige Kommission einzusetzen.

Ist es gerecht, dass Regierungen im Süden zum Klimaschutz verklagt werden? Sollten solche Klagen nicht auf die Industrieländer beschränkt bleiben, die den Großteil der CO₂-Emissionen zu verantworten haben? „Diese Frage hätte man noch vor zehn Jahren stellen können“, sagt Verheyen. Heute sei der Klimawandel aber so weit vorangeschritten, dass alle etwas tun müssen. Deshalb befürwortet sie auch Klimaklagen in Entwicklungs- und Schwellenländern.

Die philippinische Menschenrechtskonvention will im Juni 2019 ihren Bericht vorlegen. Beobachter gehen davon aus, dass er großen Einfluss auf andere Fälle haben könnte. Ermutigt von dem Beispiel haben Bürger anderer Inselstaaten wie Kiribati, Vanuatu, Tuvalu und Fidschi erklärt, sie wollten Petitionen in ihren Ländern einreichen, um Untersuchungen gegen Ölkonzerne anzustrengen.

Laut britischen Wissenschaftlern von der London School of Economics and Political Science könnten Klimaklagen zumindest die Ausrichtung der Energieunternehmen verändern, selbst wenn sie juristisch bislang nicht erfolgreich gewesen seien. Allein die Möglichkeit, dass sie verurteilt werden könnten, könnte dazu beitragen, dass die Konzerne den Klimawandel als rechtliches und finanzielles Unternehmensrisiko einkalkulieren. Und bei Aktionären und Investoren könnte diese Möglichkeit die Erwartung wecken, dass die Unternehmen klimafreundlicher wirtschaften, schreiben die Forscher in einer Studie, die Ende Oktober 2018 im Fachblatt Oxford Journal of Legal Studies erschienen ist.

Rechtsexperten sehen immer bessere Erfolgchancen für Klimaklagen auch im globalen Süden.

Der Geograf Richard Heede glaubt, dass die Ölfirmen nun gezwungen sind, ihre Investitionen anzupassen und ihre zukünftigen CO₂-Emissionen zu planen: „Sie müssen sorgfältig prüfen, wie viel fossile Brennstoffprodukte sie noch auf die Märkte bringen können, ohne den global vorgegebenen Pfad zu überschreiten, die globale Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen.“

Und auch für Klimaklagen gegen Regierungen sehen Rechtsexperten immer bessere Erfolgchancen – auch im globalen Süden. In vielen Ländern haben sich Gerichte inzwischen auf Umweltrecht spezialisiert; zudem gießen immer mehr Länder Umweltvorgaben in Gesetze oder schreiben sie sogar in die Verfassung. So enthält Indiens Verfassung zum Beispiel das Recht auf eine gesunde Umwelt.

In einem grenzüberschreitenden Fall haben Familien aus fünf europäischen Ländern sowie aus Kenia und von den Fidschi-Inseln vergangenes Jahr die EU verklagt, ihre Klimaziele für das Jahr 2030 zu überarbeiten und an das Pariser Klimaschutzabkommen anzupassen. „Dass die Kläger auch aus Kenia und Fidschi kommen, ist Absicht“, sagt Roda Verheyen, die auch diesen Fall vertritt. Denn schließlich sei der Klimawandel ein globales Problem.

Die erste Hürde hat dieser Fall bereits genommen: Der Europäische Gerichtshof hat die Klage im August 2018 angenommen. Doch selbst wenn ihre laufenden Klagen keinen Erfolg haben werden, will sich Verheyen nicht entmutigen lassen. „In den USA hat es 25 Jahre gedauert, bis Klagen gegen die Tabakindustrie Erfolg hatten“, sagt sie. ■



Benjamin von Brackel
ist freier Umweltjournalist in Berlin und stellvertretender Chefredakteur des Online-Magazins klimareporter.de.

„Auch die Linke ist in ihrem Hauptstrom auf Wachstum fixiert“

Ein Rückblick auf drei Jahrzehnte Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik

Gespräch mit Reinhard Loske

Wie Deutschland zukunftsfähig werden kann, haben Studien schon vor Jahrzehnten ausbuchstabiert. Reinhard Loske hat daran mitgearbeitet. Wo sieht er die Wirkung dieser Denkanstöße und wie so stockt der sozial-ökologische Umbau?

Umweltministerin Svenja Schulze hat gerade ein überraschend weitgehendes Klimaschutzgesetz vorgeschlagen. Hatten Sie ihr die alten Studien zum zukunftsfähigen Deutschland zugeschickt?

Nein. Aber was sie anstrebt, war tatsächlich schon damals unsere Forderung: Alle Sektoren brauchen verbindliche Klimaschutzziele. Dazu gibt es Ansätze in einigen Bundesländern, aber nach wie vor ist Klimaschutz bei uns weitgehend auf die Stromerzeugung beschränkt – bei Verkehr und Landwirtschaft geht es mit Volldampf weiter in die falsche Richtung. Dabei wissen wir: Um die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, muss bei uns in zwei Jahrzehnten alles vom Kopf auf die Füße gestellt werden und bis 2060 muss die Wirtschaft weltweit im Wesentlichen ohne fossile Brennstoffe aus-

für einen sozialen und kulturellen Wandel entworfen mit dem Tenor „gut leben statt viel haben“. Die haben nicht viel bewirkt, oder?

Das würde ich nicht sagen. Die Studie vom damals jungen Wuppertal-Institut wurde von zwei gesellschaftlich bedeutenden Großgruppen getragen, nämlich den Kirchen und der Umweltbewegung. Die zusammengebracht zu haben, ist eine bleibende Wirkung. Die Studie wurde 1995 präsentiert – übrigens mit der damaligen Umweltministerin Angela Merkel – und es gab dann Hunderte Veranstaltungen dazu im ganzen Land. Sie fand große Resonanz auch über Kirchen und die Umweltbewegung hinaus; einzelne Gewerkschaften und Un-

ternehmen fingen an, sich zu öffnen. Teile dieser Ideen haben dann ab 1998 die Politik der rot-grünen Bundesregierung beeinflusst, zum Beispiel die ökologische Steuerreform und das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Aber es sind leider Inseln des Richtigen in einem Ozean des Falschen geblieben.

Wie weit haben die Leitbilder Lebensstile in der Gesellschaft beeinflusst?

Leitbilder wie „Entschleunigen“ und „Entschlacken“ haben wir uns nicht ausgedacht, sondern es waren damals erkennbare Trends. Und man darf sich Prozesse des Wandels nicht so vorstellen, dass jemand ein kohären-

„Wir haben damals viele Tendenzen beim Lebensstil richtig eingeschätzt, aber gehofft, sie würden breitere Schichten erfassen.“

kommen. Gesellschaften brauchen für Anpassungen Zeit. Aber es wird immer mehr Zeit verspielt. Ich habe 1987 nach dem Studium bei einem Abgeordneten und Mitglied der Enquete-Kommission des Bundestages „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ angefangen, das ist über 30 Jahre her. Im Abschlussbericht der Enquete von 1990 steht im Grunde schon alles drin, was geschehen muss – auch wenn jetzt die Zahlen genauer klar sind.

Die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ hat auch Leitbilder



Reinhard Loske war von 1998 bis 2007 Bundestagsabgeordneter, bis 2011 Senator in Bremen und ab 2013 Professor an der Universität Witten/Herdecke. Im April 2019 wird er Präsident der Cusanus-Hochschule in Cochem.



„Unter Rot-Grün war die SPD für die Sozialpolitik zuständig, die Grünen für Umweltpolitik. So konnte der Eindruck entstehen, Umweltthemen seien ein Spleen der Bionade-Bourgeoisie.“

Im Juni 1980 blockieren Demonstranten die Zufahrt zum Salzstock bei Gorleben, den die Bundesregierung als Endlager für Atommüll nutzen will.

MICHAEL MEYBORG/LAIF



tes Konzept vorlegt und das wird alles übernommen. In meinem jüngsten Buch „Politik der Zukunftsfähigkeit“ habe ich ein Modell für gesellschaftliche Umbrüche entwickelt. Am Anfang steht immer das große Nein, zum Beispiel: Atomkraft wollen wir nicht. Dann kommen praktische Pioniere in Nischen. Freaks, Tüftler und Landkommunarden haben angefangen, erneuerbare Energien voranzubringen, erste Handwerker und Wissenschaftler sind hinzugekommen, man hat voneinander gelernt, es entsteht eine kritische Masse. Aber dann muss die Politik den Rahmen setzen und von Bremsen auf Fördern umschalten. Bei der Energiewende hat sie das bei aller Detailkritik getan, bei Landwirtschaft und Verkehr bis heute nicht.

Deshalb werden die meisten der Leitbilder immer noch nur in Nischen praktiziert?

Ja. Wir haben damals viele Lebensstiltendenzen richtig eingeschätzt, aber wir haben gehofft, sie würden breitere Schichten erfassen. Und wir haben die soziale Frage vor allem als Nord-Süd-Frage gesehen und nicht bedacht, dass eine ökologische Politik nur funktionieren kann, wenn sie auch bei uns sozial akzeptiert wird.

Die Grünen waren sozialpolitisch blind, behauptet der Historiker Joachim Radkau sogar. Sie saßen von 1998 bis 2007 für die Grünen im Bundestag; geben sie ihm recht?

Wir hatten schon Vorstellungen vom Sozialen, zum Beispiel von einem bedingungslosen Grundeinkommen. Aber wir haben uns tatsächlich sehr wenig mit dem So-

Anstößige Studien

Nachhaltige Entwicklung fängt bei uns an – der Einsicht haben zwei viel beachtete Studien „Zukunftsfähiges Deutschland“ von 1996 und 2008 Nachdruck verliehen. Die erste erschien 1996 im Auftrag des katholischen Entwicklungswerks Misereor und des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). Die zweite haben die evangelischen Werke Brot für die Welt und EED sowie der BUND in Auftrag gegeben. Erstellt hat beide Studien das Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie. Reinhard Loske hat die erste Studie als Wissenschaftler am Wuppertal-Institut geleitet; bei der zweiten war er Mitglied des wissenschaftlichen Beirats. Die Studie von 1995 zeigt, wie stark Deutschland seinen Umwelt- und Ressourcenverbrauch verringern muss, wenn alle Menschen, auch im Süden, gleiche Rechte auf Umweltgüter haben und zugleich die Erde nicht überlastet werden soll. Sie entwirft zudem Leitbilder für ein nachhaltiges gutes Leben. Die Studie von 2008 bilanziert, dass Deutschland auf dem Weg zur Zukunftsfähigkeit wenig vorangekommen sei, und sucht Handlungsansätze aufzuzeigen. (bl)

zialstaat befasst. Nur bei der ökologischen Steuerreform ist es gelungen, Umwelt- und Sozialpolitik zu verbinden: Die Einnahmen aus Steuern auf Ressourcen und Energie sollten verwendet werden, um Sozialbeiträge, vor allem Rentenbeiträge, zu senken und so Beschäftigung anzuregen. Weil das aber zu heftigen Protesten aus einer unheiligen Allianz von „Bild“, Bundesverband der deutschen Industrie, ADAC, CDU und FDP und Teilen der Gewerkschaften geführt hat, hat Bundeskanzler Schröder einen Rückzieher gemacht und gesagt: Feierabend, das betreiben wir nicht weiter. Bei den Hartz-Reformen ab 2003 war in der Koalition die unguete Arbeitsteilung, dass die SPD für die Sozialpolitik zuständig war und die Grünen für die Umweltpolitik. Deshalb konnte Gerhard Schröder bei der Sozialpolitik im Grunde machen, was er wollte. So konnte der

gefährliche Eindruck entstehen, Umweltthemen seien ein Spleen der Bionade-Bourgeoisie, unter dem die kleinen Leute zu leiden haben. Unser zweiter Fehler war, dass wir nicht auf der Verbindlichkeit von Umweltzielen bestanden haben. Die rot-grüne Bundesregierung hat sogar ambitionierte Ziele abgeschwächt – etwa das der Regierung Kohl, die CO₂-Emissionen von 1990 bis 2005 um 25 Prozent zu senken. Unter Rot-Grün wurden daraus 21 Prozent bis 2012.

Nach der Zeit im Parlament waren Sie dann 2007 bis 2011 Senator für Verkehr, Umwelt, Bau und Europa in Bremen. Hatten Sie in der Rolle mehr Einfluss als vorher?

Das ist schwer zu sagen, die Wirkungen waren von anderer Art. In Bremen hatte ich große Gestaltungsmöglichkeiten in konkreten Fragen wie Radverkehr fördern, Zer-

siedelung bremsen oder die S-Bahn ausbauen. Das hat Zuspruch der Wähler gebracht, aber auch extrem harte Konflikte bis hin zu Hass. Zum Beispiel hat Bremen damals als erstes und bis heute einziges Bundesland ein flächendeckendes

„Der Kapitalismus hat die Eigenart, soziale Innovationen in Geschäftsfelder zu verwandeln und sich so zu erneuern.“

Tempolimit auf Autobahnen eingeführt. Das hat mir härteste Angriffe eingebracht.

Wie viele Kilometer Autobahn hat Bremen?

Nur etwa 60, aber es ging um das Symbol: Darf ein Land gegen den erklärten Willen der Bundesregierung ein Tempolimit einführen?

Finden Sie heute Debatten in der Gesellschaft, die von den beiden Studien angestoßen worden sind?

Ideen von Postwachstum und postmaterielle Werthaltungen wie das Teilen von Gütern finden mehr Zuspruch als früher. Aber sie wirken sich wenig aus, weil das wachstumsgetriebene Wirtschaften daneben weitergeht. Teilen ist gut, wenn es andere Formen des Konsums ersetzt. Der Kapitalismus hat aber die Eigenart, soziale Innovationen in Geschäftsfelder zu verwandeln und sich so zu erneuern. Ein schönes Beispiel ist Kleidertausch: Erst ging es darum, dass Kleider so lange wie möglich genutzt werden. Jetzt werden Kleider-Flatrates eingeführt, bei denen man für 50 Euro im Monat immer die neuesten Kleider bekommen und sie nach drei Monaten wieder zurückschicken kann, um immer auf der neuesten Welle mitreiten zu können. Das ist keine Konsumminderung, sondern eine Konsumstimulierung.

Haben sich die beiden Studien um das Problem des Wachstumszwangs herumgemogelt?

Das haben wir gerade nicht ge-

tan. Wir haben ganz klar den Konsumismus kritisiert. Allerdings haben viele Linke, etwa mein akademischer Lehrer Elmar Altvater, kritisiert: Reinhard, ihr könnt nicht von Nachhaltigkeit reden und vom Kapitalismus schweigen. Das war durchaus richtig, aber nicht die ganze Wahrheit. Denn die Linke ist in ihrem Hauptstrom heute kaum weniger wachstumsfixiert als der neoliberale Mainstream.

Was motiviert sie, trotz allem weiter für eine sozial-ökologische Transformation zu streiten?

Na ja, ich habe Kinder, Familie, Freunde, fühle mich irgendwie fürs Ganze mitverantwortlich und mache lieber Sinnvolles als Sinnloses. Und in der Natur zu sein, einer möglichst intakten, ist für mich einfach eine Quelle von großem Glück. Gegen Mitweltzerstörung nichts zu machen, käme mir irgendwie feige vor. Mag sein, dass es für manches zu spät ist, aber zum Zynismus taue ich nicht. ■

Das Gespräch führte **Bernd Ludermann**.

Anzeige

**WENN UNSERE UMWELT NICHT FÜR DIE RENDITE
BEZAHLEN MUSS. DANN IST ES GUTES GELD.**

GUTESGELD.DE

NACHHALTIGE GELDANLAGE SEIT 1975.

**OIKO
CREDIT**
in Menschen investieren

Mit Bio und Fair Trade für mehr Klimaschutz

Weniger Pestizide, mehr ökologischer Landbau, das sind die wesentlichen Ziele des bayerischen Volksbegehrens „Rettet die Bienen“. Verbraucher und Kommunen können mit bewusstem Einkaufsverhalten viel dazu beitragen, dass sich die Lebensbedingungen weltweit verbessern.

In Bayern haben mehr als 1,75 Millionen Menschen für ein Umdenken in der Landwirtschaft und für mehr Naturschutz unterschrieben. Über 18 Prozent der bayerischen Wahlberechtigten haben die Gesetzesinitiative „Rettet die Bienen“ zum erfolgreichsten Volksbegehren seit Bestehen des Freistaats gemacht. Der Erfolg ist offenbar ansteckend. In anderen Bundesländern planen Parteien und Organisationen bereits ähnliche Initiativen. Der große Zuspruch in der Bevölkerung zeigt, dass der bewusste Umgang mit der Natur in Deutschland immer mehr an Bedeutung gewinnt. Auch beim Konsum. Verbraucher kaufen vermehrt in Bio-Läden und spezialisierten Fair-Trade-Geschäften, achten auf die regionale Herkunft und auf fair gehandelte Produkte. Immer geht das freilich nicht. „Würde man ausschließlich auf regionale Produkte setzen, bliebe der Frühstückstisch ganz schön leer“, sagt Dieter Overath, Vorstandsvorsitzender der Organisation TransFair. Um Kakao, Kaffee, Orangensaft oder Bananen auf den Tisch zu bringen, brauche es den globalen Handel. Dabei gehen fairer Handel und biologischer Anbau immer öfter Hand in Hand. Nach Angaben von TransFair waren im vergangenen Jahr drei Viertel der in Deutschland verkauften Fair-Trade-Waren zusätzlich Bio-zertifiziert. Bei Kaffee liegt der Anteil aktuell bei 73 Prozent, bei Tee sogar bei 86 Prozent.

Der faire Handel fördert den nachhaltigen Anbau in den meist südlichen Entwicklungs- und Schwellenländern und ist für Kleinbauern häufig der erste Schritt auf dem Weg zu einer Bio-Umstellung. Der ökologische Anbau kann

Verschmutztes Wasser kostet weltweit jedes Jahr rund 1,4 Millionen Kinder das Leben.

sich für diese Bauern lohnen. Für Bio-Produkte bekommen sie neben dem Mindestpreis und der Fair-Trade-Prämie in der Regel einen Zuschlag. Außerdem verhindert der nachhaltige Anbau die übermäßige Beanspruchung des Bodens und die Belastung der meist sehr fragilen Ökosysteme. Zudem werden die Kleinbauern unabhängiger von den großen Agrarkonzernen, die oftmals das Monopol für Saatgut und Chemikalien in den Ländern haben.

Eine wichtige Voraussetzung für die nachhaltige Landwirtschaft in den Entwicklungsländern ist der Zugang zu sauberem Wasser. Doch viele Bauern in diesen Ländern haben ihre Landwirtschaft auf industrielle Monokulturen umgestellt. Die chemischen Dünger und Pflanzenschutzmittel geraten ins Wasser und gefährden die Gesundheit der Menschen. Hinzu kommen Dürren. Das vorhandene Wasser wird dann zur Bewässerung der kargen Felder genutzt. In der Folge trocknen immer mehr Quellen aus oder wer-

den zu Brackwasser. Schätzungen zufolge sterben weltweit täglich etwa 5.000 Kinder unter fünf Jahren an Erkrankungen, die durch mangelhafte Hygiene, verschmutztes Wasser und verunreinigte Nahrung hervorgerufen werden. Etwa 80 Prozent aller Krankheiten in Entwicklungsländern sind auf Erreger im Wasser zurückzuführen. Medikamente, die es in Deutschland für wenig Geld zu kaufen gibt, sind in diesen Ländern oft unerschwinglich oder erst gar nicht vorhanden. Um das zu ändern, setzt sich der Stiftungsfonds „Sauberes Wasser – ein Kinderrecht!“ der Gemeinschaftsstiftung terre des hommes weltweit für den Zugang zu sauberem Wasser ein. Mit den Erträgen des Fonds werden Wasserleitungen und Brunnen instand gesetzt sowie Gewässer vor Verschmutzung geschützt. Zudem wird eine nachhaltige Landwirtschaft in den Ländern unterstützt.



Bio-Bananen aus Fairem Handel

Ökologischer Landbau.
Fruchtbare Böden.
Klimaschutz.

BanaFair
FAIR TRADE
BANANAS

Naturland Fair

BanaFair.
Das Original.

63571 Gelnhausen
0 60 51 / 8 36 6-0 · www.banafair.de

Foto: JobDlmo.de

Foto: Yanzagano von der UBOCAL-Produzent*innengruppe Aspropirilo, Ecuador



Eine besondere Bohne

- handverlesen
- fair gehandelt
- traditionell geröstet

100% FAIR

Würzburger Partnerkaffee e.V.
Kaffeegenuss aus Fairem Handel | www.wuepaka.de



Gemeinschaftsstiftung

terre des hommes
Hilfe für Kinder in Not

Wasser ist Leben

Schenken Sie Kindern sauberes Wasser und eine intakte Umwelt!

Unsere Stiftung stärkt Mädchen und Jungen weltweit, damit sie sich für ihr Recht auf eine gesunde Umwelt einsetzen können.

Unser Stiftungsfonds

»Sauberes Wasser – ein Kinderrecht!« finanziert Projekte für sauberes Trinkwasser, Sanitäranlagen und Hygieneschulungen. Kinder lernen, Flüsse und Seen zu schützen. Durch ökologische Landwirtschaft betreiben ihre Familien aktiven Umweltschutz und sichern ihre Lebensräume – auch für kommende Generationen.

Gemeinschaftsstiftung terre des hommes –
Hilfe für Kinder in Not
Ruppenkampstraße 11a · 49084 Osnabrück
Tel. 05 41 / 71 01-193 · k.lammers@tdh.de

www.tdh-stiftung.de

Einen ähnlichen Weg geht der Entwicklungsfinanzierer Oikocredit. Die Genossenschaft vergibt Kredite und Kapitalbeteiligungen an Mikrofinanzinstitutionen, Genossenschaften sowie an kleine und mittlere Unternehmen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Mit den Krediten können etwa Produktionsgenossenschaften auf biologischen Anbau umstellen. Der faire Handel garantiert diesen Bauern Mindestpreise, mit denen sie für bessere Arbeitsbedingungen und faire Löhne sorgen können. Auch Projekte wie der Bau von Trinkwasserbrunnen und Schulen werden finanziert. Mittlerweile ist Oikocredit einer der größten privaten Geldgeber des fairen Handels.

Köln ist Hauptstadt des Fairen Handels

Doch nicht nur private Konsumenten können mit dem Kauf fair gehandelter Waren die Lebensbedingungen der Menschen in Entwicklungsländern verbessern. Wie sehr das Thema auch in Deutschland angekommen ist, zeigt die wachsende Zahl der Fair-Trade-Städte. Bundesweit haben bereits fast 600 Städte, Landkreise und Gemeinden ein Fair-Trade-Siegel. So bietet etwa die Stadt Frankfurt bei Terminen nur noch fair gehandelte oder nachhaltig in der Region produzierte Lebensmittel an. Um das Thema in der Bevölkerung weiter voranzutreiben, sucht die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global im Rahmen des Wettbewerbs „Hauptstadt des Fairen Handels“ in diesem Jahr bereits zum neunten Mal Städte und Gemeinden, die sich mit Projekten und Maßnahmen für fairen Handel und faire Beschaffung engagieren. Hierfür können sich Gemeinden und Städte bis zum 28.06.2019 mit ihren Aktionen und Projekten oder ihren kontinuierlichen Maßnahmen, Leitbildern und Strategien zur Stärkung des Fairen Handels bewerben.

Im Normalfall entscheiden sich viele Kommunen bei der Beschaffung für das günstigste Angebot. Kriterien wie soziale Bedingungen in den Produktionsländern spielen oft keine Rolle. Dabei haben die Kommunen eine unglaubliche wirtschaftliche Macht, um die Verhältnisse in diesen Ländern zu ändern. Rund 175 Milliarden Euro geben die Kommunen als öffentliche Auftraggeber jedes Jahr aus. Durch die Selbstverpflichtung, fair gehandelte Produkte einzukaufen und auf Güter zu verzichten, die durch ausbeuterische Kinderarbeit oder unter Verletzung sozialer Mindeststandards hergestellt werden, können Kreise, Städte und Gemeinden die Ziele des fairen Handels unterstützen.

2017 bewarben sich 100 Kommunen mit 905 Projekten um den Titel „Hauptstadt des Fairen Handels“; so viele wie noch nie. Am Ende durfte sich die Stadt Köln über die Verleihung des Titels freuen. Der Preis habe für einen enormen Motivationsschub und Rückhalt in der Politik und der Bevölkerung gesorgt, teilt die Stadt mit. Vor allem in der Stadtverwaltung habe das Thema faire Beschaffung einen anderen Stellenwert bekommen. Schuhe, Schutz- und Arbeitskleidung sowie Fußbälle würden aktuell oder künftig aus fairem Handel beschafft. Auf den Weihnachtsmärkten müssen die Händler nachweisen, dass die Erzeugnisse, die aus nicht EU-Ländern kommen, den Kriterien des fairen Handels entsprechen oder aus ökologischem Anbau stammen. Im derzeit laufenden Kölner Karneval entwarfen und bastelten Kinder Kostüme und kamen so mit den Themen faire Arbeitsbedingungen, nachhaltige Produktion und gerechte Wertschöpfungsketten in Kontakt. Und bei den berühmten Umzügen kommen jetzt auch fair beschaffte Kamelle zum Einsatz.

Informationen zum Wettbewerb Hauptstadt des Fairen Handel und die Bewerbungsunterlagen: www.faire-hauptstadt.de

EIN KLEINER SCHRITT

FÜR DIE
KOMMUNE ...



... ein großer Schritt für weltweit faire Arbeitsbedingungen

Kreise, Städte und Gemeinden leisten mit dem Einkauf fair produzierter Waren einen positiven Beitrag für Umwelt- und Sozialstandards und zur globalen Nachhaltigkeit. Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt berät, fördert und vernetzt bei der Umsetzung von kommunalen Maßnahmen für Fairen Handel und Faire Beschaffung.

Wir beraten Sie · Telefon: 0228 20 717-670 · www.kommunal-global-engagiert.de



**ENGAGEMENT
GLOBAL**
Service für Entwicklungsinitiativen



mit ihrer

SERVICESTELLE 
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

Im Auftrag des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Öko-Erwachen auf Kirchenland



Die Kirchen gehören zu den größten Landbesitzern in Deutschland. Ob ihre Äcker und Weiden ökologisch bewirtschaftet werden, hat für sie lange kaum eine Rolle gespielt. In vielen Gemeinden ändert sich das jetzt.

Von Moritz Elliesen

Reinhard Widmann ist ein echter Pionier: Vor 26 Jahren zog der Landwirt aus der Nähe von Stuttgart nach Gnadenthal, ein 70-Seelen-Dorf im hessischen Taunus. Dort hatte sich die Jesus-Bruderschaft, eine Lebensgemeinschaft von rund 50 Männern, Frauen und Familien verschiedener christlicher Konfessionen, in einem ehemaligen Zisterzienserinnen-Kloster niedergelassen. Die Bruderschaft war damals auf der Suche nach einem Landwirt, der ihre Flächen im Einklang mit dem Schöpfungsgedanken bewirtschaftet. Gefunden haben sie

Widmann: Der heute 58-jährige war nicht nur überzeugter Christ, sondern bereits damals Anhänger des Ökolandbaus.

Seit 1993 leitet der studierte Landwirt den Hof der Bruderschaft. Dessen Herz schlägt direkt hinter der im 13. Jahrhundert erbauten Klosterkirche: In einem Freiluftstall blöken 40 Kühe vor sich hin, es riecht nach Vieh, Gülle und Stroh. „Unser Haupteinkommensbringer ist die Milch“, erklärt Widmann. Rund 230.000 Liter liefert das Hofgut Gnadenthal jährlich an die regionale Biobauernmolkerei Uplän-

Im sächsischen Kunnersdorf blüht der Raps vor dem Dorf mit der evangelischen Kirche.

FLORIAN GÄRTNER/
PHOTOTHEK VIA GETTY IMAGES

der. Auf rund 115 Hektar Land baut Widmann mit seinen Angestellten Futter für die Kühe sowie etwas Weizen und Dinkel für den Verkauf an. Dazu kommen ein paar Streuobstwiesen mit Platz für 400 Apfelbäume und um die 100 Schafe.

Das Hofgut der Bruderschaft trägt das grün-weiße Siegel von Bioland, dem größten deutschen Verband für ökologischen Landbau. Anders als in der konventionellen Landwirtschaft ist Bioland-Betrieben der Einsatz chemisch-synthetischer Dünger oder von Pestiziden nicht erlaubt. Auch der geräumige Laufhof seines Kuhstalls ist Vorschrift. Mindestens die Hälfte des Futters muss aus eigenem Anbau stammen. Die Verbandsregeln sind in vielen Punkten strenger als die Ökoverordnung der Europäischen Union. Letztes Jahr bekam Widmann eine Urkunde für die 25-jährige Mitgliedschaft überreicht. „Als wir hier angefangen haben, hieß es, wir seien Spinner“, erinnert er sich.

Für einen Spinner wird Widmann heute nicht mehr gehalten; mit den konventionellen Bauern, die ihre Felder links und rechts von ihm bewirtschaften, verstehe er sich gut, sagt er. Der Ökolandbau ist seiner Nische entwachsen: Seit 1990 steigt der Anteil ökologisch bewirtschafteter Flächen kontinuierlich. Bis 2030 sollten laut dem Koalitionsvertrag der Bundesregierung 20 Prozent der insgesamt 16,7 Millionen Hektar Agrarfläche ökologisch bewirtschaftet werden. Ein ambitioniertes Ziel, denn mit derzeit 8,2 Prozent ist man davon noch weit entfernt.

Einen erheblichen Beitrag könnten die deutschen Kirchen leisten. Sie zählen zu den größten Grundbesitzern Deutschlands. Die Gemeinden der evange-

wird das an einem Beschluss der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) aus dem Jahr 2013. Man solle „ökologische und konventionelle Betriebe, die nachhaltig wirtschaften“, bei der Verpachtung des Kirchenlands bevorzugen, heißt es dort. Der Zusatz „und konventionelle Betriebe, die nachhaltig wirtschaften“ wurde nachträglich hinzugefügt. „Niederlage für Biobauern“ schrieb die Berliner „Tageszeitung“ damals nach der Zusammenkunft des Kirchenparlaments. Auf katholischer Seite formulierte eine Expertengruppe der deutschen Bischofskommission 2016, dass die Kirche ihre Flächen entweder selbst „ökologisch nachhaltig“ bewirtschaften oder eine „entsprechende Bewirtschaftungsweise“ bei der Verpachtung vertraglich festhalten solle.

Anders als die Jesus-Bruderschaft in Gnadenthal sind die beiden Volkskirchen mit ihren knapp 45 Millionen Mitgliedern ein Spiegelbild gesellschaftlicher Debatten und Konflikte. Zum Kompromiss der Synode sagt Ruth Gütter, EKD-Nachhaltigkeitsreferentin und Mitglied der Kammer für nachhaltige Entwicklung: „An dem Beispiel sieht man, dass wir als Kirche immer noch ein sehr großer Tanker sind.“ Auf der einen Seite gebe es in den Synoden eine „starke Lobbyarbeit“ für den ökologischen Landbau; auf der anderen Seite stünden diejenigen, die stärker die Existenznöte in der Landwirtschaft in den Mittelpunkt rücken und sich deshalb zu Fürsprechern der konventionellen Bauern machen. Eine Agrarwende zu mehr ökologischer Landwirtschaft mit all ihren Kosten müsse deshalb nicht nur von der Landwirtschaft, sondern von allen gesellschaftlichen Gruppen, darunter auch den Verbrauchern, getragen werden.

Doch entscheidend für den Umgang mit dem Kirchenland ist ohnehin, was an der Basis passiert. Die Verlautbarungen übergeordneter Instanzen wie der EKD oder der Bischofskonferenz setzen Impulse und bestimmen die Richtung der Debatte. Bis auf wenige Ausnahmen entscheiden aber die Gemeinden als Eigentümer des Landes, wer zu welchen Bedingungen ihre Äcker bewirtschaftet. Ohne Initiative von unten geht also nichts. „Unser Einfluss als EKD ist begrenzt“, sagt Gütter.

Horcht man in den Landeskirchen und Bistümern nach, kriegt man oft zu hören, dass ökologische Bewirtschaftung bei der Auswahl der Pächter in der Vergangenheit keine große Rolle gespielt hat. In der Regel verlängerten die Kirchenvorstände die Verträge, die nach neun oder zwölf Jahren auslaufen, mit dem bisherigen Pächter. „Damit sich eine Gemeinde mit den ökologischen Folgen ihrer Pachtvergabe auseinandersetzt, braucht es schon sehr engagierte Pfarrer und Pfarrerinnen oder Kirchenvorstandsmitglieder“, sagt Gütter. Einen ähnlichen Eindruck hat Ulrich Oskamp, Diözesanreferent der Katholischen Landvolkbewegung (KLB) im Bistum Münster: „In der täglichen Arbeit der Gemeinden ist der Gedanke der Schöpfungsverantwortung oft untergegangen.“

Deutschlandweite Statistiken dazu, wie die Kirchenäcker bestellt werden, gibt es weder für die ka-

Meist entscheiden die Gemeinden als Eigentümer des Landes selbst, wer zu welchen Bedingungen ihre Äcker bewirtschaftet.

lischen Kirche nennen 325.000 Hektar Acker, Wald und Wiesen ihr Eigen; davon werden rund 260.000 Hektar landwirtschaftlich genutzt, meist von Bauern, die das Land gepachtet haben. Der Landbesitz der katholischen Gemeinden wird auf 200.000 Hektar geschätzt. Das sind zusammengerechnet knapp drei Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Deutschland.

Biobauern hatten in der Vergangenheit angefragt, die Kirche solle ihre Betriebe bei der Vergabe von Pachtland bevorzugen. Und auch aus der Bundesregierung sei der Wunsch zu hören, dass die Kirchen mit ihrem Land zum Erreichen des 20-Prozent-Ziels beitragen, heißt es in dem jüngsten Impulspapier der EKD-Kammer für nachhaltige Entwicklung. Doch so einfach ist es nicht.

Zwar wird in beiden Kirchen der Ruf nach einer „schöpfungsgerechten“ Bewirtschaftung der eigenen Flächen lauter. Aber anders als für die Jesus-Bruderschaft bedeutet „schöpfungsgerecht“ in den Volkskirchen nicht automatisch Ökolandbau. Deutlich

tholische noch für die evangelische Kirche. Dass man entsprechende Anfragen nicht beantworten könne, sei ein „verwaltungstechnisches Versäumnis“, schreibt die EKD-Kammer für nachhaltige Entwicklung in ihrem Impulspapier.

Ein Beispiel dafür, wie weit der Diskussionsstand zwischen der Leitungsebene und den Gemeinden bisweilen auseinanderklafft, ist die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau (EKHN). Den Gemeinden der EKHN gehören insgesamt rund 6.500 Hektar Land. Lief ein Pachtvertrag aus, wurden die frei werdenden Flächen oft nicht einmal öffentlich ausgeschrieben. „Bauern, die nicht bereits Kirchenland bewirtschafteten, hatten keine Chance, sich überhaupt zu bewerben“, erzählt Maren Heincke. Die promovierte Agrarwissenschaftlerin arbeitet seit 2003 als Referentin für den ländlichen Raum im EKHN-Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung. „Die fehlende Transparenz hatte zur Folge, dass alles beim Alten blieb.“

Für viele Landwirte sind die Gemeindeäcker wirtschaftlich wichtig – und Pächter sind oft auch engagierte Kirchenmitglieder.

Doch Heincke berichtet auch, dass die Gemeinden langsam aus ihrem Dornröschenschlaf erwachen. Dazu hat beigetragen, dass die EKHN ihre Gemeinden seit Januar 2018 kirchenrechtlich verpflichtet hat, öffentlich bekannt zu machen, wenn ein Pachtvertrag ausläuft – etwa durch eine Anzeige im Gemeindeblatt oder einen Aushang im Dorfkasten. Informelle Absprachen im Hinterzimmer sind seitdem nicht mehr möglich. „Vielerorts wird über den Umgang mit dem eigenen Land diskutiert“, sagt Heincke. Um ihre Kirche dafür zu sensibilisieren, tourt die promovierte Agraringenieurin mit der Veranstaltung „Kirchenland ist Bodenschatz“ durch die Gemeinden. Im vergangenen Jahr habe sie damit rund 250 Menschen erreicht. „Für einen schöpfungsgerechten Umgang mit dem eigenen Boden musste ich nicht viel missionieren.“

Ähnliches hört man aus anderen Landeskirchen: „Mich rufen sehr viele Kirchenmitglieder an und fragen, warum wir auf unseren eigenen Flächen nicht mehr tun“, erzählt beispielsweise Jan Menkhaus, wissenschaftlicher Referent für Landwirtschaft und Ernährung in der Nordkirche. Mit rund 55.000 Hektar Land in drei Bundesländern gehören deren Gemeinden zu den größten Landbesitzern in der evangelischen Kirche. Und KLB-Referent Oskamp hat den Eindruck, dass auch an der Basis der katholischen Kirche über eine ökologischere Bewirtschaftung ihres Landes diskutiert wird.

Wenn Gemeinden im Zuge einer Neuverpachtung wollen, dass ihre Äcker ökologischer bewirtschaftet werden, sind sie mit einer komplizierten Gemengelage konfrontiert. „Das ist für die Landwirte oft sehr schmerzhaft“, sagt Menkhaus. „Da ha-

ben schon die Eltern das Kirchenland gepachtet und die sehen das als ihr Eigentum.“ Für viele Landwirte seien die Gemeindeäcker, deren Pachtpreise oft unter dem Durchschnitt liegen, zudem wirtschaftlich wichtig. Das sei immer ein „vermintes Terrain“, sagt auch Heincke. Noch komplizierter werde es, wenn die Landwirte engagierte Kirchenmitglieder sind: Viele Gemeindevorstände hätten Angst, von den Bauern angefeindet zu werden.

Damit solche Konflikte nicht eskalieren, müssten die bisherigen Pächter frühzeitig einbezogen werden, sagt Menkhaus. Auch er hält deshalb nichts von der Maximalforderung, die Kirche solle in jedem Fall Ökobauern bevorzugen. Gebe es keinen Ökobetrieb in der Nähe, könne man das ohnehin nicht umsetzen: „Die Alternative ist dann, dass konventionelle Landwirte auf den Feldern der Kirche zusätzliche ökologische Kriterien berücksichtigen.“

Das kann ganz unterschiedlich aussehen: Im norddeutschen Dorf Berkenthin erklärten sich die Pächter nach einer gemeinsamen Diskussion unter anderem bereit, Blühstreifen für Insekten auf ihren Äckern auszusäen. Im Norden Schleswig-Holsteins wolle eine Gemeinde eine solidarische Landwirtschaft auf ihrem bisher konventionell bewirtschafteten Land aufbauen, erzählt Menkhaus. In der Landeskirche Kurhessen-Waldeck haben Gemeinden eine Diskussion über ein Glyphosatverbot auf Kirchenland angestoßen – auch hier versucht man, die Landwirte einzubinden. Und im Bistum Münster startet in diesem Frühjahr das Projekt „Biodiversität auf Kirchenland“. In ausgewählten Pilotgemeinden sollen Pächter gefunden werden, die Blühstreifen anlegen oder Insektenhotels auf den Kirchenäckern aufstellen. Derzeit sei man auf der Suche nach geeigneten Gemeinden, sagt Oskamp.

Heincke hat mit ihren Kollegen für die Gemeinden der EKHN einen Leitfaden sowie ein Punktesystem erarbeitet, das sie bei der Wahl eines geeigneten Pächters unterstützen soll. Vier von insgesamt 16 Punkten kriegt ein Landwirt, wenn er einen ökologischen Mehrwert auf dem Kirchenland erzielt, etwa indem er an staatlichen Agrarumweltmaßnahmen teilnimmt – ob die Gemeinden sich an das Bewertungsschema halten, ist ihnen selbst überlassen. Der Vorwurf, dass die Kirche nicht genug tue, ärgert Heincke. Dass man innerhalb von ein paar Jahren alles umstellen könne, sei eine „falsche Erwartungshaltung“. Ihre Kirche nennt sie eine „verwaltungstechnische Großorganisation mit Basisdemokratie“. „Da kann man nicht einfach von oben durchregieren.“

Das glaubt auch Widmann nicht. „Was von oben angeordnet wird und nicht von unten gelebt wird, hat keinen Erfolg“, sagt er. Die Diskussion in der evangelischen und katholischen Kirche verfolgt er allenfalls am Rande. „Wir sind hier eine kleine Gemeinschaft für uns.“ Auch die 115 Hektar Land, die er bewirtschaftet, sind gepachtet – Kirchenland ist nicht dabei. ■



Moritz Elliesen
ist Volontär bei WELT-SICHTEN.

Letzte Chance für die Weltmeere

Von Christian Mihatsch

Lärm, Müll und zu warmes Wasser: Das Ökosystem der Ozeane droht zu kollabieren. Größere Schutzgebiete würden helfen – selbst den Fischereifloten.

Die Hochsee sei wie ein „failed state“, ein gescheiterter Staat, in dem „Gesetzlosigkeit, fast schon Anarchie herrscht“. Das war vor fünf Jahren die Erkenntnis der Global Ocean Commission GOC, die auf Initiative des Pew Charitable Trust eingerichtet wurde, um auf den Zustand der Ozeane aufmerksam zu machen. Mit ihrem Bericht hat die Kommission ein wichtiges Ziel erreicht: Die Ozeane sind seitdem nicht mehr am Rand der politischen Debatte.

Es ist auch dringend nötig, dass über sie gesprochen wird: Ozeane produzieren knapp die Hälfte des Sauerstoffs in der Luft. Sie liefern knapp ein Fünftel des tierischen Proteins, das die Menschheit isst. Strömungen im Ozean heizen die nördliche Hemisphäre. Zudem liefern die Ozeane einen wichtigen Beitrag zur Weltwirtschaft, wie die OECD ausgerechnet hat: Knapp drei Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts hängen von der „blauen Wirtschaft“ ab, etwa durch Fischerei, Tourismus oder die Schifffahrt.

Doch das Wohl der Ozeane ist bedroht. Der wichtigste Stressfaktor ist der wachsende CO₂-Gehalt in

der Atmosphäre und die daraus resultierende Klimaerwärmung. Rund ein Viertel des vom Menschen emittierten CO₂ wird in den Ozeanen gebunden. Wie der Name „Kohlensäure“ für im Wasser gelöstes CO₂ vermuten lässt, wird das Meerwasser dadurch saurer.

Gleichzeitig erwärmt sich das Oberflächenwasser. Dessen Temperatur ist in den vergangenen 100 Jahren um 0,7 Grad Celsius gestiegen und könnte in den nächsten 80 Jahren um bis zu drei Grad in manchen Weltgegenden steigen. Wärmeres Wasser bindet weniger Sauerstoff, was Meerestieren das Leben schwer macht. Noch gibt es keine verlässlichen Studien, wie die Erwärmung den Sauerstoffgehalt verändert. Dennoch: Für tierische und pflanzliche Meeresbewohner summieren sich diese Stressfaktoren. Eine Studie der Weltwetterorganisation WMO kommt zum Schluss, die Ozeane seien „heiß, sauer und atemlos“.

Die Ozeane nähern sich einem gefährlichen Kipppunkt, wie der Bericht des Weltklimarats zum 1,5-Grad-Ziel zeigt. Bislang hat sich das Klima um ein



Der Seeotter frisst bevorzugt Seeigel. Das nützt dem Klima, weil weniger Seeigel gesündere Tang- und Algenwälder bedeuten. Und die sind wichtige Kohlenstoffspeicher.

NORBERT WU/PICTURE ALLIANCE/
MINDEN PICTURES

Grad erwärmt. Selbst wenn die Erwärmung bei 1,5 Grad gestoppt werden kann, werden laut dem Weltklimarat die Korallenriffe weltweit um 70 bis 90 Prozent zurückgehen. Sollte die Temperatur um zwei Grad steigen, wird es demnach praktisch keine Korallen mehr geben.

Korallenriffe sind die artenreichsten Ökosysteme der Erde und dienen als Kinderstube für viele Fischarten. Das Verschwinden der Riffe hat daher verheerende Folgen auch für küstenferne Meeresgebiete. Ohne wirksamen Klimaschutz droht dem Ökosystem Meer der Kollaps.

Gefährlicher Kipppunkt: Steigt die Temperatur der Weltmeere um zwei Grad, dann wird es keine Korallen mehr geben.

Neben der Erderwärmung gibt es weitere Stressfaktoren für die Ozeane und ihre Bewohner, etwa die Verschmutzung mit Müll und die Überfischung. Hier bieten sich immerhin Ansatzpunkte, um den Meeresbewohnern zumindest die Anpassung an ihre wärmere und saurere Umwelt zu erleichtern. Oder anders: Mit weniger Raubbau an den Fischbeständen und weniger Dreck im Wasser hätte das Ökosystem Meer zumindest eine Chance, sich an den Klimawandel anzupassen.

Es gibt erste Anzeichen, dass die Menschheit den Meeren diese Chance einräumen könnte. So soll etwa der Überfischung der Meere Einhalt geboten werden. Derzeit sind mehr als 20 Prozent der Fischbestände „kollabiert“: Die Fangmengen gehen Richtung null. Weitere 40 Prozent gelten als überfischt.

Die Ozeane sind damit ein Musterbeispiel für die „Tragödie der Allmende“. Weil jeder außerhalb der 200-Meilen-Zonen so viel fischen darf, wie er will, wird die gemeinsame Ressource übernutzt. Den Raubbau durch Schutzgebiete einzudämmen ist derzeit rechtlich aber nahezu unmöglich, und nur ein Prozent der Hochsee – das sind die Ozeane jenseits der 200-Meilen-Zone vor den Küsten – steht unter Schutz. Diese Lücke soll nun geschlossen werden, indem der UN-Seerechtskonvention UNCLOS die Kompetenz erteilt wird, Schutzgebiete in der Hochsee auszuweisen. Dazu hat im September 2018 eine erste Verhandlungsrunde zwischen den Mitgliedsländern stattgefunden; im Jahr 2020 wollen sie die UNCLOS-Ergänzung verabschieden.

Umweltorganisationen hoffen, dass langfristiger Fischfang außerhalb der 200-Meilen-Zone komplett verboten wird. Eine neue Studie von Laurence Schiller von der kanadischen Dalhousie University zeigt, dass dies ohne Konsequenzen für die Versorgung mit Fisch möglich wäre. Nur 2,4 Prozent aller gefangenen und in Aquakultur gezüchteten Fische stammen aus der Hochsee. „Wenn wir aufhören, Hochseefisch zu essen, hätte das keinen großen Einfluss auf die globale Nahrungssicherheit“, sagt

Schiller, die Hauptautorin. Der Fischereiexperte Daniel Pauly von der University of British Columbia in Kanada glaubt jedoch nicht, dass bald die komplette Hochsee für den Fischfang gesperrt wird. Anfangs würden wohl nur Schutzgebiete in besonders abgelegenen Meeresgebieten ausgewiesen. Trotzdem ist Pauly optimistisch: „Vor fünf Jahren hat noch keiner über ein Verbot der Hochseefischerei geredet. Jetzt ist es auf der Agenda und die Vereinten Nationen ziehen es in Betracht.“

Im Gegensatz zur Hochsee werden innerhalb der 200-Meilen-Zone seit einigen Jahren große Schutzgebiete ausgewiesen. 13 der 20 größten Meeresschutzgebiete wurden in den vergangenen zehn Jahren eingerichtet. Insgesamt stehen 24 Millionen Quadratkilometer unter Schutz; das entspricht der Fläche von Russland und China zusammen.

Ausserdem haben mehrere Länder in Aussicht gestellt, dieses und nächstes Jahr weitere 16 Millionen Quadratkilometer Meer zu schützen. „Es gibt jetzt mehr Schutzgebiete im Meer als an Land, was niemand vorhergesagt hätte, und ich glaube, wir werden weiterhin eine substanzielle Ausweitung sehen“, sagte Kathy McKinnon von der Umweltorganisation International Union for the Conservation of Nature (IUCN). Damit nähert sich die Welt dank der neuen Schutzgebiete in den 200-Meilen-Zonen dem UN-Ziel, bis zum Jahr 2020 zehn Prozent aller Meere zu schützen.

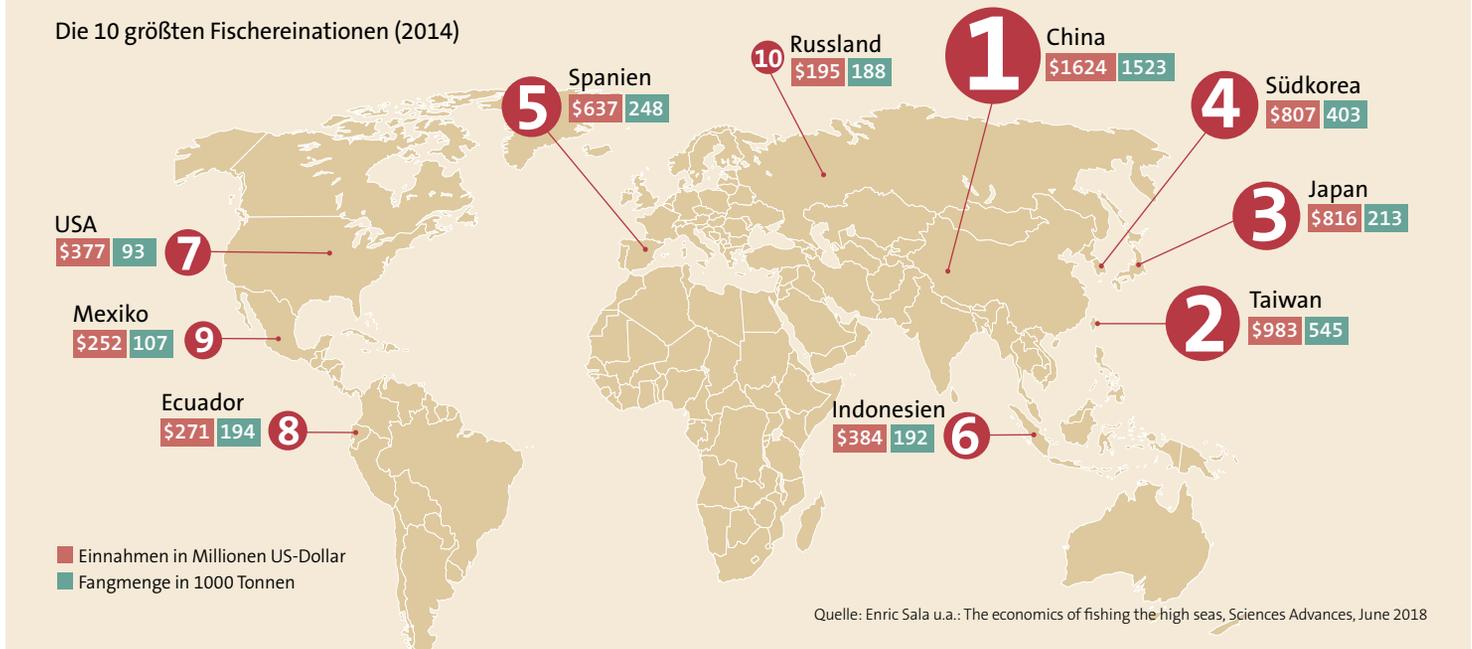
Aus wissenschaftlicher Sicht reicht das allerdings nicht. Die Forschung ist sich weitgehend einig, dass mehr als 30 Prozent geschützt werden sollten. Noch teilen aber nicht alle Regierungen diesen Konsens: China, Russland und Norwegen haben vergangenes Jahr ein Schutzgebiet im antarktischen Weddell-Meer mit 1,8 Millionen Quadratkilometern Fläche verhindert. Der Widerstand der drei Länder kam für viele überraschend, da selbst der internationale Verband der Krillfischer für das Schutzgebiet ist und bereits einen freiwilligen, permanenten Fangstopp verfügt hat.

Ein solcher Fangstopp nicht nur für Krill wäre durchaus zum kommerziellen Vorteil der Fischer. Im Auftrag der Umweltorganisation WWF haben Wissenschaftler nachgerechnet, wie sich Schutzgebiete wirtschaftlich auswirken. Eine Ausdehnung der Schutzgebiete auf zehn Prozent der Meeresfläche koste demnach über die Jahre 2015 bis 2050 rund 46 Milliarden Dollar. Darin enthalten sind die Kosten für das Management der Schutzgebiete sowie die entgangenen Erlöse der Fischer. Werden die Schutzgebiete auf 30 Prozent der Meeresfläche ausgedehnt, stiegen die Kosten auf 225 Milliarden Dollar, sagen die Wissenschaftler.

Diesen Kosten stehen aber Erträge entgegen. Die resultieren aus einem besseren Küstenschutz, größeren Fangmengen in angrenzenden Meeresgebieten und höheren Einnahmen aus dem Tourismus. Die Studie beziffert die Erträge bei einem 10-Prozent-Schutz auf 620 bis 920 Milliarden Dollar zwischen 2015 und 2050, bei einem 30-Prozent-Schutz auf 720 bis 1150 Milliarden Dollar – in beiden Fällen also

Wer auf der Hohen See die meisten Fische fängt

Die 10 größten Fischereinationen (2014)



deutlich mehr als die Kosten. Außerdem speichern Schutzgebiete mehr CO₂, weil auch Wasserpflanzen vom Schutz profitieren, stärker wachsen und Kohlenstoff aufnehmen.

Würde ein größerer Teil der Ozeane unter Schutz gestellt, würde das auch im Kampf gegen den Klimawandel helfen. Besonders wichtig sind Raubtiere, weil sie die Zahl der Pflanzenfresser unter Kontrolle halten. Ein Beispiel ist der Seeotter, der sich vorzugsweise von Seeigeln ernährt. Wegen seines dichten und feinen Fells wurden die Seeotter aber beinahe ausgerottet, bis im Jahr 1911 der Handel mit den Fellen verboten wurde. Seither hat sich der Bestand wieder erholt.

Gleichzeitig haben sich auch die Kelpwälder – auch Tang- oder Algenwälder genannt – wieder erholt. Diese sind deutlich produktivere Klimaschützer als Wälder an Land: Kelp entzieht der Atmosphäre pro Hektar deutlich mehr CO₂ als ein normaler Wald. Indem Seeotter die kelpfressenden Seeigel in Schach halten, helfen sie daher dem Klima. In den Kelpwäldern entlang der 5400 Kilometer langen Westküste Kanadas und Alaskas sind geschätzt zwischen 16 und 32 Millionen Tonnen CO₂ gebunden. Könnten die Seeotter ihren Kohlenstoffschatz im EU-Emissionshandelssystem verkaufen, bekämen sie beim aktuellen CO₂-Preis von knapp 23 Euro pro Tonne daher zwischen 370 und 730 Millionen Euro für ihr Seeigelmanagement.

Ein ähnlicher Effekt ist auch für große Haiarten dokumentiert: Letztere „pflegen“ Korallenriffe, indem sie kleinere Haie in Schach halten. Riffe mit gesunder Haipopulation sind daher artenreicher und haben weniger Algenbewuchs. Doch die Großraub-

tiere stehen längst nicht mehr an der Spitze der Nahrungskette. Diesen Platz hat in nahezu allen Lebensräumen der Mensch übernommen, der in vielen Fällen eine Kaskade an Zerstörung über alle Stufen der Nahrungskette ausgelöst hat. Wenn die Natur genug Raum und Zeit hat, kann sie diese Kaskade wieder „rückabwickeln“, wie das Beispiel der Seeotter zeigt. Kombiniert mit ehrgeizigem Küstenschutz ließe sich

Algen schützen das Klima besser als Wälder an Land: Pro Hektar entziehen sie der Atmosphäre deutlich mehr Kohlendioxid.

der Nutzen sogar noch deutlich steigern: Mangrovenwälder oder Salzwiesen sind nicht nur artenreich, sondern binden auch große Mengen CO₂ und schützen das Land dahinter vor Sturmfluten.

Schutzgebiete im Meer und an den Küsten allein reichen aber nicht aus. Auch außerhalb dieser Gebiete müssen die Stressfaktoren für Meeresbewohner reduziert werden. Dies gilt insbesondere für die Vermüllung der Meere mit Plastik, die Überdüngung entlang der Küsten und den Unterwasserlärm. Diesen Stress zu verringern, ist entscheidend für die Fähigkeit der Ozeane, mit dem Klimawandel zurechtzukommen. Dafür helfen die Ozeane dann auch dem Menschen, wie die Global Ocean Commission feststellt: „Das Meer ist der wichtigste Faktor des Erdsystems und einer unserer wichtigsten Alliierten im Kampf gegen den Klimawandel.“ Ein „gescheiterter Staat“ als Alliiertes bringt allerdings nicht viel. Gut, dass das Bewusstsein dafür gerade wächst. ■



Christian Mihatsch ist freier Journalist und schreibt über globale Umweltthemen, Handel und Rohstoffe.

Für die Umwelt und für Demokratie

Braucht unser Planet einen „guten Diktator“, der gegen alle Widerstände die Natur rettet und für Gerechtigkeit sorgt? Dieser Traum ist in Wirklichkeit ein Alptraum.

Von Eduardo Gudynas

Die Erde befindet sich in einer schwereren Umweltkrise, als wir gemeinhin annehmen. Der Klimawandel schreitet voran, auch in diesem Jahr nimmt der Ausstoß von Treibhausgasen wahrscheinlich wieder zu und neue Höchsttemperaturen werden erreicht. Dazu kommt: Das globale Problem ist nicht zu trennen von den vielen lokalen Umweltkrisen – von der Verschmutzung von Böden und Gewässern bis zum Verlust von Tier- und Pflanzenarten.

Diese Probleme können nicht ohne Demokratie angegangen werden. Dazu gibt es keine Alternative. Denn jede Form der Gerechtigkeit, ob nun zwischen Menschen oder unter Einbeziehung der Natur, beruht auf der Teilhabe aller, ohne Ausnahme, ohne Ausschluss.

Dieses Wissen schmerzt deshalb, weil wir im Süden genauso wie im Norden der Enttäuschung, dem Desinteresse oder sogar dem Verdruss an der Politik begegnen. Zweifellos sind die Gründe dafür sehr unterschiedlich; in Deutschland sind es beispielsweise andere als in Brasilien, in England andere als in Südafrika. Doch abgesehen von diesen Unterschieden ist das Schockierende, dass die Abkehr von der Politik und damit von der Demokratie um sich greift.

Demokratie und damit energische Politik ist jedoch eine Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit wie für Umweltgerechtigkeit. Angesichts von Tragö-



dien wie der Umweltverschmutzung oder dem Verschwinden von Arten erheben nämlich immer Minderheiten als Erste Forderungen und mahnen Handlungsbedarf an. Sie sind die Ersten, die mit der Umweltproblematik zu kämpfen haben und so ein Bewusstsein dafür schaffen. Jedes politische Regime, das diese Minderheiten undemokratisch unterjocht, macht es unmöglich, solche Beeinträchtigungen von Gesellschaft und Umwelt herauszustellen.

Am meisten Wissen darüber besitzen in den Staaten des Südens bäuerliche und indigene Gemeinschaften. Ihre Forderungen werden in vielen Fällen überhört, in anderen Fällen unterdrückt. In Untersuchungen über die Aneignung von Naturschätzen in großem Stil, etwa im Bergbau und in Monokulturen für den Export, haben wir zum Beispiel festgestellt, dass in sämtlichen südamerikanischen Staaten mit autochthoner Bevölkerung die Rechte indigener Gemeinschaften verletzt werden. Das geschieht unter jeder Art Regierung – egal ob sie den Konservativen oder der sogenannten neuen Linken angehört. Die Indigenen stehen vor einer doppelten Herausforderung: Sie müssen einerseits ihre Rechte als vollwertige Staatsbürger verteidigen, um andererseits die Qualität ihres Lebensraumes erhalten zu können.

Umweltkatastrophen erfordern die beste Politik – mit demokratischen Übereinkünften sowohl in-



nerhalb der Staaten wie auch zwischen ihnen. Unter Wissenschaftlern besteht zumindest darin weitgehend Konsens, dass die Eindämmung des Klimawandels entschiedene Maßnahmen nötig macht. Doch den Regierungen ist jede Entschuldigung recht, um konkrete Schritte zu vermeiden, etwa den Abbau ihrer Beihilfen für fossile Brennstoffe. Je dringender wir politische Führung und eine vernünftige und kraftvolle Politik brauchen, desto geschwächerter erscheint sie.

Es tut weh, einen Präsidenten wie Donald Trump zu hören; er behauptet mit demselben Nachdruck, dass der Klimawandel eine Erfindung ohne wissenschaftliche Grundlage sei, wie er Migranten angreift, als seien sie Verbrecher oder Faulenzer. Es schmerzt zu hören, dass der neue brasilianische Präsident Jair Bolsonaro die indigenen Bewohner des Landes angreift oder fordert, Amazonien noch mehr auszubeuten. Solche Fälle führen uns vor Augen, dass wir hier nicht mit Schwierigkeiten des Nordens oder des Südens zu kämpfen haben. Überall können Politiker auftreten, die auf die Probleme nicht vorbereitet sind, die sich als schäbig oder egoistisch erweisen, die vor allem an der eigenen Bereicherung interessiert sind oder die sogar gewalttätig sein können.

Leider sind solche politischen Führer in vielen Fällen über Wahlen in die Regierungspaläste gelangt und in anderen Fällen mit Hilfe autoritärer Metho-

Bewohner eines Stadtteils von Schanghai protestieren im Juni 2015 gegen die Errichtung einer Chemiefabrik.

VICENTE MINA/AFP/GETTY IMAGES

den, die auf die eine oder andere Weise von einem guten Teil der Bürgerschaft hingenommen werden. Nicht wenige darunter begrüßen das sogar.

Es ist nicht hilfreich, von einfachen Annahmen auszugehen. Zum Beispiel garantiert die Menge an wissenschaftlichen Beweisen für den Klimawandel leider nicht, dass Politiker oder die Gesellschaft reagieren. Eine Sorte von Politikern unternimmt wenig oder nichts gegen ökologische oder soziale Missstände, weil sie wissen, dass Untätigkeit keine größeren politischen Folgen hat. Sie folgen einer einfachen Überlegung: Sie denken, dass der Großteil der Bevölkerung stärker daran interessiert ist, seinen Lebensstandard aufrechtzuerhalten oder nach mehr Konsum zu streben, als daran, die auf Erdöl gegründete Gesellschaft zurückzuweisen und so das Weltklima zu schützen. Das ist teilweise nachvollziehbar. Denn tatsächlich wird ein bescheidenerer Lebensstil nötig sein, um den Planeten zu retten, und das führt zum Widerstand jener Kreise, die am meisten privilegiert oder konsumorientiert sind. Aber solches schlichte Denken nährt und stützt Lebensstile, von denen wir wissen, dass sie nicht nachhaltig und außerdem ungerecht sind.

Leider lassen diese komplexen Dynamiken zwischen politischer Führung und Gesellschaft es zu, dass Personen wie Trump oder Bolsonaro Wahlen gewinnen. Als Ergebnis demokratischer Prozesse sitzen sie heute in den Regierungsgebäuden in Washington und Brasilia. In keinem dieser Länder haben sich Mehrheiten in der Wählerschaft herausgebildet, die das verhindert hätten.

Leider auch muss man zugeben, dass heute das Vertrauen schwindet, dass ein demokratisches Regime auf Dauer die Qualität der politischen Führung sichert. Lange Zeit dachte man, Demokratie werde die schlechten Politiker abstrafen und die besseren belohnen. Das am häufigsten angeführte Beispiel dafür sind die Demokratien in Westeuropa; als Gegenbeispiele galten vor allem die Diktaturen in Ländern des Südens.

Das ist eine weitere Vereinfachung, die aus mehreren Gründen kaum mehr aufrechterhalten werden kann. Zum einen wachsen die Zweifel an der Qualität der Demokratie in den Industrienationen – angefangen bei den Vereinigten Staaten mit ihren sonderbaren Wahlmechanismen, den Einschränkungen beim Wahlrecht und der Rolle der Unternehmerschaft. Man könnte meinen, dass Geld dort mehr bewegen kann als Wählerstimmen.

Zum anderen erleben mehrere westeuropäische Staaten eine eigentümliche Mischung aus politischer Krise und zunehmendem Einfluss von Gruppen der extremen Rechten. Bei ihnen gehören demokratische Rückschritte zum Programm und sie bewirken, dass sich die politische Mitte immer stärker nach rechts verschiebt. Ähnliches geht im Süden vorstatten. In Brasilien ist das so weit gegangen, dass die extreme Rechte das Präsidentenamt gewonnen hat.

Es schmerzt, akzeptieren zu müssen, dass langfristige und möglicherweise sehr tiefgreifende Pro-



Jair Bolsonaro lässt sich im Wahlkampf im August 2018 auf einer Agrarmesse feiern. Der neue Präsident Brasiliens will den Schutz der Tropenwälder lockern.

DIEGO VARA/REUTERS

Rechts: Indigene vom Volk der Munduruku gehen 2018 in ihrer Heimat am Amazonas gegen illegale Goldschürfer vor.

MERIDITH KOHUT/NYT/REDUX/LAIF



zesse im Gange sind, deren Folge ist: Jede ernsthafte Debatte über die ökologische Zukunft des Planeten muss sich zwangsweise auch mit der Erneuerung von Politik und Demokratie befassen. Das illustrieren die schleichenden Veränderungen in Lateinamerika. Dort standen 2010 im Durchschnitt 61 Prozent der Menschen hinter der Demokratie; die Zustimmungswerte waren im Jahr 2018 auf 48 Prozent gesunken. Dieser Wandel vollzog sich nicht schlagartig, sondern die Menschen wurden nach und nach von der Demokratie enttäuscht. Natürlich sind die Gegebenheiten von Land zu Land verschieden. Sie reichen von der starken Unterstützung der Demokratie in Venezuela (75 Prozent der Befragten) bis zur sehr geringen Zustimmung von nur 34 Prozent der Bevölkerung in

litik nicht einverstanden ist. Staatsstreich von Militärs erscheinen heute nicht mehr nötig, weil es autoritäre politische Regime gibt, in denen Wahlen abgehalten werden und die sich deshalb als Demokratien ausgeben. Solche sogenannten demokratischen Autoritarismen finden wir in Venezuela oder in der Türkei vor.

Die gängige Sichtweise vieler Politologen war, dass die Bevölkerung in totalitären Staaten, welche ein Minimum an wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Wohlstand erreichten, zügig nach demokratischer Öffnung verlangen würden. Sehr schematisch ging man davon aus, dass Forderungen nach politischer Freiheit und Bürgerrechten folgen, sobald grundlegende Bedürfnisse befriedigt sind. Unter diesem Blickwinkel beobachtete man die Entwicklung Chinas sehr genau. Doch obwohl sich das Land in eine der größten Wirtschaftsmächte verwandelt hat und sich dabei die Lebensbedingungen großer Teile der Bevölkerung substantiell verbessert haben, herrscht dort weiter ein autoritäres Regime. Gewiss wirken dort Mechanismen der Repression. Doch das kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass zumindest gegenwärtig einem enormen Teil der Bevölkerung Arbeit und Kaufkraft mehr bedeuten als freie Wahlen.

Vergleichbar ist die Lage in anderen Staaten, die in den vergangenen Jahrzehnten wirtschaftliche Erfolge erzielt haben. Aber Chinas Erfolg ist besonders besorgniserregend aufgrund seiner Schlüsselrolle für

Wenn wir uns den Problemen der Demokratie nicht stellen, gibt es keine wahren Lösungen für die Umweltkrise.

Brasilien (der zweitniedrigste Wert des Kontinents) – das hilft, den Wahlsieg der extremen Rechten dort besser zu verstehen.

In mehreren Industrieländern stellt sich die Situation ähnlich dar. Eine weltweite Untersuchung hat kürzlich zutage gefördert, dass mehr als die Hälfte der Befragten in Staaten wie Japan, Frankreich, Norwegen, Deutschland, Italien oder Spanien mit der Po-



globale und regionale Umweltprobleme. Die Volksrepublik ist das Land mit dem höchsten Ausstoß von Treibhausgasen. Gleichzeitig verbraucht es enorme Mengen an Rohstoffen, die es aus vielen Ländern des Südens importiert, was dort vielfältige Auswirkungen hat.

Hoffnungen waren auch mit den neuen Demokratien verknüpft, die nach Ende des Kalten Krieges in Mittel- und Osteuropa entstanden sind. Doch auch sie sehen sich vielen Problemen gegenüber. Die Haltung der russischen Regierung gibt hier besonders Grund zur Sorge.

Angesichts all dessen kann die Bildung mancher Allianzen nicht überraschen. Auf dem UN-Klimagipfel vergangenes Jahr in Polen zum Beispiel gingen die ersten Angriffe auf wissenschaftliche Studien von der Regierung Saudi-Arabiens aus, doch unterstützt wurde sie anschließend von den Vereinigten Staaten und Russland.

All diese schmerzlichen Tatsachen bedeuten aber nicht, dass Linderung von der Abwendung von Politik oder Demokratie kommen kann. Es wird nicht ausbleiben, dass entschiedene Umweltschützer angesichts von politischer Untätigkeit und drohendem Kollaps des Planeten einen grünen Autoritarismus fordern. Sie mögen argumentieren: Wenn die Umweltkatastrophe es erfordert, kann es vielleicht gerechtfertigt sein, die demokratischen Verfahren eine

Zeit lang aufzugeben. Es wird der Wunsch nach einem „guten Diktator“ aufkommen, der gleichzeitig Kapitalkontrollen verhängt und die Abhängigkeit vom Erdöl beendet.

Das hieße, von einem Revolutionär mit gutem Herzen zu träumen – von einem Robin Hood des 21. Jahrhunderts, der von den Reichen nimmt, damit die Armen und die Natur profitieren. Doch dieser Traum ist in Wirklichkeit ein Alptraum, weil uns dies wieder einem Autoritarismus aussetzen würde, den wir überwinden wollen. Er würde ökologische Fortschritte mit sich bringen, aber der Preis wäre die Zerstörung von Gerechtigkeit.

Wegen dieser Spannungen und Widersprüche schmerzt uns die Demokratie. Wenn wir uns ihren Problemen nicht stellen, gibt es aber keine wahren Lösungen für die Umweltkrise. Die ökologische Frage lässt sich nicht von der politischen trennen – genauso wenig wie die globalen von den lokalen Fragen. Sie alle sind eng miteinander verknüpft.

Wenn uns alles das nicht schmerzen würde, wären wir von einer immensen Empfindungslosigkeit befallen. Eine solche Abstumpfung kann die Schwächung von Politik und Demokratie erklären. Deshalb ist das kein Schmerz, der lähmt, sondern der im Gegenteil den Widerstand nährt und uns weiter für Gerechtigkeit eintreten lässt. Es ist ein Schmerz, der uns daran erinnert, dass wir lebendig sind.

Aus dem Spanischen von **Julia Lauer**.



Eduardo Gudynas ist Forscher am Centro Latino Americano de Ecología Social (CLAES) in Uruguay. 2019 ist er Gastwissenschaftler am Center for Advanced Studies der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Anzeige



GREEN WORLD TOUR

- Lifestyle & Mode
- Ernährung & Gesundheit
- Freizeit & Wohnen
- Mobilität & Logistik
- Strom & Wärme
- Bauen & Sanieren
- Gewerbe & Wissenschaft
- Geld & Versichern
- Studium & Karriere

Die Vielfalt der Nachhaltigkeit auf einer Messe!

Messetermine 2019

Wien
München
Berlin
Hamburg

04. / 05. Mai
18. / 19. Mai
14. / 15. Sept.
28. / 29. Sept.

Münster
Frankfurt
Düsseldorf

05. / 06. Okt.
23. / 24. Nov.
07. / 08. Dez.



Aktive Kinder werden akt

Auch in der Entwicklungszusammenarbeit wollen Kinder und Jugendliche die Welt von morgen mitgestalten. Sie brauchen Programme, die auf sie zugeschnitten sind.

Die Geschichte des 13-jährigen Amrit zeigt, welche Veränderungskraft Teilhabe entfesseln kann. Der Junge gehört einer ethnischen Minderheit im Süden Indiens an. Seine Eltern arbeiten als Tagelöhner auf dem Feld und ziehen während der Erntezeit von einem Ort zum anderen. Amrits sehnlichster Wunsch war es, zur Schule gehen zu können. Das schien für ihn und seine Freunde unerreichbar, denn die Erntezeiten kollidierten mit den Schulzeiten.

Im Rahmen des Projekts einer Kindernothilfe-Partnerorganisation hatte Amrit eines Tages die Gelegenheit, mit Vertretern des Bildungsministeriums reden. Nachdem er ihnen das Problem geschildert hatte, gründete die örtliche indische Bildungsbehörde tatsächlich Schulen, die unter anderem mit flexibleren Schulzeiten auf die besonderen Bedingungen der Kinder dieser Familien eingehen. Seither besuchen Amrit und seine Freundinnen und Freunde wieder die Schule und bald, so hofft er, wird er seinen Abschluss machen.

Was bei Amrit im Kleinen funktioniert hat, scheint im Großen unerreichbar. Denn recht haben und recht bekommen sind bekanntlich zweierlei Dinge. Auch wenn Möglichkeiten der Teilhabe seit Jahrzehnten in der Entwicklungszusammenarbeit diskutiert werden, dürfen Kinder und Jugendliche nur selten an Entscheidungen mitwirken, die sie betreffen. Zwar gilt es mittlerweile als unumstritten, dass jeder Mensch von klein auf ein Recht darauf hat, im größtmöglichen Umfang am kulturellen, sozialen, ökonomischen und politischen Leben teilzuhaben. Aber Kinder und Jugendliche werden häufig von strukturellen Mängeln wie beispielsweise extrem langen Schulwegen oder fehlenden Schulbussen daran gehindert, ihre Rechte wahrzunehmen, oder auch durch Diskriminierung aufgrund ihrer Religion, Ethnie oder einer Behinderung.

Gleichberechtigte Teilhabe aller Kinder an der Gesellschaft kann nur gelingen, wenn neben den Eltern auch die Kinder ihre Rechte kennen und wissen, wie sie diese einfordern können. Werden ihre Anliegen berücksichtigt, wird die Gesellschaft nicht nur kindgerechter, sie wird auch zukunftsfähig.



FÜNF FRAGEN AN ...

Merle Tennie

ist 17 Jahre alt und Schülerin. Sie demonstriert regelmäßig für den Klimaschutz im Rahmen von „Fridays for Future“.



Seit wann interessieren Sie sich für den Klimaschutz?

Ich verfolge schon seit ein, zwei Jahren politische Diskussionen, und der Zustand unserer Umwelt bewegt mich sehr. Ich lebe in einem Dorf in der Nähe von Garzweiler. Wenn ich mit meinem Hund über die Felder gehe, sehe ich über dem Kohlekraftwerk bei jedem Wetter eine große Wolke am Himmel. Das ist bedrückend.

Sind Sie jetzt zum ersten Mal selbst politisch aktiv?

Ja. Mit den anderen Schülerinnen und Schülern der

Bewegung „Fridays for Future“ für einen Ausstieg aus der Kohle zu demonstrieren, war für mich eine Premiere. Es ist ein neues Gefühl, so klar und offen eine politische Position zu vertreten, aber es fühlt sich gut an. Durch unsere Aktion lenken wir mehr Aufmerksamkeit auf den Klimawandel und seine Ursachen. Dafür kriegen wir viele positive Rückmeldungen von anderen besorgten Menschen, aber leider auch immer mal wieder Hassmails.

Mit wem würden Sie am liebsten einmal über den Klimaschutz streiten?

Mit unserem Ministerpräsidenten Armin Laschet. Weil er sich nie auf etwas festlegt. Immer versteht er alles und gibt allen Recht. Und dann passiert doch nichts. So retten wir das Klima nicht.

ive Erwachsene



Katrin Weidemann
ist Vorstandsvorsitzende
der Kindernothilfe.

ger. Menschen, die von klein auf erfahren haben, dass sie ein wichtiger Teil der Gesellschaft sind, dass ihre Meinung zählt und sie ihr persönliches Umfeld mitgestalten können, werden sich auch später im Erwachsenenalter aktiv einbringen.

Damit Kinder und Jugendliche aktiv an Projekten teilhaben können, braucht es eine gute Programmplanung mit entsprechenden Ressourcen. Das ist für viele Gemeinschaften völlig neu und herausfordernd, vor allem wenn es darum geht, jüngere Kinder einzubeziehen. Auf keinen Fall sollten Kinder nur zu Öffentlichkeitsterminen oder Vorführungen von Theaterstücken, Tänzen oder Liedern und für Fotos eingeladen, aber nicht in den tatsächlichen Prozess einbezogen werden.

Damit echte Teilhabe von Kindern gelingt und nicht lediglich für Zwecke und Anliegen von Erwachsenen instrumentalisiert wird, ist es wichtig, ihre besonderen Ansprüche zu berücksichtigen. Sie sind keine kleinen Erwachsenen. Es braucht eine kindgerechte Sprache und eine sichere Umgebung, um ihnen zu ermöglichen, im Alltag gehört und an Entscheidungen

beteiligt zu werden, die sie betreffen.

Darauf sollten auch nichtstaatliche Organisationen stärker bei der Entwicklung und Planung neuer Projekte oder Programme Rücksicht nehmen – und da-

„Um Kinder einzubeziehen, braucht es mehr Ideenreichtum, Flexibilität und Beharrlichkeit.“

für neben finanziellen Mitteln, entsprechendem Know-how, Erfahrung und qualifizierten Mitarbeitenden vor allem Zeit aufbringen, um sich mit Kindern und ihren Ideen zu beschäftigen.

Das kann mit Hilfe örtlicher Strukturen wie Kinderkomitees geschehen oder auch durch Zusammenarbeit mit Kinderrechte-Clubs. Hilfreich sind altersgerechte Methoden wie beispielsweise das „Bodymapping“, bei dem Kinder ein Bild benutzen und ihre Bedürfnisse und Nöte aufmalen oder aufzeigen, gemeinsam über ihre Lebenssituation nachdenken und passende Projekte und Programme planen. Um Kinder einzubeziehen, brauchen auch Entwicklungsorganisationen mehr Ideenreichtum, Flexibilität und Beharrlichkeit. ■

Wie schlägt sich Ihr Engagement in Ihrem Alltag nieder?

Ich versuche, möglichst wenig Plastik- und Einwegverpackungen zu benutzen. Im Sommer fahre ich mit dem Fahrrad zur Schule, und ich esse wenig Fleisch – und wenn doch, dann sollte es möglichst aus biologischer Haltung kommen. Ich bin aber auch nicht radikal und kann mir zum Beispiel nicht vorstellen, vegan zu leben. In die Politik möchte ich auf keinen Fall gehen. Ich will mich nicht in alle möglichen Richtungen verbiegen, um allen zu gefallen. In einem Jahr mache ich hoffentlich Abitur. Wenn das geschafft ist, möchte ich am liebsten irgendetwas mit Sprachen machen.

Wie lange gibt es noch die „Fridays for Future“?

Ich versuche nach wie vor, mindestens einmal im Monat mit zu demonstrieren, andere Schülerinnen und Schüler machen es ähnlich. Dazu fahre ich mit dem Bus nach Düsseldorf. Ich würde gern jeden Freitag gehen, aber das ist auf Dauer schwierig, wegen der Schule. Doch so lange von Seiten der Politik nichts geschieht, damit die Klimaziele von Paris endlich eingehalten werden, und so lange wir nicht mit drastischen Konsequenzen rechnen müssen wie etwa Schulverweisen oder Bußgeldern, werden wir weitermachen.

Das Gespräch führte **Barbara Erbe**.

Mitmachen!

Schulkinder unterstützen

Einen Tag im Jahr anderen helfen, statt zur Schule zu gehen – das ist die Grundidee der Kampagne „Dein Tag für Afrika“. Organisiert wird sie vom gemeinnützigen Verein „Aktion Tagwerk“. Schülerinnen und Schüler leisten Hilfsdienste im Freundes- oder Familienkreis, veranstalten Spendenläufe oder organisieren andere Schul- und Klassenaktionen. Das Geld, das sie dabei verdienen, spenden sie an Bildungsprojekte für Kinder und Jugendliche in Ruanda, Uganda, Burundi, Äthiopien, Burkina Faso, der Elfenbeinküste und Guinea sowie für junge Geflüchtete in Deutschland. Mitmachen können Schülerinnen und Schüler von der 1. bis zur 13. Klasse. Höhepunkt ist der bundesweite Aktionstag am Dienstag, 18. Juni (Anmeldung unter: www.aktion-tagwerk.de). Schulen können aber auch ihren Aktionstag auf einen selbst gewählten Termin legen. Der Erlös ermöglicht es unter anderem, Kindern in Afrika den Schulbesuch zu finanzieren, psychologische Hilfe für traumatisierte Kinder anzubieten, die Trinkwasserversorgung auszubauen, landwirtschaftliche Beratung zu leisten und Schulkinder in ihrem Alltag zu unterstützen. Details zu den einzelnen Projekten unter www.aktion-tagwerk.de und www.aktion-tagwerk.de/blog. (erb)





Der Präsident genießt den Genfer Luxus

Von Markus Spörndli

Paul Biya hält sich lieber in der Schweiz auf als in seinem Regierungssitz in Kamerun.

Wenn der Staatschef mit Gefolge anreist, bringt er das nötige Geld in bar mit.

Das Hotel Intercontinental in Genf ist kein architektonisches Juwel. Auch das Flair der Umgebung ist weit von dem der Innenstadt oder der Seepromenaden entfernt. Das Fünfsternehotel steht am Rande des „internationalen Genf“; es überblickt den Palais des Nations – den europäischen UN-Hauptsitz – und andere Gebäude internationaler Organisationen. Der Eingangsbereich aus viel Beton gleicht einer Festung, die man durchschreiten muss,

um in das quadratische, grünlich verglaste Hochhaus mit 18 Stockwerken zu gelangen.

In Kamerun ist das Hotel Intercontinental bis in die letzten Dörfer bekannt. Man weiß, dass sich Präsident Paul Biya mitsamt First Lady Chantal und einer beachtlichen Entourage dort offenbar lieber aufhält als im Unity Palace, dem überaus prunkigen, festungsähnlichen Präsidentspalast in der Hauptstadt Yaoundé.

Zuweilen sind Präsident Paul Biya und seine Frau auch in Kamerun – hier geben sie bei der Präsidentschaftswahl im Oktober 2018 ihre Stimmen ab.

PICTURE ALLIANCE/AP PHOTO

Das Wahlergebnis erwarteten sie dann am Genfer See. Dort residiert das Paar in einer Suite im Hotel Intercontinental, das hier 2015 für diplomatische Verhandlungen gesichert wird.

LAURENT GILLIERON/KEystone/PICTURE ALLIANCE



Die meisten Kamerunerinnen und Kameruner haben nie ein anderes Staatsoberhaupt erlebt als Paul Biya: Seit 1982 ist er Präsident, zuvor war er bereits sieben Jahre lang Premierminister gewesen. Schon sein Vorgänger hatte sichergestellt, dass die Regierungspartei nicht von der Macht zu verdrängt ist – durch institutionelle Tricks, einen ausgeprägten Klientelismus und, wenn nötig, auch plumpe Wahlfälschung.

Doch fast immer, wenn in dem Land am Atlantik etwas Wichtiges passiert, verbringt le président de la République gerade einen „kurzen privaten Aufenthalt in Europa“, wie es die staatlich kontrollierte Zeitung „Cameroon Tribune“ gerne prominent ausdrückt. Das war zum Beispiel so, als im Oktober 2017 kamerunische Sicherheitskräfte Proteste der anglophonen Minderheit brutal niederschlugen. Erst drei Wochen später verkündete die Staatszeitung die Rückkehr des Staatsoberhaupts. In der Zwischenzeit war im Grenzgebiet zu Nigeria bereits ein Kleinkrieg zwischen separatistischen Rebellen und der frankophon geprägten Armee ausgebrochen, der bis heute anhält und weiter zu eskalieren droht.

Selbst seine jüngste Wiederwahl im Oktober 2018 verfolgte Paul Biya vom Hotel Intercontinental aus. Zuvor hatte der 85-jährige einen einzigen Wahlkampfauftritt in Kamerun absolviert; schließlich war der Gewinn der nunmehr sechsten Amtsperiode eine Formsache.

Anfang November flog er rechtzeitig zur Verteidigung nach Yaoundé. Dort ließ er die Demokratie hochleben; in seiner Ansprache gelobte er, für Frieden und Entwicklung zu sorgen – etwa so, wie er dies zuvor schon alle sieben Jahre beim Antritt einer neuen Amtsperiode getan hatte. Kurz darauf bestieg er wieder das Flugzeug.

Zurück im Genfer Hotel, in seiner Präsidentensuite, teilte Biya über Tage hinweg die Gratulationsschreiben der Amtskollegen mit der Weltöffentlichkeit, indem er sie über Twitter und Facebook verbreiten ließ. Darunter war auch der Brief des Bundespräsidenten der Schweiz, Alain Berset, der vergleichsweise nüchtern war. Das Gratulationsschreiben des französischen Präsidenten Emmanuel Macron fiel hingegen so lang und anbiedernd aus, dass viele dessen Echtheit anzweifelten.

Das war wohl auch der Grund, warum die französische Regierung das Schreiben lieber aus der Öffentlichkeit ferngehalten hätte. Aber es zeigt, dass Biya im Westen noch immer viel Rückhalt genießt. Denn im internationalen Kampf gegen die Terrororganisation Boko Haram, die von Nordnigeria auch in Randregionen Kameruns eingedrungen ist, übernimmt die hochdotierte Armee der Republik eine zentrale Rolle – sehr zur Zufriedenheit der USA und Frankreichs, welche die kamerunischen Sicherheitskräfte seit Jahren unterstützen und selbst Truppen vor Ort haben.

Die Reisefreudigkeit des Ehepaars Biya ist legendär. Doch erst in diesem Jahr haben zwei Recherchen das volle Ausmaß sichtbar gemacht. Im Februar hat das Recherchenetzwerk „Organized Crime and Cor-

ruption Reporting Project“ (OCCRP) eine Studie veröffentlicht. Demnach soll Biya zwischen 1983 und 2017 neben der offiziellen Reisetätigkeit mindestens 1645 Tage privat im Ausland verbracht haben, wobei für drei Jahre keine Daten verfügbar sind. Das habe nach konservativer Berechnung zu Hotel- und Flugkosten in der Höhe von mindestens 182 Millionen US-Dollar geführt. Essen und andere Annehmlichkeiten kamen noch dazu.

In der Schweiz muss Bargeld bei der Einreise nicht deklariert werden. Falls Biya Tüten voller Euronoten mitbringt, muss er das also niemandem sagen.

Eine einzige Nacht im Hotel Intercontinental kostet für die kamerunische Privatdelegation laut OCCRP mindestens 40.000 US-Dollar. Zwar war Paul Biya zumindest 2015 der weitaus bestbezahlte Staatsschef des afrikanischen Kontinents, doch selbst sein Jahreseinkommen von umgerechnet rund 610.000 US-Dollar wäre nach zwei Wochen im Luxushotel längst aufgebraucht.

Anfang November, kurz nach der jüngsten Wahl, lieferte das „Wall Street Journal“ (WSJ) eine Recherche zum innigen, langjährigen Verhältnis zwischen Paul Biya und dem Intercontinental Hotel. Seit 1969 ist Biya dort zu Gast. Und seit er an der Staatsspitze steht, wird das Genfer Luxushotel mehrmals pro Jahr für mehrere Wochen in eine Art Offshore-Präsidentenpalast verwandelt. Zuerst kommt, meist unangekündigt, eine Vordelegation mit Unmengen an Gepäck – so die US-Wirtschaftszeitung, die mit mehreren früheren Hotelmanagern gesprochen hat. Die Hotelleitung lässt dann das gesamte sechzehnte Stockwerk freiräumen, rund zwanzig Zimmer und zwei Ecksuiten. Manchmal kommen noch gegen dreißig Zim-

mer in anderen Stockwerken hinzu, niedrige Chargen werden in günstigere Hotels ausquartiert.

Dann kommt der Mann zum Zug, der im Hotel als „le général“ berüchtigt ist. „Der General“ kommandiert seine eigenen kamerunischen Leute wie auch die Hotelangestellten herum, bis die präsidialen Wohn- und Bürobereiche perfekt eingerichtet sind: Je eine Suite für den Präsidenten und die First Lady, eine eigene gesicherte Telefonzentrale und Internetverbindung. Dann folgt die Kochbrigade mit allen notwendigen Utensilien und Ingredienzen. Und schließlich kommen: „Lui et elle“.

Er und sie, das sind im Intercontinental die Codenamen für Paul und Chantal Biya. Sie ist die extravagante Hälfte des Ehepaars, sie überragt ihren Mann dank ihrer voluminösen roten Frisur, die in Kamerun als „la banane“ bekannt ist, um einige Zentimeter. Sie lässt sich auch öfter mal in der Hotellobby blicken. Ganz im Gegensatz zu „ihm“, dem Präsidenten, der seine Suite nur selten verlässt. Am ehesten tut er dies für ein morgendliches Jogging. Dafür schleicht er sich durch den Dienstaugang.

Am Ende ist Zahltag. „Der General“ schreitet mit einer großen Tüte voller Euroscheine in ein Büro der Hotelleitung – so haben es drei frühere Hotelmanager gegenüber dem WSJ geschildert. Ein üblicher Aufenthalt koste mehrere Millionen Franken, so Christian Penda Ekoka, der jahrelang Chefberater Biyas war, bevor er in die Opposition wechselte. Ekoka sagte dem WSJ, das Geld komme direkt aus der Staatskasse. Damit die Reisen nicht in der Staatsrechnung auftauchen, werde immer alles in bar bezahlt.

Paul Biya hat gute Gründe, die Lobby und den Haupteingang des Hotels zu meiden. Denn er müsste sonst damit rechnen, mit einem gegen ihn gerichteten Protest konfrontiert zu werden. Unter den Exilkamerunern in der Schweiz und in den Nachbarländern spricht sich rasch herum, wann der Präsident wieder „zu Hause“ in Genf ist. Manchmal ist es nur ein einzelner Mann, manchmal eine Gruppe frankophoner oder anglophoner Kamerunrinnen, die sich frühmorgens vor den monströsen Haupteingang stellen und via Megafon Paul Biya aus seiner Hotelfestung schreien wollen.

Heraus kommen dann aber höchstens die mit angereisten Sicherheitskräfte des Präsidenten, die ihre protestierenden Landsleute zurückzudrängen versuchen. „Wir sind hier nicht in Yaoundé“, schallt es ihnen aus dem Megafon aus nächster Nähe entgegen: Wenn der Präsident schon in der Schweiz residiert, muss er auch bereit sein, die hier geltende Freiheit der Meinungsäußerung zu ertragen.

Auf der anderen Seite ist der Kanton Genf und mit ihm die Schweiz offenbar bereit, ein Offshore-Standort für Autokratien zu sein. Das zeigt sich im Fall Biya bildlich, wenn bei Protesten die lokale Polizei aufkreuzt und nicht so recht weiß, wie sie sich gegenüber den kamerunischen Sicherheitskräften verhalten soll.

Und Biya ist kein Einzelfall, wie die Sendung „Temps Présent“ des Westschweizer Fernsehens RTS

Demonstration für die Gleichberechtigung der englischsprachigen Minderheit Kameruns im September 2017. Kurz danach bricht hier im Südwesten des Landes ein Aufstand aus, während der Präsident es sich am Genfer See gut gehen lässt.

AFP/GETTY IMAGES



Ende Juni aufgezeigt hat. So haben sich etwa auch die autoritären Regierungsdynastien Aserbaidschans und Äquatorialguineas im Kanton eingerichtet. Unter Diktatoren gelte Genf als Paradies, weil diese hier durch die sprichwörtliche Diskretion und das staatliche Desinteresse vor jeglicher Strafverfolgung geschützt seien.

Diese Einschätzung teilt auch Marc Guéniat, Rechercheur der auf solche Fragen spezialisierten nichtstaatlichen Organisation (NGO) Public Eye. „In der Schweiz profitieren insbesondere Oligarchen aus der früheren Sowjetunion von Ausnahmeregelungen, die es ihnen erlauben, hier unbehelligt zu leben und auch riesige Grundstücke zu erwerben“, sagt Guéniat, der im Lausanner Büro von Public Eye arbeitet. „Frankreich hat zwar lange in ähnlicher Weise insbesondere Diktatoren aus ehemaligen französischen Kolonien umworben. Doch seit ein paar Jahren sendet zumindest die französische Justiz andere Signale aus.“

So urteilte etwa ein Pariser Gericht 2017, dass ein Sohn des Präsidenten von Äquatorialguinea seine Liegenschaften in Frankreich mit von aus seinem Herkunftsland abgezweigten öffentlichen Geldern aufgebaut habe. Teodorin Obiang wurde zu einer hohen Geldstrafe und einer bedingten Freiheitsstrafe verurteilt, sein in Frankreich liegendes Vermögen gänzlich konfisziert.

Paul Biya hat zwar in Genf keine Liegenschaften erworben. Er lässt aber im Luxushotel Unmengen an Geld liegen, das wohl – wie es der frühere Biya-Vertraute Ekoka nahelegt – aus dem öffentlichen Vermögen Kameruns stammt.

Anders als sämtliche EU-Mitgliedstaaten verzichtet die Schweiz auf eine Deklarationspflicht bei der Einfuhr von großen Mengen an Bargeld. Falls Biya also mit Tüten voller Euronoten in Genf landet, muss er das niemandem sagen – außer wenn ein Zollbeamter ihn direkt danach fragen würde. Klingt das nicht wie eine Einladung, illegitimes Geld in die Schweiz zu schaffen?

Überhaupt nicht, findet das Staatssekretariat für Internationale Finanzfragen: Die Financial Action Task Force (FATF) habe 2016 im Länderbericht zur Schweiz bescheinigt, dass deren Maßnahmen zum grenzüberschreitenden Geldtransfer weitgehend mit der FATF-Empfehlung übereinstimmen. „Die Schweiz folgt daher den internationalen Standards in diesem Bereich“, schreibt das SIF auf Anfrage. Die FATF ist ein internationales Gremium, dem 36 Industrie- und Schwellenländer angehören und das Schritte gegen dunkle Geschäfte im Finanzwesen fördern soll.

Tatsächlich bescheinigt die FATF-Evaluation der Schweiz Fortschritte: „Es sollte anerkannt werden, dass 2009 ein Kommunikationssystem eingerichtet wurde, um den grenzüberschreitenden Transport von Bargeld zu kontrollieren.“ Doch danach kommt ein ziemlich großes „Aber“, welches das Staatssekretariat für Internationale Finanzfragen unerwähnt lässt: „Das System ist jedoch nicht völlig konform, da

es an abschreckenden Sanktionen bei Nichteinhaltung der Offenlegungspflicht mangelt und die Eidgenössische Zollverwaltung und die Meldestelle für Geldwäscherei nur beschränkt zusammenarbeiten.“ Alles in allem wird in der Evaluation moniert, dass die Zahl an Verdachtsmeldungen (etwa betreffend Geldwäscherei) im Verhältnis zur Bedeutung des Schweizer Finanzplatzes zu niedrig sei.

Auch im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) sieht man keinerlei Handlungsbedarf, was die regelmäßigen Besuche von Paul und Chantal Biya und deren Hilfstruppen betrifft: „Ausländische Staatschefs können sich – in privater Funktion – in der Schweiz aufhalten, ohne dass die Bundesbehörden formell informiert oder in den Besuch einbezogen werden“, antwortet ein EDA-Sprecher auf die Frage, ob in diesem Bereich nicht Reputationsrisiken für die Schweiz bestünden.

Doch die FATF-Evaluation und die neuere Entwicklung in Frankreich zeigen, dass die offizielle Schweiz wenig Grund hat, sich auf vergangenen Fortschritten in der Handhabung von potenziell illegitimen Geldern und von politisch exponierten Personen auszuruhen. Das Ehepaar Biya kann sich hingegen darauf freuen, dass es sich wohl noch einige Jahre lang im Genfer Hotel Intercontinental wird ausruhen können. ■



Markus Spöndli
ist freier Journalist in Nairobi und arbeitet vor allem für Schweizer Medien.

Anzeige

Eine machtkritische Analyse von weltwärts Süd-Nord



Freiwilligendienst auf Augenhöhe?

Eine machtkritische Analyse von weltwärts Süd-Nord

Von Daniel Skoruppa

2018, 133 S., brosch., 26,- €

ISBN 978-3-8487-5296-6

(Interdisziplinäre Studien zu Freiwilligendiensten (ISZF), Bd. 9)

nomos-shop.de/39870

In diesem Band identifiziert Daniel Skoruppa strukturelle Machtverhältnisse und deren Auswirkungen auf verschiedene Ebenen innerhalb der weltwärts Süd-Nord-Komponente. Zentrale Konzepte des Programms wie *Entwicklung*, *Weltbürgertum* oder *Peer-to-Peer* werden reinterpretiert und durch neue Ansätze wie *Powersharing*, *Empowerment* und *multilaterale Freiwilligendienstformate* ergänzt.



www.nomos-elibrary.de

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter (+49)7221/2104-37.

Portofreie Buch-Bestellungen unter

www.nomos-shop.de

Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Nomos

Die Wunde schmerzt noch

Jahrzehntlang wurde in Namibia die schwarze Bevölkerung von Weißen unterdrückt. Die deutschstämmige Minderheit tut sich schwer, dieser Vergangenheit ins Auge zu sehen. Das belastet die Beziehungen der lutherischen Kirchen des Landes.

Von Birgit Morgenrath

W eithin leuchtet der rötliche Sandstein der Christuskirche über Windhuk. Die 1910 erbaute neugotische Kirche ist das wichtigste Wahrzeichen und Touristenziel der namibischen Hauptstadt. Der damalige Pfarrer Wilhelm Anz schrieb, sie solle „mit der Wucht ihres Baues die vielen bescheidenen Backsteinkirchlein der Mission überdauern und ein Wahrzeichen von der Würde des siegreichen deutschen Reiches werden“. Ein Zeichen des Sieges der kaiserlichen „Schutztruppe“ über die aufständischen Ovaherero und Nama, die Anfang des 20. Jahrhunderts gegen ihre Unterdrückung, gegen Landnahme, Prügelstrafen und Vergewaltigungen aufbegehrt hatten. Noch während der Bauzeit waren Überlebende des Genozids in Konzentrationslagern nahe der Kirche unter menschenunwürdigen Bedingungen eingesperrt.

Diesen Teil der deutschen Kolonialgeschichte hat die Bundesregierung Mitte 2015 offiziell anerkannt: „Der Vernichtungskrieg in Namibia von 1904 bis 1908 war ein Kriegsverbrechen und Völkermord.“ Knapp zwei Jahre später bekannte sich die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) unter dem Titel: „Vergib uns unsere Schuld“ zur Verantwortung der Kirchen. Deutsche Pfarrer hätten „durch die theologische Rechtfertigung von imperialem Machtanspruch und kolonialer Herrschaft den Boden für den Tod vieler Tausender Angehöriger des namibischen Volks vorbereitet“, heißt es darin. „Das ist eine schwere Schuld und durch nichts zu rechtfertigen.“ Die EKD bittet die Nachfahren der Opfer „wegen des verübten Unrechts und des zugefügten Leids aus tiefstem Herzen um Vergebung“.

Seitdem hat sich jedoch wiederholt gezeigt, dass die Wunden, die Kolonialismus, Rassismus und Genozid im heutigen Namibia hinterlassen haben, noch nicht geheilt sind. Auch aus diesem Grund haben die drei lutherischen Kirchen, die die Hälfte der namibischen Christen ausmachen, bis heute nicht zusammengefunden. Zwar loben Vertreter aller drei Kirchen die gute Zusammenarbeit zur Vorbereitung der zwölften Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes in Namibia im Mai 2017. Doch danach tat sich mit dem Streit um die Schuldklärung der EKD zum Völkermord ein neuer Graben auf.

Burgert Brand, der amtierende Bischof der deutschsprachigen Evangelisch-Lutherischen Kirche in Namibia (DELK), distanzierte sich im Gemeindebrief der Kirchengemeinde Windhuk von der Erklärung. Pfarrer Lorenst Kuzatjike von der überwiegend schwarzen Evangelisch-Lutherischen Kirche der Republik Namibia (ELCRN) sagt dazu, seine Leute habe diese Haltung „bekümmert“. Die Ablehnung der Schuld „ihrer Vorväter“ bedeute, dass die DELK „Teil



Esther Muinjangue, die Vorsitzende des Ovaherero Genocide Committee, vor einem Denkmal in Windhuk, das an den Völkermord der Deutschen an den Herero und Nama erinnert.

STEPHAN GLADIEU/LE FIGARO MAGAZINE/LAIF

der Zerstörung unserer Beziehungen“ sei. Kuzatjike: „Und sie wollen immer mehr zerstören. Ich denke, die deutsche Kirche hätte als Erste die Rolle des Versöhners übernehmen sollen.“ Auch Uhuru Dempers vom Sozialdezernat der ELCRN, spricht von Spannungen, weil die „Nachfahren der Deutschen“ ihre Mitverantwortung am Genozid „abwehren“.

Die zweite überwiegend schwarze Kirche, die Evangelisch-Lutherische Kirche in Namibia (ELCIN), ist mit 700.000 Gläubigen, die meisten aus der Bevölkerungsgruppe der Ovambo, die größte Kirche des Landes. Sie ist hervorgegangen aus der Finnischen Mission und im Norden Namibias beheimatet. Die ELCIN hat gute Verbindungen zur heutigen Regierungspartei SWAPO, da die ehemalige Befreiungsbewegung unter den Ovambo die meisten Mitkämpfer rekrutiert hatte. Die kleinere ELCRN geht auf die Rheinische Mission zurück. Zu den 400.000 Mitgliedern zählen viele Ovaherero, Nama und Damara in der Mitte und im Süden des Landes.

Die 5000 überwiegend weißen Mitglieder der dritten lutherischen Kirche im Land, der deutschsprachigen Evangelisch-Lutherischen Kirche in Namibia, leben in Gemeinden über das ganze Land verteilt. Die deutschsprachigen Lutheraner verhielten sich stets loyal gegenüber den Kolonialherren und gegenüber der südafrikanischen Regierung. 1921 hatte der Völkerbund Südwestafrika unter südafrikanische Verwaltung gestellt. Die Apartheidregimes behandelten das Gebiet wie eine ihrer Provinzen und führten die Rassentrennung ein.

K. R. Sievers, ein ehemaliges Mitglied der DELK-Kirchenleitung, schrieb im Jahr 1995 über die „Namibiadeutschen“: „Der Übergang vom Rassismus der Kaiserzeit und des Nationalsozialismus zum neuen Rassismus der Buren vollzog sich fast nahtlos. Danach gehörte man zur herrschenden Klasse, der es fast 40 Jahre gut ging.“ Mahner seien ignoriert oder „miesgemacht“ worden. Es bestehe ein „erheblicher Nachholbedarf“ bei der Aufarbeitung dieser Vergangenheit.

Mit dem wachsenden Selbstbewusstsein der schwarzen Bevölkerung in den 1950er Jahren konstituierten sich die traditionellen Missionskirchen ELCIN und ELCRN als unabhängige Kirchen. Auch die bis dahin von Missionaren betreuten, relativ autonomen lutherischen Gemeinden gründeten 1960 ihre Deutsche Evangelisch-Lutherische Kirche. Sie verstand sich als eine Art „Hort des Deutschtums“ und enthielt sich jeglicher Stellungnahme zur Entrechtung und Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung – etwa als die beiden schwarzen Kirchen 1964 und 1967 gegen die zwangsweise Umsiedlung der Afrikaner in „Homelands“ genannte Reservate protestierten.

Stattdessen habe die deutsche Kirche jeden Gläubigen lediglich individuell auf „echte Mitmenschlichkeit im Verhältnis zwischen Weiß und Nichtweiß“ verpflichtet, zitiert der Soziologe Guido Jura aus einem Beschluss des Gemeindegemeinderates Swakopmund 1960. Strukturelle Abhängigkeiten und poli-



Bischof Ernst Gamxamub von der Evangelisch-Lutherischen Kirche der Republik Namibia (ELCRN) eröffnet im Mai 2017 in Windhuk die Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes.

NORBERT NEETZ/EPD BILD

tisch verordnete Unterdrückung habe die DELK hingegen bewusst ausgeblendet.

Ihr Ziel sei gewesen, das „deutsche Luthertum“ sowie den politischen und ökonomischen Status quo zu erhalten. Die DELK blieb auch stumm, als die Vereinten Nationen 1966 Südafrika das Mandat über Namibia entzogen, weil der Apartheidstaat seit 20 Jahren die Aufforderung ignoriert hatte, das Land in die Unabhängigkeit zu entlassen. Daraufhin nahm die Befreiungsbewegung, South West African People's Organization (SWAPO), den Kampf gegen die Fremdverwaltung auf.

Zum historischen Bruch mit den Schwesterkirchen kam es 1971, als diese in einem Hirtenbrief die Apartheid als grobe Verletzung der Menschenrechte verurteilten. Während die Initiative von katholischer und anglikanischer Seite unterstützt wurde, so der Soziologe Jura, habe der damalige DELK-Landespropst Milk „nichts Dringlicheres zu tun“ gehabt, „als sich im Namen der Kirche, der er vorstand, von dem offenen Brief zu distanzieren.“

Zwar gehörte die DELK 1978 zum Gründungsmitglied des namibischen Kirchenrates (CCN), verließ diesen aber neun Jahre später wegen „politischer Spannungen“. Der Rat hatte eindeutig Partei für den Befreiungskampf der SWAPO ergriffen. 1984 schließlich suspendierte der Lutherische Weltbund die DELK wegen mangelnden Engagements gegen die Apartheid. Zwar befasste sich die DELK in den 1980er Jahren unter Landespropst Wilfried Blank erstmals mit dem Selbstverständnis der schwarzen lutherischen Kirchen, die der Befreiungstheologie nahestanden. Doch zur Unabhängigkeit Namibias 1990 sagte die DELK kein Wort.

Anfang der 1990er Jahre gab es Zeichen einer zögernden Annäherung – etwa den Beschluss der DELK-Synode 1993, die Förderung der Einheit der lutherischen Kirchen Namibias zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit zu machen. Dennoch dürfte die Einschätzung des von der Herrnhuter Brüdergemeinde entsandten



Oben: Pfarrer Uhuru Dempers von der ELCRN.

Unten: Bischof Burgert Brand von der deutschsprachigen Evangelisch-Lutherischen Kirche in Namibia (DELK).

THOMAS KREHWINKEL



Eine Bronzetafel (oben) in der Christuskirche in Windhuk (rechts) erinnert an die „Kameraden“, die während der deutschen Kolonialherrschaft in Namibia „für Kaiser und Reich“ gefallen sind. Hinweise auf die Opfer der von Deutschen begangenen Massaker fehlen.

THOMAS KREHWINKEL

Die deutschsprachige Kirche entpolitisiert alle Konflikte. Die Wörter „Völkermord“ oder „Rassismus“ verwendet sie fast nie.



Birgit Morgenrath

ist freie Journalistin für Hörfunk und Print und berichtet seit 30 Jahren über das südliche Afrika.

Auslandspfarrers Karl Schmidt von 1994 zutreffen: „Erst das weltweite Drängen lutherischer Kirchen, schließlich auch der EKD, sowie die allgemeine Ächtung der Apartheid führte zu vorsichtiger Öffnung.“

Praktisch jedoch seien die Gemeinden mit ihrer deutschen Sprache und Tradition unter sich geblieben. Dabei habe es sich nach Ansicht von Schmidt weniger um die Pflege der eigenen Kultur gehandelt, was durchaus nachvollziehbar gewesen wäre. Vielmehr sei es darum gegangen, die Reichen von den Armen, die Weißen von den Schwarzen und von den Opfern des Systems abzugrenzen. Die deutschsprachigen Namibier gehören noch heute zur sehr wohlhabenden Minderheit, die rund ein Prozent der Bevölkerung des Landes ausmacht.

Nach Ansicht von Uhuru Dempers von der ELCRN ist die Lage zwischen den drei Kirchen trotz Gesprächen auch 30 Jahre nach der Unabhängigkeit Namibias festgefahren. „Wir können uns nicht einigen: Wir erkennen den Völkermord an und wir unterstützen die Resolution des namibischen Parlaments, dass Deutschland sich entschuldigen muss. Und wir wollen über Wiedergutmachung diskutieren.“ Die ELCRN habe sogar zwei namibische Historiker eingeladen, um die Deutschen von der Tatsache eines Völkermordes zu überzeugen, sagt Dempers. Ohne Erfolg. Die DELK verzögere auch eine Entscheidung des Kirchenrates, wie sich die Lutheraner zum Genozid verhalten sollen – 1993 hatte der Rat die DELK wieder aufgenommen. „Unsere Kirche hat dann beschlossen, sich allein mit dem Völkermord auseinanderzusetzen und nicht länger auf irgendeinen Konsens zu warten“, sagt Dempers.

DELK-Mitglieder hingegen betonen ihre persönlichen freundschaftlichen und respektvollen Bezie-



hungen zu Gläubigen der anderen Kirchen. Bischof Brand hebt das Gespräch mit den Bischofskollegen hervor, auch über den Genozid: „Für mich ist die Frage, wie wir miteinander reden, viel wichtiger, als einen politisch richtigen Akzent zu setzen“, erklärt er. Bezeichnend für die in der DELK traditionelle Entpolitisierung jeglicher Konflikte ist allerdings, dass sie in ihren Publikationen die Wörter „Völkermord“ oder „Rassismus“ fast nie verwendet.

Die neueste Ausgabe der jährlichen DELK-Zeitschrift „Perspektiven“ setzt sich unter dem Titel „Namibias schwieriger Umgang mit seiner Kolonialzeit – Versuche zu verstehen“ zum zweiten Mal nach 2016 mit der belasteten Vergangenheit auseinander. Henning Melber, deutsch-namibischer Politologe und Professor in Bloemfontein und Pretoria, schreibt darin, die „Schuldfrage“ habe sich zu einem „fast schon glaubensbekenntnisähnlichen Fixpunkt hinsichtlich der historischen Verantwortung“ der deutschstämmigen Minderheit im Lande entwickelt. Sie verweigere sich mehrheitlich der Auseinandersetzung oder weise die Frage deutscher Kolonialverbrechen als ideologische Fehldeutung von Geschichte aus einer heutigen Perspektive zurück. Doch dies löse das Problem nicht. „Im Gegenteil: Statt die Differenzen zu entkräften, werden diese damit weiter geschürt.“

In der Christuskirche fehlen bis heute Hinweise auf die Opfer der Kolonialherrschaft und auf den Genozid an den Einheimischen. Stattdessen hängen an der rechten Kirchenwand drei kolossale Bronzetafeln mit 2000 Namen. Sie erinnern an die „Kameraden“, die „für Kaiser und Reich“ gefallen sowie an die deutschen Bürger, Frauen und Kinder, die „für das Schutzgebiet“ ums Leben gekommen sind. „Gewidmet von der Schutztruppe und der Bevölkerung dieses Landes.“ Über diese Tafeln werde nun intensiv diskutiert, sagt Bischof Brand. ■

„Das Christentum ist kein westliches Konzept“

Südafrikas Kirchen plädieren für einen eigenen afrikanischen Entwicklungsweg

Gespräch mit Ndangwa Noyoo



Ndangwa Noyoo ist Sozialwissenschaftler an der Universität Kapstadt und leitet dort den Bereich für soziale Entwicklung.

PRIVAT

Herr Noyoo, die Kirchen waren wichtige Stimmen im Kampf gegen die Apartheid. Wie sieht das heute aus?

Die Kirchen sind ein wichtiger Partner für Graswurzelorganisationen, für die Bewusstseinsbildung und die Verbesserung der Lebensqualität von Benachteiligten in Südafrika. Das gilt aber nicht nur für die christlichen Konfessionen. Wir haben in Südafrika auch eine sehr engagierte liberale muslimische Community. Andere Religionsgemeinschaften wie zum Beispiel Hindus setzen sich ebenfalls für ein besseres Leben der Armen ein. Alle diese Glaubensgemeinschaften erfüllen ihre traditionelle Funktion als spiritueller Anker für viele Menschen und spielen zudem eine wichtige Rolle für die Entwicklung Südafrikas.

Welche Themen treiben die Kirchen vor allem um?

Sie halten der südafrikanischen Gesellschaft einen Spiegel vor, wenn das Land droht, auf Abwege zu geraten. Das war etwa unter Staatspräsident Jacob Zuma von 2009 bis 2018 der Fall, als Korruption und Selbstbereicherung der politischen Klasse überhandnahmen. Zu den besonders wichtigen Stimmen gehört Thabo Makgoba, der anglikanische Erzbischof von Kapstadt. Er hat im Jahr 2017 öffentlich kritisiert, führende Politiker des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) seien korrupt, und forderte in seiner Weihnachtspredigt, Zuma als Staatspräsidenten abzulösen. Ähnlich wie Makgoba hat auch Desmond Tutu, der ehemalige anglikanische Erzbischof von Kapstadt, die Regierenden des ANC mehrfach scharf kritisiert.

Warum ist es wichtig, dass sich gerade die Kirchen einmischen?

Zunächst einmal sind rund vier von fünf Südafrikanern zumindest auf dem Papier Christen. Daher hat es großes Gewicht, wenn die Kirchen Missstände in der Regierung anprangern. Außerdem gehören sie zu den wenigen, die unsere eigenen Leute kritisieren. Heute sind es nicht mehr Weiße, die die Bevölkerungsmehrheit unterdrücken, sondern wir haben es mit dem Fehlverhalten der schwarzen Regierung zu tun. Vertreter des ANC, die eigenen Kameraden aus dem Befreiungskampf, missbrauchen ihre Macht.

Und außer den Kirchen kritisiert das niemand?

Für viele Menschen war das lange ein Dilemma. Es gab den Reflex, trotz kritikwürdiger Politik die

ße Teile der katholischen, anglikanischen und protestantischen Kirchen drängen auf eine eigene, genuin südafrikanische Entwicklung. Das ist nicht nur eine Frage politischer Prioritäten, sondern es betrifft das grundlegende Konzept von Gott und Christentum in einem afrikanischen Kontext. Solche Kirchenleute wollen eine afrikanische Perspektive auf Religion und ein Christentum voranbringen, das weniger westlich dominiert ist.

Was heißt das?

Wir haben das Christentum als ein westliches Konstrukt kennengelernt. Die europäischen Missionare, die uns den Glauben brachten, haben uns immer eingetrichtert, die westliche Sichtweise des Christentums sei die einzig richtige. Dabei haben auch Afrikaner ihren Anteil

„Ich sehe eine Aufgabe der Kirchen darin, ungleiche Machtverhältnisse zu entlarven. Hier müssen sie noch konsequenter werden.“

Reihen zu schließen. Je mehr Zuma sein Amt missbraucht hat, desto mehr wurde er vom ANC geschützt. Es waren Kirchenleute, die gesagt haben, das kann so nicht weitergehen. Aufgabe der Kirche ist nicht nur, zur Entwicklung des Landes beizutragen, sondern öffentlich politische Fragen nach Rechenschaftspflicht, guter Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit zu stellen.

Sicher sind nicht alle Kirchenleute so konsequent wie Makgoba oder Tutu, oder?

Die Kirchen bilden natürlich keine homogene Gruppe. Aber gro-

an der Kirchengeschichte, denken Sie etwa an das christliche Reich Aksum ab dem 4. Jahrhundert in Äthiopien. Der Ursprung des christlichen Glaubens liegt außerdem nicht in Europa, sondern im Nahen Osten. Kirchenleute wie Thabo Makgoba betonen heute besonders, dass Jesus ein Palästinenser war, kein Europäer. Und dass er arm war wie viele in Afrika.

Trifft dieses Thema heute einen Nerv bei den Kirchen?

Ja, solche Fragen treiben viele Menschen in den Kirchen Südafri-

kas heute um. Das Verständnis dafür wächst, dass wir einen eigenen Weg für unsere Entwicklung finden müssen. Wie ein genuin afrikanischer Weg aussehen kann, dazu gibt es sehr unterschiedliche Vorstellungen. So gibt es zum Beispiel eine Vielzahl kleiner indigener Kirchen, charismatische afrikanische Dorfkirchen. Sie mischen christliche Vorstellungen mit afrikanischen Symbolen und sind letztlich mehr afrikanisch als christlich. Die Kirchengründer werden als Propheten verehrt. Diese Kirchen sind in der Regel völlig unpolitisch. Da gibt es eine große Bandbreite.

Im Westen haben die Geldgeber in der Entwicklungszusammenarbeit seit einigen Jahren das Thema Religion entdeckt. Was halten Sie davon?

Hier bin ich vorsichtig, was das bedeutet. Denn die Agenda der Entwicklungspolitik hat großen Einfluss auf unser Land. Nach wie vor dominiert der Norden den globalen Süden auf einseitige Weise und zumindest einige der westlichen Partner verfolgen ihre eigenen Interessen in der Entwicklungszusammenarbeit. Wir müssen immer schauen, welche versteckten Interessen sich hinter solchen Trends verbergen. Ich sehe auch eine Aufgabe der Kirchen darin, ungleiche Machtverhältnisse zu entlarven. Hier müssen sie noch konsequenter werden. ■

Das Gespräch führte Claudia Mende.

Netflix geht nach Nollywood



Der US-amerikanische Streamingdienst kauft sich in Afrikas wichtigste Filmindustrie ein. Ob das anspruchsvollen afrikanischen Filmemachern mehr Geld und mehr Zuschauer bringt, ist jedoch fraglich.

Von Alessandro Jedlowski

Während des Internationalen Filmfestivals in Toronto 2018 verkündete der globale Streamingdienst Netflix, man habe die weltweiten Vertriebsrechte für das Regiedebut des Nollywoodstars Genevieve Nnaji erworben, die Komödie „Lionheart“. Der Film erzählt von den ungeschickten und bisweilen urkomischen Versuchen von Aadaeze, zusammen mit ihrem Onkel Godswill die von ihrem Vater geerbte Firma vor dem Bankrott zu bewahren. Der Film war die erste Netflix-Originalproduktion aus Nigeria. Der Erwerb der Rechte daran hat bei vielen Filmschaffenden den Eindruck

erzeugt, zwischen einer der weltweit größten Streamingplattformen und Afrikas wichtigster Filmindustrie sei eine neue Ära angebrochen. Aber ist das wirklich so?

Seit ihren Anfängen in den frühen 1990er Jahren hat die Filmindustrie Nigerias, besser bekannt als Nollywood, ein exponentielles Wachstum verzeichnet. Sie ist heute eine der größten Filmindustrien der Welt, die bis zu 2000 Filme pro Jahr produziert. Inzwischen ist diese Zahl nicht mehr so leicht zu überprüfen, da die Filme heute auf den unterschiedlichsten Plattformen (Streamingdienste, Satelliten- und

Kabelfernsehsender, Erstveröffentlichungen auf Video-CDs und DVDs) zirkulieren, ohne dass der Vertrieb von einer zentralen Stelle überwacht wird.

Unbestritten hat Nollywood in Afrika und bei im Ausland lebenden Afrikanern großen kulturellen Einfluss. Genau das hat die nigerianische Filmindustrie für den Streaming-Riesen so attraktiv gemacht. Der Vertrieb nigerianischer Produktionen über Netflix begann um 2015. Damals kaufte der amerikanische Gigant die Lizenz für Kunle Afolayans Kassenschlager „October 1st, Biyi Bandeles „Fifty“ und verschiedene andere Filme, nachdem sie bereits in nigerianischen Kinos gelaufen waren.

Zu beziehen ist Netflix in Nigeria in drei verschiedenen monatlichen Abonnements zu Preisen zwischen umgerechnet sieben und zehn Euro im Monat. Das macht Netflix erschwinglicher als seinen wichtigsten Konkurrenten, den südafrikanischen Satellitenfernsehanbieter DSTV MultiChoice, dessen billigstes Satellitenfernsehpaket für eine monatliche Gebühr von rund 25 Euro zu haben ist. Netflix-Nutzer müssen allerdings die zusätzlichen Kosten für den Internetanschluss mit ins Kalkül ziehen.

Während der vergangenen zwanzig Jahre kamen nigerianische Filme hauptsächlich auf Videobändern und Video Compact Discs (VCDs) in Umlauf. Dieses Verbreitungssystem hat die Filmindustrie in ganz Afrika und bei Auslandsafrikanern populär gemacht. Es hat jedoch verhindert, dass Nollywood sich wirtschaftlich konsolidieren und die künstlerische und inhaltliche Qualität der Filmproduktion steigern konnte. Zudem haben Raubkopien auf dramatische Weise die Vertriebslöse verringert; die Produzenten hatten und haben große Mühe, am Vertrieb ihrer Filme zu verdienen.

Nollywood bevorzugt den Direktvertrieb als Video, weil in Nigeria wie fast überall in Afrika Kinos als Folge der katastrophalen Wirtschaftskrise in den Achtzigern nahezu von der Bildfläche verschwunden sind. In den vergangenen Jahren sind zwar neue Multiplexe entstanden. Dennoch gibt es heute für eine Bevölkerung von fast 200 Millionen Menschen nur etwa 150 Großkinos. Ein Großteil der Verbraucher kauft Nollywood-Filme auf Videobändern, weil ihnen Kinokarten zu teuer sind.

Vor diesem Hintergrund glauben viele in der Filmindustrie, dass das Streamen die beste Lösung für die Vertriebsprobleme der Branche sein könnte. Betrachtet man jedoch die Geschichte von iROKO.tv, der führenden Streamingplattform für nigerianische Filme, die als „nigerianisches Netflix“ bezeichnet wird, dann stellt man fest, dass die Realität komplizierter ist. Das nigerianisch-amerikanische Unternehmen IROKO.tv wurde 2011 gegründet und rasch zur größten Online-Streamingplattform für ausschließlich nigerianische Inhalte. Als die Firma beschloss, ihren Sitz von Manhattan nach Lagos zu verlegen, stieß sie auf ungeahnte Schwierigkeiten, vor allem in Bezug auf die Infrastruktur in Nigeria

und die feindselige Haltung örtlicher DVD-Händler, die mit Nollywood-Filmen Geld verdienen.

In Nigeria ist die Internetverbindung immer noch zu schwach und zu teuer für das Streamen. Deshalb werden Nollywood-Inhalte aus dem Angebot von iROKO.tv und Netflix vor allem von Nigerianern im Ausland abgerufen. Netflix ist sich dieses

In Nigeria gibt es für eine Bevölkerung von fast 200 Millionen Menschen nur etwa 150 Großkinos.

Problems bewusst und investiert in die Infrastruktur, um seinen nigerianischen Kunden eine bessere Verbindung zu sichern. Das Unternehmen hat in Partnerschaft mit einer nigerianischen Firma einen sogenannten Dedicated Server in Nigeria installiert, um dort sein gesamtes Angebot zu speichern und die Leistung seines Dienstes zu erhöhen.

Das hat die Qualität zwar wesentlich verbessert, hat jedoch keinen Einfluss auf den Preis des Internet-Datenvolumens für die Kunden. Und der ist eines der Haupthindernisse für ein weiteres Vordringen von Netflix und anderen Streamingdiensten in Nigeria und im übrigen Afrika südlich der Sahara. Die meisten Zuschauer in Nigeria werden Nollywood-Filme auf absehbare Zeit weiter auf DVDs oder in lokalen Kinos anschauen. Der Zugang zu örtlichen Videotheken und zu im Straßenhandel erhältlichen Raubkopien ist nach wie vor die günstigste Option.

Bessere Chancen könnte Netflix dagegen im oberen Segment des Marktes haben, denn in Nigeria ha-

Links: Nollywood-Filme werden vor allem auf DVD vertrieben – so wie in diesem Laden in Lagos.

CRISTINA ALDEHUELA/AFP/GETTY IMAGES

Unten: Große Bühne für Nigerias Filmindustrie: Der Regisseur Kunle Afolayan und die Schauspielerin Genevieve Nnaji diskutieren beim Filmfestival in Toronto im Jahr 2016 über die Zukunft der Branche.

TARA ZIEMBA/GETTY IMAGES



ben wie überall in Afrika reichere Menschen eher Zugang zu einer verlässlichen Stromversorgung und zum Internet. Das könnte der Grund dafür sein, dass der südafrikanische Telekommunikationsriese MultiChoice, der über seine Africa-Magic-Kanäle einen Großteil des Nollywood-Vertriebs in Afrika kontrolliert, auf das gesteigerte Interesse von Netflix an afrikanischen Märkten ziemlich nervös reagiert hat. In Südafrika beispielsweise setzt MultiChoice sich dafür ein, dass Netflix strengeren Vorschriften unterworfen wird. Andere Medienunternehmen, die in dem Land tätig sind, müssen benachteiligte Gruppen fördern und bei der Einstellung von Personal Richtlinien befolgen, nach denen schwarze Bewerber bevorzugt werden sollen.

Am Ende könnte es zwei Nollywoods geben: Billigfilme für die Armen und höherwertige Streifen für die Bessergestellten.

Doch Netflix und MultiChoice sind nicht die einzigen Telekommunikations-Supermächte in Afrika. Auch Frankreichs Canal Plus und der chinesische Kanal StarTimes haben im Laufe der letzten Jahre in Nollywood investiert. Der Konkurrenzkampf zwischen all diesen Unternehmen wird sich für Zuschauerinnen und Zuschauer in Nigeria und auf dem ganzen Kontinent vermutlich günstig auswirken: Die Folge könnten niedrigere Abonnementgebühren fürs Streamen und für TV-Inhalte sein.

Wahrscheinlich wird es auch weitere Investitionen in Inhalte und in die Infrastruktur geben. Und es könnte sein, dass Nollywood-Filme in Afrika und weltweit stärker verbreitet werden. Allerdings bleibt abzuwarten, welchen Nutzen diese Entwicklungen für die Produzenten haben werden. Bislang haben ausländische Investitionen in Nollywood meistens dazu geführt, dass noch mehr vom Selben produziert wurde. Die Arbeitsbedingungen für Filmteams und Schauspieler – in der Regel niedrige Budgets, oft gerade mal 5000 bis 10.000 US-Dollar, und kurze Drehzeiten (eine Woche für einen Spielfilm) – haben sich nicht geändert.

Tatsächlich scheinen Großinvestoren hauptsächlich an Nollywoods Popularität bei afrikanischen Zuschauern interessiert zu sein. Nigerianische Filme einem internationalen Publikum schmackhafter zu machen, steht dagegen nicht auf ihrer Agenda. Das bedeutet, dass sie in den meisten Fällen nicht bereit sind, viel Geld in Produktionsbudgets zu stecken. Stattdessen investieren sie in bessere Vertriebsnetze, um aus der nigerianischen Filmindustrie so viel Profit wie möglich zu schlagen. Und die meisten afrikanischen Zuschauer sind mit Nollywood, so wie es ist, im Grunde ganz zufrieden – auch wenn sie sich immer wieder über die niedrige Qualität und die Wiederholung von Filminhalten und ästhetischen Mitteln beschweren.



Alessandro Jedlowski
ist Medienanthropologe an der
Freien Universität Brüssel.
Er forscht zur Film- und
Fernsehproduktion in Nigeria,
Äthiopien und der Elfenbeinküste
und hat dazu mehrere Bücher
verfasst.

Dennoch sind in Nollywood in den vergangenen Jahren einige größere Produktionen mit höherem Qualitätsanspruch entstanden. Allerdings waren sie nicht etwa das Ergebnis von Investitionen ausländischer Firmen wie Netflix, Canal Plus oder MultiChoice. Nigerianische Produzenten selbst sind am meisten auf eine bessere Qualität ihrer Filme bedacht. Sie möchten ihrem Publikum anspruchsvollere Inhalte bieten und internationale Leinwände erreichen.

Vor allem unabhängige Produzenten oder Investoren, die mit dem neuen Geschäftszweig der Multiplexe in Nigeria zu tun haben, haben in derartige Projekte investiert. Beim einheimischen Publikum sind die Namen unabhängiger Produzenten und Regisseure wie Kunle Afolayan, Abba Makama, Ema Edosio oder Daniel Oriahi zu Synonymen für künstlerisch höherwertige Produktionen geworden. Einen ähnlich guten Ruf haben einheimische Medienunternehmen wie EbonyLife TV, FilmOne und BiolaAlabiMedia.

Die Filme, die diese Unternehmen und Regisseure produzieren, sind zwar beim heimischen Publikum oft sehr erfolgreich. Sie werden tendenziell aber nicht so weit verbreitet, weil ihre Rechteinhaber beim Vertrieb sehr vorsichtig sind: Gegenüber informellen lokalen Vertriebsnetzen bevorzugen sie Kinonetze und Streamingplattformen. Immerhin haben sie beträchtliche Summen in ihre Produktionen gesteckt.

Das macht diese Filme bei Eliten und einem internationalen Publikum bekannter als beim herkömmlichen einheimischen Publikum, das einmal die Stammkundschaft der Branche gebildet hat. Einkommensschwache Zuschauerinnen und Zuschauer wären vermutlich begeistert von diesen hochwertigen Produktionen, haben aber oft nur schwer Zugang zu ihnen und schauen deshalb weiterhin inhaltlich weniger anspruchsvolle Filme, die sie sich leisten können.

Die Schlüsselfrage lautet daher: Werden die Leute, die Geld und Mühe in die Produktion qualitativ höherwertiger Filme stecken, von Netflix profitieren, so dass sie auch in Zukunft in künstlerisch wertvolle Inhalte investieren? Oder werden am Ende Netflix und andere internationale Firmen Nollywood übernehmen, um möglichst viel Geld damit zu machen, ohne die Industrie künstlerisch voranzubringen?

Höchstwahrscheinlich wird sich die Filmindustrie weiter aufspalten, so wie sie es bisher immer getan hat. In Zukunft wird es mindestens zwei Nollywoods geben: das eine fürs Massenpublikum, das wie bisher die Billigproduktionen auf DVD oder lokalen TV-Sendern anschaut, und das andere für die reicheren Kunden, die Internet haben oder ins Kino gehen. Sie werden imstande sein, die teureren Produktionen anzuschauen, die dann hoffentlich von nigerianischen Produzenten gemeinsam mit internationalen Streamingdiensten wie Netflix produziert werden.

Aus dem Englischen von **Juliane Gräbener-Müller**.



Bedrohter Alltag: Im Dorf Nueva Esperanza beschlagen Holzfäller ein Pferd.

Friedensdörfer unter Druck

Von Knut Henkel (Text und Fotos)

In humanitären Zonen im Norden von Kolumbien wollen Dorfgemeinschaften in Sicherheit leben. Doch unter dem neuen Präsidenten sind die Paramilitärs wieder auf dem Vormarsch.

Javier Velásquez nimmt den Fuß vom Gas, lenkt den schweren Geländewagen an den Straßenrand und fragt Carolina Camacho, ob er das weiße Tuch über die Motorhaube spannen soll. Die Mitarbeiterin der Interkirchlichen Kommission für Gerechtigkeit und Frieden (CIJP) blickt kurz von ihrem Mobiltelefon auf und nickt. Der Wagen hat soeben den Ort Pavarandó passiert; von hier führt die einzige befestigte Straße in das Dorf Nueva Esperanza, eine von drei humanitären Zonen im Verwaltungsbezirk Chocó im Norden Kolumbiens, nicht weit von der Grenze zu Panama.

„Hier sind in den letzten Monaten wieder verstärkt Paramilitärs aufgetaucht“, sagt Camacho, „nicht nur, weil die Region strategisch wichtig ist, sondern auch weil die Paramilitärs und andere kriminelle Banden Waffen nach Kolumbien und Drogen nach Panama schmuggeln.“ Die Pädagogin mit dem hochgesteckten, schwarzen Haar ist im Juni 2018 als freiwillige Lehrerin in den Chocó gekommen, um mit den Kindern in den insgesamt drei humanitären Zo-

nen des Verwaltungsbezirks zu arbeiten. Heute koordiniert sie als Mitarbeiterin der CIJP ein Schulprojekt der drei Zonen mit insgesamt etwa 1500 Einwohnern.

Nueva Esperanza ist mit einem Stacheldrahtzaun und einem stabilen Holzgatter gesichert. Transparente machen darauf aufmerksam, dass Bewaffnete keinen Zutritt haben. Darüber weht an einem mehrere Meter hohen Bambusmast ein weißes Stück Stoff; links und rechts vom Tor prangt das Logo der Internationalen Friedensbrigaden (PBI). Die Menschenrechtsorganisation begleitet die Gemeinde gemeinsam mit anderen internationalen Organisationen und sorgt so für Schutz und internationale Aufmerksamkeit.

Das Modell der humanitären Zonen geht auf eine Initiative der Anwälte der Interkirchlichen Kommission aus dem Jahr 2001 zurück. Die Zonen sollen der Zivilbevölkerung Schutz in Konfliktgebieten bieten. Derzeit gibt es dreizehn solcher humanitären Zonen in Kolumbien; die meisten werden von der Interkirchlichen Kommission begleitet und beraten. Der



Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte hat die Zonen anerkannt, was für relative Sicherheit sorgt.

Ein Jugendlicher öffnet das Tor, nachdem er den silberfarbenen Geländewagen mit Javier Velásquez und Carolina Camacho identifiziert hat, und lässt ihn passieren. Ein einfachen Holzhäusern geht es die Schotterpiste hoch bis zur Schule des Ortes. Velásquez parkt den Wagen vor der offenen Versammlungshalle neben der Schule. Kurz darauf begrüßen Alberto Franco und Benjamín Sierra die Neuankömmlinge. Sierra ist der Vorsitzende des siebenköpfigen Gemeinderats der humanitären Zone, Franco ist Pfarrer und Leiter der Interkirchlichen Kommission.

„Die Situation ist brisant“, berichtet Franco. „Vor kurzem sind acht Paramilitärs hier aufgetaucht und haben nach zwei Dorfbewohnern gefragt.“ Erst als sie bemerkt hätten, dass PBI-Freiwillige im Dorf sind, hätten sie mit den Worten „die Gringo-Hurensöhne sind da, hauen wir ab“ wieder kehrtgemacht, sagt Sierra. Verbände der Autodefensas Gaitanistas de Colombia (AGC), eine der größten paramilitärischen Gruppen Kolumbiens, patrouillieren in der Umgebung des Dorfes.

Im Jahr 2006 wurde der Dachverband der Selbstverteidigungsgruppen Kolumbiens (AUC) demobilisiert, doch die Strukturen blieben weitgehend erhalten. Heute agieren paramilitärische Nachfolgeorganisationen in fast allen Landesteilen Kolumbiens, kontrollieren in vielen Fällen den Kokaanbau und den Drogenschmuggel, blockieren mit Waffengewalt die Rückgabe von Land an Kleinbauern und verfolgen Aktivisten sozialer Gruppen und Menschenrechtsorganisationen. Auch Padre Alberto Franco hat zahlreiche Morddrohungen erhalten und kann sich nur mit Leibwächtern im gepanzerten Wagen im Land bewegen. Trotzdem ist er gekommen, um die Gemeinde zu unterstützen.



Das weiß Benjamín Sierra zu schätzen. „Die internationale Begleitung sichert uns das Überleben. Ohne sie wären wir nicht mehr hier“, sagt Sierra. Seit dem Amtsantritt des neuen Präsidenten Iván Duque sei die Zahl der Paramilitärs in der Region gestiegen. Mindestens 400 hielten sich in der Region auf, glaubt der Gemeinderatsvorsitzende. Er vermutet, dass sie ihr Camp rund 20 Fahrminuten von Nueva Esperanza aufgeschlagen haben – quasi unter den Augen der kolumbianischen Armee.

Denn die kontrolliert die wichtigsten Zufahrtsstraßen in die Region, darunter auch die Straße nach Pavarandó. „Trotzdem können sich die Paramilitärs frei bewegen“, sagt Sierra. Das sei für die Dorfbewohner nicht nur ein Risiko, sondern auch ein Indiz für die Kooperation zwischen Armee und AGC. Auch der Mord an einem Jugendlichen aus der Gemeinde Mitte Februar macht misstrauisch. Aufgeklärt wurde der Mord bisher nicht, doch die Dorfbewohner verdächtigen die Paramilitärs.

Dass Paramilitärs und Armee Hand in Hand arbeiten, ist in der Region nichts Neues. Ende der 1990er Jahre vertrieben sie gemeinsam mehrere Tausend Kleinbauernfamilien, die an den Ufern der Flüsse Jiguamiandó, Curvaradó und Bayo Atrato lebten. Mindestens 4000 Menschen mussten damals ihre Dörfer verlassen – darunter ein Großteil der 75 Familien, die heute in Nueva Esperanza leben. Bei der als Operación Génesis bekannt gewordenen Aktion wurden viele Frauen und Männer ermordet, gefoltert und vergewaltigt.

Die Erinnerung daran prägt vor allem die Älteren. Einer von ihnen ist Erasmo Sierra, der Vater von Benjamín Sierra. Der 75-jährige hat sich mittlerweile auch in der Versammlungshalle eingefunden, um die Neuankömmlinge zu begrüßen. Sein Alter ist dem kräftigen Mann mit den indigenen Gesichtszügen nicht anzusehen. Er engagiert sich nach wie vor in ei-



Oben: In der Versammlungshalle beraten die Einwohner von Nueva Esperanza über Angelegenheiten ihres Dorfes.

Mitte: Padre Alberto Franco leitet die Interkirchliche Kommission für Gerechtigkeit und Frieden, die das Modell der humanitären Zonen entwickelt hat.

Rechts: Bildung wird großgeschrieben in Nueva Esperanza – zwei Mädchen machen Hausaufgaben.



ner der Kommissionen, die das Leben in den humanitären Zonen organisieren.

„Nach unserer gewaltsamen Vertreibung haben wir begriffen, dass wir nur eine Chance haben, wenn wir uns einig sind“, sagt er. „Deshalb haben wir eigene Strukturen aufgebaut.“

Für die Zonen gelten andere Regeln als im Rest des Landes. Solidarität und Einigkeit in der Dorfgemeinschaft werden großgeschrieben. Mehr als ein halbes Dutzend Kommissionen organisieren das alltägliche Leben. Sie kümmern sich um die Gesundheit, die Wasserversorgung, die Rechte von Jugendlichen und Frauen und die Bildung. Dabei koordinieren sie ihre Arbeit mit den benachbarten humanitären Zonen in Pueblo Nuevo und Villaflores. Gemeinsam haben die drei Gemeinden eine Schule gebaut, in der die Älteren ihr Abitur nachholen können.

Zu denen gehört auch Luz Dani Sierra, eine der Töchter von Erasmo Sierra. Der 25-Jährigen gefällt, dass die Situation und Geschichte der drei Dörfer im



Unterricht eine große Rolle spielen. Das Unterrichtskonzept wurde mit Hilfe der Interkirchlichen Kommission entwickelt und soll die Widerstandskultur in den Dörfern stärken. Denn deren Rechte werden nicht nur von den Paramilitärs ignoriert, sondern auch von nationalen und internationalen Konzernen. Die haben es sowohl auf die Edelhölzer abgesehen, die im tropischen Regenwald der unzugänglichen Region noch zu finden sind, als auch auf mutmaßliche Goldvorkommen. Zudem haben sie weit-

läufige Palmölplantagen angelegt – teilweise auf Land, das ihnen nicht gehört.

Von den Gemeinden ist diese Art Unterricht ausdrücklich erwünscht: „Wir wollen eine Bildung mit lokalem Bezug und die Inhalte selbst bestimmen“, sagt Benjamín Sierra. Der Ansatz wird auch aus Deutschland vom Kinderhilfswerk *terres des hommes* unterstützt, das mit der Interkirchlichen Kommission seit zwanzig Jahren zusammenarbeitet und sie finanziell unterstützt. Der Lehrplan färbt auch auf den Unterricht der staatlichen Schule in Nueva Esperanza ab, die gegenüber der Versammlungshalle liegt. Dort unterrichtet Heidi Paula Romaña Caballero. Für die Afrokolumbianerin von Anfang dreißig ist klar, dass sie mit dem Abschlussjahrgang die Geschichte der Vertreibung und Rückkehr nach Nueva Esperanza durchnehmen wird. „Das ist für die Identität der Schüler genauso wichtig wie die Geschichte des Bürgerkriegs und das Friedensabkommen mit der FARC“, sagt Romaña Caballero. Aus ihrer Sympathie für den Widerstandsgeist der Dorfbewohner macht sie keinen Hehl.

Anfang März 2019 flogen die Richter der Sonderjustiz für den Frieden (JEP) nach Cacarica, um ihre erste Anhörung in einer ländlichen Region abzuhalten. Die Sonderjustiz ist beauftragt, Verbrechen während des Bürgerkriegs juristisch aufzuarbeiten. Vertreter von Opfergruppen aus dem Chocó und der Region Urabá waren angereist, um zu Menschenrechtsverletzungen von Armee und Paramilitärs sowie der FARC- und der ELN-Guerilla in den Jahren 1986 bis 2016 auszusagen.

Auch Erasmo Sierra hatte die Reise in das eine Tagesreise entfernte Cacarica unternommen. Die Anhörung hat ihm Hoffnung gemacht, dass 22 Jahre nach der Vertreibung der Familien aus Nueva Esperanza gegen die dafür verantwortliche Armeebriade 17 und deren Befehlshaber ermittelt werden könnte. „Wir wollen erfahren, warum Armee und Paramilitärs so brutal gegen uns vorgegangen sind“, sagt er.

Allerdings weiß auch er, dass Kolumbiens Justiz nie ernsthaft gegen die Täter ermittelt hat. Und seit der Amtsübernahme von Präsident Duque zweifelt Sierra, dass sich das ändern wird. Die neue Regierung hat nicht nur den JEP-Richtern Steine in den Weg gelegt, sondern zeigt auch bei der Umsetzung des Friedensabkommens mit der FARC-Guerilla wenig Engagement. So ist die vereinbarte Reintegration der FARC-Guerilleros ins zivile Leben kaum vom Fleck gekommen, und auch die Kommission, die für mehr Sicherheit in Regionen wie dem Chocó sorgen und die Paramilitärs bekämpfen soll, hat sich seit der Vereidigung des neuen Präsidenten gerade einmal getroffen.

Nicht zuletzt deshalb haben die Paramilitärs ihren Aktionen landesweit ausgeweitet. Sie werden für das Gros der zunehmenden Morde an Aktivisten von Menschenrechtsorganisationen und sozialen Gruppen verantwortlich gemacht. Doch aufgeben kommt für die Familie Sierra und für die anderen 75 Familien von Nueva Esperanza nicht in Betracht. ■



Knut Henkel
ist freier Journalist in Hamburg und bereist mehrmals im Jahr Lateinamerika.

Burundi macht Helfern das Leben schwer

Geber lehnen die Forderung nach ethnischer Identifizierung von Mitarbeitern strikt ab

Im Herbst vergangenen Jahres hat die burundische Regierung die Arbeit sämtlicher ausländischer Hilfsorganisationen vorübergehend gestoppt und verlangt, diese sollten binnen dreier Monate die ethnische Herkunft ihrer burundischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter melden. Einige Organisationen haben darauf die Arbeit in dem zentralafrikanischen Land eingestellt, andere haben versucht, sich mit der Regierung zu arrangieren.

Die Regierung in Burundis Hauptstadt Bujumbura begründet ihre Vorgabe mit einer Regelung aus dem Friedensabkommen von Arusha aus dem Jahr 2000, das den burundischen Bürgerkrieg der 1990er Jahre beendet hat. Eine Regelung darin sieht vor, dass in der Regierung, dem Parlament und der öffentlichen Verwaltung die Posten im Verhältnis von 60 zu 40 zwischen den beiden ethnischen Gruppen der Hutu, die wie im benachbarten Ruanda die Bevölkerungsmehrheit stellen, und der Tutsi aufgeteilt werden. Im Oktober vergangenen Jahres forderte die Regierung die im Land tätigen ausländischen Hilfsorganisationen auf, die ethnische Zusammensetzung ihrer Mitarbeiterschaft zu melden und bis zum Jahr 2021 die Quote nach dem Arusha-Abkommen zu erfüllen.

Organisationen wie etwa das internationale Hilfswerk Handicap International haben ihre Arbeit in Burundi seitdem eingestellt. Andere haben Auswege gefunden und arbeiten weiter, ohne der Aufforderung der Regierung nachzukommen. Terre des hommes Schweiz etwa hat in Burundi ein Büro mit 50 lokalen Angestellten. Nach Bekanntwerden der Regierungsvorgabe wurde die Arbeit zunächst eingestellt, bis die Organisation eine Lösung fand. Das Büro stieß auf eine burundische Regelung, nach der Stiftungen anders behandelt werden als NGOs und von der eth-

nischen Quote ausgenommen sind. Da Terre des hommes eine Stiftung ist, kann die Organisation weiterarbeiten.

Deutsche Hilfsorganisationen fürchten, die Meldung der ethnischen Herkunft lokaler Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen könnte zum Anheizen eines ethnisch motivierten Konflikts missbraucht werden. Ein intensiver Austausch untereinander und mit der Bundesregierung hat nach Auskunft von NGO-Vertretern, die ungenannt bleiben wollen, Einvernehmen ergeben, dass eine Weitergabe personenbezogener Daten nicht mit dem Grundsatz von Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit zu vereinbaren sei.

Die Bundesregierung fördert in Burundi Projekte unter anderem von Oxfam, der Kindernothilfe, World Vision, der Deutschen Welthungerhilfe, Caritas International, der beiden Kirchen sowie des Zivilen Friedensdienstes. Zwar konnten sich alle Organisationen, die mit deutscher Förderung in Burundi ein Büro unterhalten, seit der Suspendierung wieder registrieren, wie das Entwicklungsministerium (BMZ) in Berlin mitteilt. Doch über die Umstände wird meist nur im Schutz der Anonymität berichtet. Niemand will die Arbeit vor Ort gefährden; es bleibt große Verunsicherung.

Einige Organisationen haben anonymisierte Daten eingereicht

„Wir sind nach wie vor beunruhigt“, sagt Ara Stielau, Bereichsleiterin für Auslandsprojekte von medica mondiale. „Es ist ein sehr intransparenter Prozess“, fügt die für Burundi zuständige Projektreferentin von Oxfam in Berlin hinzu. Einige Organisationen haben keine Daten eingereicht und stattdessen in einem Schreiben ihre Verpflichtung auf wesentliche Prinzipien von Gleichberechtigung, Versöhnung, sozialer Gerechtigkeit und Menschenrechten betont. Ande-



Ein christliches Krankenhaus in Burundis Hauptstadt Bujumbura. Ohne die Initiativen nichtstaatlicher Organisationen bekäme ein Großteil der armen Bevölkerung keine medizinische Versorgung.

SPENCER PLATT/GETTY IMAGES

re haben anonymisierte Daten ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingereicht. Niemand schließt aus, dass das burundische Innenministerium weitere Informationen verlangt.

Die Bundesregierung hat sich nach der Sperre nach eigenen Angaben eng im Geberkreis ausgetauscht und in Bujumbura vorgesprochen. Eine BMZ-Sprecherin erklärt, die Autonomie der Hilfsorganisationen sei von größter Bedeutung. „Die Einstellung von Personal soll sich nach Auffassung der Bundesregierung nach der Qualifikation richten, was auch bedeutet, dass wir die Weitergabe von Namenslisten mit ethnischen Angaben ablehnen.“ Diese Haltung habe man in Gesprächen mit der Regierung deutlich gemacht. „Nach Verhandlungen zwischen Regierung und internationalen Gebern über die Auslegung der Bestimmungen konnte sich ein Großteil der internationalen Organisationen – ohne die Weitergabe von Namenslisten

mit ethnischen Zugehörigkeiten – wieder registrieren“, erklärt die BMZ-Sprecherin. Darunter seien alle Kooperationspartner der deutschen Entwicklungszusammenarbeit.

Die EU-Kommission nennt die Forderung nicht akzeptabel

Die Schweizer Regierung hatte im Oktober 2018 zusammen mit der Europäischen Kommission sowie den Regierungen der USA, Kanadas und Japans in einer Pressemitteilung die burundische Regierung zum Dialog aufgefordert und auf die Bedeutung der Arbeit der Hilfsorganisationen hingewiesen. Die EU-Kommission lehnt wie das BMZ das burundische Vorgehen klar ab. „Die EU kann die Bereitstellung von Informationen über die ethnische Zugehörigkeit von Mitarbeitern nicht akzeptieren“, heißt es aus Kommissionskreisen. Organisationen, die der Forderung nachkommen, droht die Behörde mit „Konsequenzen“, ohne dies zu präzisieren. Viele in Burundi tätige inter-

nationale NGOs hängen zumindest teilweise von Geld aus Brüssel ab.

Mit Stand Anfang Januar förderte die EU-Kommission in Burundi rund 20 NGO-Projekte. Es gebe Verträge mit 16 Organisationen, wegen Konsortien würden aber mindestens rund 25 Organisationen gefördert, heißt es aus Brüssel. Das Gesamtvolumen der EU-

Förderung beträgt demnach knapp 44 Millionen Euro.

Die Motive der Regierung von Präsident Pierre Nkurunziza für die neue NGO-Vorgabe bleiben undurchsichtig. Schon früher hat sie versucht, sich in die Personalpolitik von ausländischen Organisationen einzumischen und auf ihre Fördergelder zuzugreifen. Äußerun-

gen des Präsidenten und von Regierungsvertretern weisen darauf hin, dass die Regierung am liebsten gar keine internationalen Organisationen im Land hätte. Ein Mitarbeiter der burundischen Botschaft in Brüssel sagte laut dem Online-Dienst Devex, die Arbeit der Hilfsorganisation bringe nichts für die Entwicklung des Landes.

Motivierend wirkt diese Gängelung jedenfalls nicht. Ein Mitarbeiter der in Genf ansässigen Hilfsorganisation FXB International sagt: „Unsere Kollegen in Burundi fühlen sich überhaupt nicht vom Staat unterstützt, obwohl es bei ihrer Arbeit darum geht, Probleme zu lösen, die der Staat nicht bewältigen kann oder will.“ (cst/ell/maz/ps)

STUDIE

Nothilfe und Entwicklungshilfe noch kaum verzahnt

In Somalia ist rund ein Drittel der Bevölkerung nach Angaben der Vereinten Nationen (UN) auf humanitäre Hilfe angewiesen. Somalia sei ein Land, in dem der „Krisenzustand zur Norm geworden ist“, schreiben die Autoren des Berichts, Alfonso Medinilla, Lidet Tadesse Shiferaw und Pauline Veron. Allerdings sei die politische Situation derzeit so stabil wie lange nicht mehr seit dem Zusammenbruch des Zentralstaats im Jahr 1991. Deshalb sei es an der Zeit, die humanitäre Hilfe enger mit der Entwicklungszusammenarbeit und mit Friedensinitiativen zu verknüpfen, um das Land zu stabilisieren und von der Hilfe unabhängig zu machen.

Dahinter steht der sogenannte Triple-Nexus-Ansatz. Die Idee: Humanitäre Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Friedensprojekte müssen miteinander verzahnt werden, weil das eine nicht ohne das andere funktioniert. In Krisensituationen schafft erst die Nothil-

fe die Voraussetzung für längerfristig angelegte Entwicklungsprojekte. Und umgekehrt helfen erfolgreiche Entwicklungsprojekte bei der Bewältigung von Krisen, etwa einer Dürre.

Die Autoren haben untersucht, wie dieser Ansatz in Somalia funktioniert. Dafür haben sie Dokumente und Strategiepapiere ausgewertet sowie insgesamt 25 Interviews mit Mitarbeitern von UN-Organisationen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und mit Vertretern von Gebern geführt. Beauftragt wurde die Studie von der Schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA).

Kooperation scheitert oft an eingeschliffenen Arbeitsweisen

Das Ergebnis ist ernüchternd. Oft scheitert eine engere Verzahnung an eingeschliffenen Gewohnheiten und Arbeitsweisen der Beteiligten: So plane eine humanitäre Hilfsorganisation eher kurzfristig; eine Entwicklungsorganisa-

tion habe einen vergleichsweise längeren Zeithorizont. Auch dass die Gelder jeweils getrennt in die verschiedenen Sektoren fließen, sei ein Problem. Manchmal verstehen die beteiligten Akteure unter einem Begriff zwei verschiedene Dinge. Beispiel Frieden: Während Geber vor allem den Aufbau funktionierender Sicherheitsbehörden fordern, arbeiten kleinere zivilgesellschaftliche Organisationen mit Gemeinden an der Lösung lokaler Konfliktherde, heißt es in der Studie.

Die meisten Organisationen sehen den Begriff „Resilienz“ als einen geeigneten Einstieg, um ihre Arbeit in Zukunft enger zusammenzuführen, schreiben die Autoren. Darunter lassen sich sowohl die kurzfristige Hilfe in Notsituationen als auch langfristige Entwicklungsprojekte fassen. Wie ein neuer begrifflicher Rahmen etwas an der von den Autoren beschriebenen Situation ändern soll, bleibt allerdings unklar.

Die Studie ist lesenswert, weil sie verdeutlicht, wie schwer sich abstrakte politische Konzepte und Wünsche in die Arbeit vor Ort übersetzen lassen. Sie bietet zudem einen Überblick über die entwicklungspolitische Szene in Somalia. (me)



Alfonso Medinilla u. a.

Think local. Governance, humanitarian aid, development and peacebuilding in Somalia

ECDPM Discussion Paper No. 246

März 2019, 33 Seiten, www.ecdpm.org

BERLIN

Notfalls per Gesetz

Die Bundesregierung ist uneinig über verbindliche Regeln für Lieferketten

Deutsche Unternehmen sollen die Arbeitsbedingungen bei Zulieferern im Ausland verbessern. Entwicklungsminister Müller droht mit einem Gesetz, Arbeitsminister Heil will abwarten – und hofft auf eine europäische Lösung.

Die Zivilgesellschaft applaudierte, als aus dem Bundesentwicklungsministerium (BMZ) Anfang Februar ein Gesetzentwurf für Sorgfaltspflichten von Unternehmen in globalen Lieferketten bekannt wurde. Aber die Aufbruchsstimmung

währte nur kurz. Keine zwei Wochen später stützte Arbeitsminister Hubertus Heil den Vorschlag seines Kollegen Gerd Müller als „wesentlichen Denkanstoß“ zurecht und stellte klar: Sein Ressort werde nun die Führung übernehmen.

Man werde in einem Jahr wieder darüber reden, erklärte Heil bei einem Auftritt mit Gastgeber Gerd Müller beim BMZ-Zukunftsforum Mitte Februar. Erst wenn die Umsetzung des Nationalen Aktionsplans für Wirtschaft und Men-

Brüssel und Berlin verweigern sich

Verbindliche Sorgfaltspflichten für Unternehmen, in ihren Geschäften die Menschenrechte und die Umwelt zu achten, gewinnen in der Bundesregierung an Unterstützung. So scheint es jedenfalls. Die Minister Gerd Müller (CSU) und Hubertus Heil (SPD) befürworten sie. Aber den Entwurf für ein UN-Abkommen, das Staaten auferlegen würde, entsprechende Gesetze zu erlassen, lässt die Koalition links liegen. Das federführende Auswärtige Amt wollte dem Vernehmen nach zumindest Position beziehen. Im Kabinett wurde daraus aber nichts.

Aus Sicht der Zivilgesellschaft wäre der Entwurf eine Basis für weitere Verhandlungen. Die Hilfswerke Brot für die Welt und Misereor, der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) und das Global Policy Forum kritisieren die Blockade. Armin Paasch von

Misereor verweist auf den Staudammbruch in der brasilianischen Stadt Brumadinho mit mehr als 300 Toten, der einmal mehr die mangelnde Sorgfalt durch transnationale Unternehmen verdeutlicht habe. Das deutsche Unternehmen TÜV Süd treffe hier womöglich eine Mitschuld.

Lia Polotzek vom BUND kritisiert, Deutschland und die Europäische Union lehnten es seit Beginn der Verhandlungen im UN-Menschenrechtsrat 2014 ab, sich daran inhaltlich zu beteiligen. Die Regierung dürfe aber den Multilateralismus nicht nur dann beschwören, wenn er den Interessen der Wirtschaft diene. Die EU hatte sich zuletzt von allen Verhandlungsergebnissen distanziert, Deutschland sich gar nicht geäußert. Daraus spricht für die Kritiker eklatantes Desinteresse. (maz)

schenrechte (NAP) in einem ersten Monitoring geprüft worden sei, werde über ein nationales Gesetz entschieden. „Dann sehen wir, wie wir in Europa vorankommen und was wir darüber hinaus noch tun können.“

Das Arbeitsministerium nimmt sich der Sache an, verortet sie aber zunächst bei der Europäischen Union. Dort will Heil gemeinsame menschenrechtliche Standards für nachhaltige Lieferketten und menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu einem Schwerpunkt machen, wenn Deutschland im zweiten Halbjahr 2020 den Ratsvorsitz der EU übernimmt. Mit Frankreich, den Niederlanden und anderen Partnern solle bis dahin eine Mehrheit geschmiedet werden: möglichst mit den Ländern Ost- und Südeuropas, notfalls als eine Koalition der Willigen.

„Die Fixierung auf ein nationales Gesetz bringt nicht den Erfolg, den wir brauchen“, erklärt der SPD-Minister. Auch Entwicklungsminister Gerd Müller betrachtet das als „vernünftig“, fügt aber hinzu, wenn Nachdruck nötig sei, werde man eine nationale Lösung suchen. Was das Arbeitsministerium in die EU-Debatte einbringen will, ist noch offen. Heil spricht von einer Regelung für innerbetriebliche Standards von großen europäischen so-

wie außereuropäischen, in der EU tätigen Firmen. In der Vergangenheit war Berlin in Brüssel bemüht, den Mittelstand von aufwendigen Dokumentationspflichten in Zusammenhang mit Unternehmensverantwortung zu verschonen. Heil hat angekündigt, in einem Gutachten „Risikobranchen“ zu identifizieren und mit ihnen in den Dialog treten zu wollen. Es gehe etwa darum, Rohstoffe zu akzeptablen Bedingungen zu fördern.

Der Entwurf aus dem BMZ sieht vor, alle rund 14.000 großen und in sogenannten Hochrisikosektoren auch alle mittelständischen Betriebe in die Pflicht zu

nehmen – dazu gehören Landwirtschaft, Bergbau, Nahrung, Textilien, Bekleidung, Lederwaren und Schuhe, Elektrogeräte und Energieversorgung. Die Unternehmen sollen laut Entwurf menschenrechtliche oder umweltbezogene Risiken in den Geschäftsbeziehungen analysieren und Maßnahmen für Prävention und Abhilfe ergreifen. Vorgesehen ist dort auch eine Beschwerdemöglichkeit und der Schutz von Hinweisgebern.

Nach Einschätzung von Rechtsexperten sind große Unternehmen und die meisten Mittelständler mit vergleichbaren Systemen für ihr Risikomanagement vertraut. Für

Überraschung hat gesorgt, dass der BMZ-Entwurf für Wertschöpfungsketten neben den Menschenrechten auch Umweltbelange einbezieht. Bislang seien beide Rechtsgebiete nur in dem französischen Sorgfaltsgesetz sowie in einer Schweizer Konzerninitiative zusammengeführt, so ein Fachanwalt. Im Umweltrecht seien Sorgfaltspflichten neu. Heil selbst legte in seiner Rede den Fokus auf Vereinigungsfreiheit, Sozialpartnerschaften sowie sozialstaatliche und arbeitsrechtliche Absicherung. Das Umweltbundesamt plant ein eigenes Gutachten in der Sache.

Der gemeinsame Auftritt der Minister war ein Signal an die Wirtschaft, dass eine gesetzliche Verankerung von Sorgfaltspflichten auch in Deutschland unvermeidbar sein wird. Das sieht auch der Nationale Aktionsplan vor; zumindest dann, wenn die freiwilligen Meldepflichten keine Wirkung zeigen. Ob das der Fall ist, wird in den Jahren 2018 bis 2020 in drei Stufen geprüft. Heil erwartet bereits 2019 erste aussagekräftige Daten zur Bewertung. „Vielleicht hilft diese Debatte, dass sich möglichst viele beteiligen“, mahnte er.

Cornelia Füllkrug-Weitzel, Präsidentin des evangelischen Hilfswerks Brot für die Welt, begrüßt, dass frühzeitig ein Anstoß erfolgt. Kritik übt sie am Ablauf des Verfahrens, erst europäisch zu sondieren und dann eventuell national zu handeln. Sie fordert, Deutschland solle mit hohen Ambitionen vorgehen. **Marina Zapf**

BERLIN

Ungewissheit für die Hilfe in Afghanistan

Die FDP fordert „echte Ausstiegsszenarien“

Die Diskussion um einen Abzug der US-amerikanischen Truppen vom Hindukusch verunsichert auch deutsche zivile Helfer. Die Opposition im Bundestag kritisiert, die deutsche Entwicklungspolitik sei nicht darauf vorbereitet, dass der Militäreinsatz beendet werden könnte.

Deutschland zahlt jährlich 430 Millionen Euro in die Entwicklungshilfe in Afghanistan und ist damit der zweitgrößte Geber in dem zentralasiatischen Land. Das Geld fließt

unter anderem in die kommunale Infrastruktur sowie die wirtschaftliche Entwicklung und gute Regierungsführung. Darüber hinaus beteiligen sich bis zu 1300 deutsche Soldaten im Rahmen der Nato-Mission Resolute Support an der Ausbildung und Unterstützung der afghanischen Armee und Polizei.

Etwa die Hälfte Afghanistans wird heute von radikal-islamischen Taliban kontrolliert. Wie die Bundesregierung einräumt, könnten heimische Sicherheitskräfte ohne die Nato kaum das für die Aufbauarbeit erforderliche Maß an Sicherheit gewährleisten. So heißt es in einer Antwort auf eine kleine Anfrage der FDP-Fraktion im Bundestag: Vor allem in Provinzhauptstädten wie Masar-e-Scharif trage die internationale Militärpräsenz dazu bei, dass afghanische Kräfte dem zivilen Aufbau und Entwicklungsprojekten „Zeit und Raum“ geben können.

Ein einseitiger Abzug der USA würde auch den Fortbestand des deutschen Bundeswehrkontingents in den nördlichen Provinzen infrage stellen; dort konzentrieren sich neben Kabul die meisten deutschen Projekte. Für deutsche Organisationen betreibt die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) ein Risikomanagementsystem (RMO), um so gut es geht weiterarbeiten zu können. Es liefert kontinuierlich Lagebewertungen, organisiert Transporte und gibt bekannt, welche Hotels, Supermärkte oder Gaststätten als sicher gelten.

Das örtliche Bundeswehrcamp dient als sichere Basis

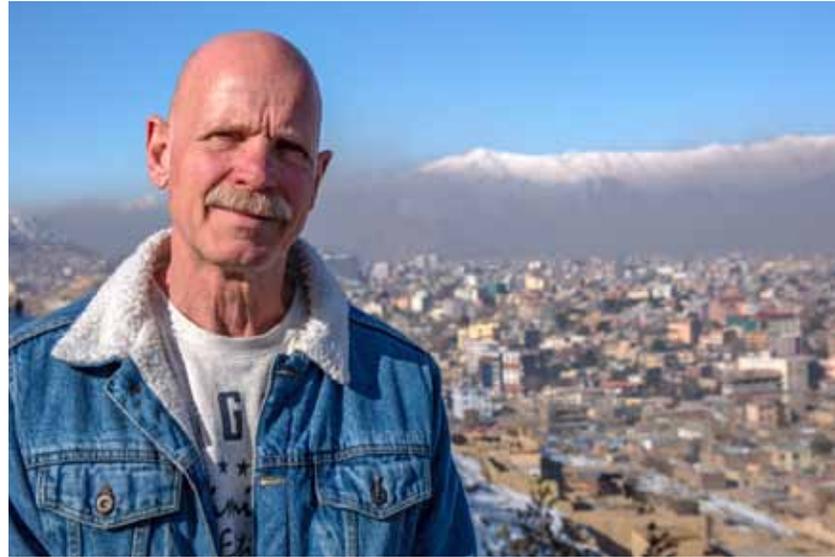
Die wenigen noch entsandten deutschen Mitarbeiter pendeln zwischen Kabul und dem von der Bundeswehr mitbetriebenen Flughafen Masar-e-Scharif. Der Flughafen sei ein „wichtiger Brückenkopf für die zivile logistische Unterstützung der Region“, so die Bundesregierung, „was auch der Entwicklungszusammenarbeit zugute kommt“. Zudem biete das örtliche Bundeswehrcamp eine sichere Ba-

sis und Unterkunft für Mitarbeiter der Durchführungsorganisationen.

Wegen der fragilen Sicherheitslage arbeiten sowohl die GIZ als auch die KfW-Entwicklungsbank zunehmend mit afghanischen Fachkräften und Beratern. Um Baufortschritte von Projekten zu bewerten, behelfen sie sich per „Fernüberwachung“ mit Fotos, Videos oder auch Satellitenbildern, führt die Bundesregierung weiter aus. Ergänzend kooperiere die GIZ mit Partnerorganisationen, die sich im Land bewegen und die Umsetzung von Projekten dokumentieren könnten.

Ein solcher Partner ist die Deutsche Welthungerhilfe. Die Hilfsorganisation setzt in Afghanistan mit vier internationalen und 200 einheimischen Mitarbeitern insgesamt 13 Vorhaben um, zum Beispiel in der Landwirtschaft oder der Arbeit mit Binnenflüchtlingen. Dafür erhält sie vom Bund jährlich fünf bis sieben Millionen Euro; Auftraggeber sind außerdem die UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation und das Welternährungsprogramm.

Die Sicherheit und die humanitäre Lage der Menschen verschlechtere sich, sagt Welthungerhilfe-Generalsekretär Mathias Mogge. „Die Regionen, in denen wir überhaupt tätig sein können, verkleinern sich.“ Die Arbeit müsse sich ständig anpassen, ergänzt Thomas ten Boer, Afghanistan-Landesdirektor der Welthungerhilfe. So müsse mitunter mit Dorfältesten verhandelt werden, um „Steuern“ an die Taliban zu umgehen oder erfolgreiche Projekte fortsetzen zu können. Das funktioniere weitgehend, weil Mitarbeiter über persönliche Kontakte in den Gemeinden verfügten – al-



Einer der wenigen ausländischen Helfer, die noch vor Ort sind: Thomas ten Boer, der Afghanistan-Landesdirektor der Deutschen Welthungerhilfe.

GLINSKI/WELTHUNGERHILFE

lerdings nur in Gebieten unter Regierungskontrolle. Die Diskussion um einen Truppenabzug bereitet ten Boer daher Sorge. „Im Oktober konnte sich niemand vorstellen, dass die USA an einen Abzug denken, im November wurde das plötzlich zum großen Thema.“ Jetzt wisse niemand, was morgen geschehe.

Auch Till Mansmann, FDP-Bundestagsabgeordneter und Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, sorgt sich um die Zukunft der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in Afghanistan. Im Bundestag schwinde die Unterstützung für den Bundeswehreininsatz über kurz oder lang. „Wir müssen uns mit Hochdruck darauf konzentrieren, wie es nach einem Abzug weiterginge“, sagt Mansmann. „Dafür müssen echte Ausstiegsszenari-

en auf den Tisch.“ Auch Uwe Kekeritz, entwicklungspolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion, kritisiert die „Lähmung in Auswärtigem Amt und Entwicklungsministerium“. Man halte am Status quo fest, obwohl sich die Lage vor Ort und global völlig verändere.

Außenminister Heiko Maas (SPD) hat im Bundestag dafür geworben, das Bundeswehrmandat zu verlängern. Gerade zu Beginn des von Washington mit den Taliban angestoßenen Friedensprozesses komme es darauf an, der afghanischen Regierung den Rücken zu stärken. Wolle man verhindern, „dass Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit unter die Räder kommen, dann ist die Fortsetzung unseres diplomatischen, zivilen und militärischen Engagements entscheidend“, so Maas. **Marina Zapf**

BRÜSSEL

Tauziehen um die Europäische Investitionsbank

Zur Debatte steht die entwicklungspolitische Rolle des Luxemburger Finanzinstituts

Ihr Schwerpunkt liegt in Europa, doch die Europäische Investitionsbank (EIB) fördert auch in Ländern des Südens Projekte. Möglich ist

das, weil die EU sie mit milliarden-schweren Garantien gegen Zahlungsausfälle versichert. Doch diese Garantien stehen jetzt infrage.

EIB-Präsident Werner Hoyer machte es im Januar einmal mehr klar: „Wir stehen bereit, mehr zu tun“, sagte der Deutsche mit Blick

auf die Aktivitäten der Bank außerhalb der EU. Dort betrug das Geschäftsvolumen 2018 gut acht Milliarden Euro. Das sind rund 12,5

Prozent des EIB-Gesamtvolumens, denn die Hauptaufgabe der 1958 gegründeten Bank liegt in der Förderung des EU-Binnenmarktes. Lediglich daneben kann die EIB gemäß Lissabon-Vertrag der Entwicklungspolitik dienen.

Anders als die EU-Kommission, die vor allem Zuschüsse vergibt, arbeitet die EIB dabei mit Darlehen für öffentliche sowie für private Stellen. So hilft die EIB etwa in Sri Lankas Hauptstadt Colombo mit einem Darlehen von 50 Millionen Euro bei der Verbesserung der Sanitärversorgung. In Marokko wurde ein 70-Millionen-Kredit für den Bau eines energieeffizienten Universitätscampus zugesagt.

Um die Bank gegen Ausfälle zu schützen – in den letzten Jahren hat etwa Syrien Darlehen nicht zurückbezahlt –, haben EU-Kommission, Europaparlament und Ministerrat zwei Sicherungsinstrumente eingerichtet, die aus Haushaltsmitteln gespeist werden. Diese Garantien erlaubten es der EIB überhaupt erst, außerhalb der EU zu arbeiten, heißt es aus gut informierten Kreisen.

Entsprechend überrascht war man in der Bank vergangenen Juni, als die EU-Kommission ihre Pläne für das auswärtige Handeln

der Union von 2021 bis 2027 vorstellte. Im Entwurf des Finanzinstruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit (NDICI) ist von den EIB-Garantien nämlich keine Rede mehr. Stattdessen würde eine neue „Garantie für Außenmaßnahmen“ von 60 Milliarden Euro eingeführt. Um daraus Deckung zu erhalten, müsste sich die EIB jeweils wie andere Finanzierungsinstitutionen bewerben. Der Europaabgeordnete Cristian Dan Preda (EVP-Fraktion, Rumänien) erklärt, diese offene Struktur der Garantie solle „zu gleichen Wettbewerbsbedingungen“ für Entwicklungsbanken führen.

Pro und Kontra eigene Garantien für die EIB

In den gut informierten Kreisen sieht man das genau umgekehrt. Gleiche Ausgangsbedingungen herrschten erst dann, wenn die EIB exklusive EU-Garantien erhalte. Denn nationale Entwicklungsbanken wie die niederländische FMO und die deutsche KfW profitierten bereits von nationalen Garantien. Das Hauptargument von Befürwortern eigener EIB-Garantien sind das Können und die Geschichte der Bank, die schon seit

über 50 Jahren verlässlich die Politik der EU in Afrika und anderswo in der Welt flankiere. Auch im Parlament wird das nicht übersehen. Preda hält zwar die offene Garantie generell für nötig. Zugleich würdigt er aber „die Erfahrung und den positiven Beitrag“ der EIB zur Entwicklungspolitik. Er hat sich deshalb dafür eingesetzt, einen Teil der offenen Garantie wiederum für die EIB zu reservieren.

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die die Anteilseigner der EIB sind, sind vom geplanten Radikalumbau offenbar ebenfalls nicht überzeugt. Sie fordern von Kommission und EIB, sich in bilateralen Verhandlungen zu einigen. Diese Gespräche dauern hinter verschlossenen Türen an. Die Kommission sagt dazu nur, es gehe darum, wie man im Außenbereich künftig „am besten zusammenarbeitet“. „Die Kommission erkennt die wichtige Rolle der EIB in diesem Bereich an und wiederholt ihr Ziel einer künftigen Partnerschaft“, erklärt eine Sprecherin. Aus den informierten Kreisen heißt es, es habe „einen gewaltigen Fortschritt“ gegeben, die EIB in die entwicklungspolitischen Aufgaben des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens einzubinden.

San Bilal vom European Centre for Develo­pment Policy Management (ECDPM) hingegen spricht mit Blick auf den NDICI-Entwurf von einer „unvertretbaren Ungewissheit“ für die Bank. Er hält es für möglich, dass die EIB in Zukunft weniger Aufgaben und Aufmerksamkeit für ihre Aktivitäten außerhalb der EU hat.

Doch selbst wenn der Status quo erhalten würde, entspräche das nicht Werner Hoyers Willen zu mehr Engagement. Der EIB-Präsident hatte bereits im November 2017 die Idee einer EIB-Tochter für Entwicklungsländer ins Spiel gebracht, die dann wegen der Brexit-Turbulenzen auf Eis gelegt wurde. Diese könnte mehr tun und damit die Sichtbarkeit und den Einfluss der EU in aller Welt erhöhen, sagen Befürworter dieser Idee. Sie könnte zudem der verbreiteten Kritik entgegenwirken, dass die EIB in Entwicklungsländern zu risikoscheu agiere. Laut dieser Kritik achten die EIB-Banker mehr auf die sichere Rückzahlung von Krediten als auf den entwicklungspolitischen Nutzen.

Die EIB will eine Tochter für Entwicklungsfinanzierung

Die Bank akzeptiert diese Kritik zum Teil – und erklärt die Risikoscheu mit der von den Mitgliedstaaten verantworteten Struktur des Geldinstituts. „Wenn wir mehr für die Entwicklung tun sollen, dann müssen wir die Bank für diesen Zweck fit machen“, heißt es. Mit anderen Worten: In einer Tochter für Entwicklungsfinanzierung könnten eigene Leitlinien für Entwicklungsländer gelten und im Verwaltungsrat die Entwicklungsressorts statt der Finanzministerien den Ton angeben.

Xavier Sol, Direktor des zivilgesellschaftlichen Bündnisses Counter Balance, überzeugen solche Überlegungen nur halb. Ihm zufolge ist nicht nur der Nutzen von EIB-Projekten zu klein, er beklagt auch Menschenrechtsverletzungen, die mit von der EIB kofinanzierten Projekten einhergingen. Eine ähnliche Kritik trifft auch andere öffentliche Entwicklungsbanken. Für Counter Balance geht es bei der künftigen EU-Finanzarchitektur deshalb um



Der Hauptsitz der Europäischen Investitionsbank in Luxemburg.

PICTURE ALLIANCE/
DPA

mehr Rechenschaftspflichten für Banken überhaupt, die von EU-Garantien profitieren.

Ein weiterer Punkt in der Diskussion um die EIB ist ihre Rolle bei der Risikobewertung von Projekten, für die auch andere Banken schon jetzt EU-Garantien erhalten können. Derzeit sitzt die EIB der da-

mit betrauten Technischen Gruppe zur Garantiebewertung (G-TAG) vor. Nach den bisherigen Plänen der EU-Kommission für 2021 bis 2027 würde eine ähnliche Gruppe die Risikobewertung für die 60-Milliarden-Garantie übernehmen, aber unter ihrem eigenen Vorsitz. Befürworter dieser Änderung argumen-

tieren, die EIB könnte gegenüber potenziellen Mitbewerbern in Interessenkonflikte geraten. Kritiker hingegen sagen, die Einschätzung der EIB beschränke sich auf Bankfragen, und am Ende entscheide ohnehin die Kommission.

Zudem wird die Expertise der Bank ins Feld geführt – und ein Zi-

tat von EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker, der die Arbeitsteilung der beiden EU-Institutionen einmal so auf den Punkt gebracht hat: „Die Kommission ist keine Bank. Die EIB ist keine Kommission. Deshalb müssen beide *mano in mano* zusammenarbeiten.“

Phillipp Saure

SCHWEIZ

Kein Geld mehr aus Brüssel

Böse Überraschung für Schweizer Hilfsorganisationen

Das war kein Geschenk: Kurz vor Weihnachten hat die Europäische Kommission zehn Schweizer Hilfsorganisationen informiert, dass sie ab Januar keine EU-Gelder mehr erhalten. Die Organisationen vermuten politische Beweggründe, die EU-Kommission weist das zurück.

Mit dieser Entscheidung aus Brüssel, die Anfang Februar bekannt wurde, verlieren die Schweizer Hilfsorganisationen (NGOs) jährlich rund 50 Millionen Euro für humanitäre Projekte. Die Organisationen wussten zwar, dass die EU eine Überprüfung eingeleitet hatte. Sie haben aber nicht mit einem derart kurzfristigen und drastischen Beschluss gerechnet. Es sei ein Schock gewesen, sagt Felix Gnehm, Direktor des Hilfswerks Solidar Suisse. „Uns fällt ein wichtiger Geldgeber weg, der auch für gute Qualität steht.“

Die EU begründet ihre Entscheidung damit, eine eingehende Prüfung habe ergeben, dass es keine rechtliche Grundlage für die Finanzierung von Organisationen aus Drittstaaten gebe. Schweizer NGOs zweifeln jedoch an dieser Auslegung. Gemäß ihren Quellen in Brüssel sei sich die EU-Verwaltung nicht einig gewesen. Die für humanitäre Hilfe zuständige Generaldirektion wolle weiter mit den Schweizer Organisationen arbeiten. Der juristische Dienst der Europäischen Kommission habe aber auf der Entscheidung beharrt.

Die Schweizer Hilfsorganisationen vermuten indes, dass der



Ein Bildungsprojekt der Caritas Schweiz für syrische Kinder im Libanon. Die Organisation wird es künftig schwerer haben, an Fördergelder der Europäischen Union zu kommen.

ALEXANDRA WEY/CARITAS SCHWEIZ

Beschluss mit dem Brexit zusammenhängt. Mark Herkenrath, Geschäftsleiter von Alliance Sud, sagte in einem Radiointerview, weil britische Hilfsorganisationen nach dem Brexit keinen Zugang mehr zu EU-Geldern haben sollen, wolle die EU ein Zeichen setzen, dass NGOs aus anderen Ländern außer-

halb der EU gleich behandelt werden. „Humanitäre Entwicklungsorganisationen der Schweiz, die gute Arbeit leisten, werden bestraft für politische Ränkespiele“, sagte Herkenrath. Aus Kreisen der Europäischen Kommission lässt sich diese Sichtweise jedoch nicht bestätigen. Die Entscheidung sei juris-

tisch begründet, nicht politisch, heißt es dort.

Den Schweizer NGOs bleibt die Option, sich als „Implementing Partner“, also als Durchführungspartner, auf Mandate zu bewerben, sagt Felix Gnehm von Solidar Suisse. Die Projektführung müsste jedoch eine Organisation

Zehn Schweizer Organisationen betroffen

Organisationen aus europäischen Staaten, die nicht zur EU gehören, konnten sich bisher bei der EU registrieren und akkreditieren lassen, um fünfjährige Partnerschaftsabkommen mit der EU zu schließen, sogenannte Framework Partnership Agreements (FPA). Das hat es den NGOs aus der Schweiz ermöglicht, sich auf von der EU finanzierte Projekte der humanitären Hilfe zu bewerben. Die laufenden FPAs waren kurz vor der Entscheidung aus Brüssel noch bis Ende 2020 verlängert worden; jetzt wurden sie vorzeitig Ende 2018 beendet.

Die zehn betroffenen Organisationen sind Caritas Schweiz, Schweizer Stiftung für Minenräumung, International Catholic Migration Commission, Geneva Call, der Lutherische Weltbund, Medair Schweiz, Ärzte ohne Grenzen Schweiz, Solidar Suisse, Terre des Hommes Schweiz und World Vision Schweiz. Bereits laufende Projekte sind von der Entscheidung nicht betroffen. Ausgenommen sind außerdem das Internationale Komitee des Roten Kreuzes und die Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften, beide mit Sitz in Genf. (cst)

aus einem EU-Land übernehmen; die Schweizer NGOs wären nicht mehr in der privilegierten Position, die sie in bisherigen Partnerschaften mit der EU hatten (siehe Kästen). Bereits vor der Entscheidung aus Brüssel hatte Solidar Suisse zusammen mit dem Welternährungsprogramm und PLAN Schweden ein Projekt zur Förderung eingereicht. Caritas Schweiz hatte ein Projekt

schon relativ weit entwickelt, als der Brief aus Brüssel eintraf. Für das Vorhaben kann die Organisation nun über einen Partner aus der EU Fördermittel dafür beantragen.

Im Rahmen der bisherigen Partnerschaft mit der Europäischen Union seit 2010 hat Solidar Suisse 3,7 Millionen Schweizer Franken für sieben Projekte bewilligt bekommen, etwa für den Wie-

deraufbau nach Katastrophen und Bürgerkriegen und für die Katastrophenvorsorge. Caritas Schweiz hat 2011 erstmals ein Rahmenabkommen mit der EU abgeschlossen. Für ein Ende 2018 abgeschlossenes Projekt zur Katastrophenvorsorge in Tadschikistan hat die Organisation 500.000 Euro erhalten, für ein laufendes Bildungsprojekt in Syrien 1,2 Millionen Euro.

Die Schweizer Botschaft in Brüssel ist im Kontakt mit der EU, das Auswärtige Departement betont aber, die beiden Vertragsparteien müssten in erster Linie selbst nach einer Lösung suchen. Die Finanzierungslücke der NGOs könne nicht von der Schweizer Regierung geschlossen werden.

Die Hilfsorganisationen erwarten vom Auswärtigen Departement hingegen, „dass man sich für uns bei der EU einsetzt“, sagt Caritas Kommunikationschef Stephan Gribi. Denn immerhin erhielten auch europäische NGOs Projektgelder aus der Schweiz. Laut dem Auswärtigen Departement haben Organisationen aus elf EU-Ländern in den vergangenen fünf Jahren jährlich rund 18 Millionen Schweizer Franken für humanitäre Hilfsprojekte erhalten. Die Schweizer Hilfsorganisationen müssten sich weiter auf das „Recht auf Gegenseitigkeit“ berufen können, sagt Gribi. Die Schweizer Entwicklungsagentur DEZA schreibe Projekte international aus. „Das ist ein Wettbewerb, der in beiden Richtungen funktionieren muss.“

Christina Stucky

SCHWEIZ — KURZ NOTIERT

Ein neuer Bericht der Stiftung Brot für alle zeigt, wie zwei Plantagenfirmen in Liberia über Jahre Hunderte von Kleinbauern von ihrem Land vertrieben haben. Die Plantagenfirmen Liberian Agricultural Company und Salala Rubber Corporation gehören der luxemburgischen Socfin-Gruppe. Der Verkauf der Kautschukernte läuft über das in der Schweiz registrierte Tochterunternehmen Sogescol. Das ist deshalb wichtig, weil laut der Konzernverantwortungsinitiative, über die das Schweizer Parlament dieses Jahr entscheiden wird, Schweizer Unternehmen für im Ausland begangene Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden, die ihnen zugerechnet werden können, haftbar gemacht werden sollen. Gemäß Brot für alle, eine der Mitinitiatoren der Gesetzesvorlage, seien in Liberia Menschenrechtsverletzungen in manchen Fällen vertuscht und internationale Standards missachtet

worden. Die Recherchen zeigten, dass freiwillige Standards nicht reichen, um die Rechte der Menschen vor Ort zu schützen. (cst)

Eine Volksabstimmung über die Konzernverantwortungsinitiative wird wahrscheinlicher: Der Ständerat hat am 12. März mit 22 zu 20 Stimmen einen Gegenentwurf abgelehnt. Die Initiative verlangt, dass Schweizer Unternehmen für im Ausland begangene Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden haften müssen. Der Nationalrat hatte den Gegenvorschlag mit einigen Abschwächungen im vergangenen Jahr angenommen. Der Ständerat beauftragte daraufhin eine Unterkommission, Änderungsvorschläge etwa für Regulierungs- und Haftungsbedingungen zu erarbeiten. Diese Vorschläge hat die kleine Kammer nun jedoch abgelehnt. Eine ständerätliche Mehrheit hält eine Regulierung laut

Schweizer Medien für unnötig und schädlich. Die Wirtschaft wäre gezwungen, sich aus Ländern zurückzuziehen, Unternehmen drohten „Schauprozesse“, um sie als Konkurrenten auszuschalten, sagten Ständeratsmitglieder. Die Angelegenheit geht nun zurück an den Nationalrat, der entweder an seinem Gegenvorschlag festhalten oder sich dem ablehnenden Votum des Ständerats anschließen kann. Dann käme die Initiative vors Schweizer Stimmvolk, allerdings frühestens im Februar 2020. (cst)

Eine Untersuchung im Auftrag von Greenpeace Schweiz macht die zwei Großbanken UBS und Credit Suisse (CS) für insgesamt 182,9 Millionen Tonnen Treibhausgasemissionen zwischen 2015 und 2017 verantwortlich. Die Banken haben im untersuchten Zeitraum 47 Unternehmen mit 12,3 Milliarden US-Dollar finanziert, die im Geschäft

mit fossilen Brennstoffen tätig sind, unter anderem Kohle, Öl aus der Tiefsee und Flüssiggas. Elf der Unternehmen, darunter BP und American Electric Power, sind laut der Studie im „klimaskeptischen Lobbying“ aktiv, um strengere Gesetze zum Klimaschutz zu verwässern oder zu verhindern. Allein im Jahr 2017 hätten die Firmen 93,9 Millionen Tonnen Treibhausgasemissionen verursacht – doppelt so viele wie die Schweiz im Inland in einem Jahr. Die CS erklärte, sie folge den Empfehlungen der Task Force on Climate-related Financial Disclosures (TCFD), um Klimarisiken bei ihren Geschäften stärker zu berücksichtigen. Sie entwickle außerdem Methoden, um das eigene Kreditportfolio mit dem Pariser Klimaabkommen in Einklang zu bringen. Die UBS beteuerte, sie sei sich ihrer Verantwortung bezüglich Klimawandel bewusst und folge den TCFD-Empfehlungen. (cst)

„Das ist einfach deppert“

Protest gegen die Abschiebung gut integrierter Asylbewerber

Seit die rechte FPÖ für die Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik zuständig ist, werden die Gesetze im Halbjahresrhythmus verschärft. Dagegen regt sich jetzt Widerstand – von Kirchen, Hilfswerken und von der Wirtschaft.

Vergangenen Sommer machte der Fall eines pakistanischen Asylbewerbers in Salzburg Schlagzeilen. Das Kloster St. Peter hatte dem 23-jährigen Ali Wajid angesichts einer drohenden Abschiebung Kirchenasyl gewährt. Der Flüchtling aus einem kleinen Dorf im Punjab war im Herbst 2015 mit der großen Flüchtlingswelle nach Salzburg gekommen und hatte 2017 eine Kellerlehre angetreten. Gegen einen ablehnenden Asylbescheid legte er Revision ein.

Ende Januar dieses Jahres wurde er bei einer Routinemeldung von der Polizei festgenommen. Er konnte der Abschiebung in sein Heimatland nur entgehen, indem er freiwillig nach Kenia ausreiste, wo ihn der Benediktinerorden vorübergehend in einem Kloster beherbergte.

Jetzt arbeite er in einem Straßenkinderprojekt und lebe in einem Studentenwohnheim, sagt Dechant Alois Dürlinger, der seinen Schützling nach Nairobi begleitet hat. Von dort versucht Ali Wajid, über ein Arbeits- oder Studentenvisum legal nach Österreich zurückzukehren. In Pakistan fürchtet er als Angehöriger einer Minderheit Verfolgung. Seit er in einem Kloster Zuflucht gesucht hat, steht er außerdem bei Landsleuten im Verdacht, zum Christentum konvertiert zu sein. Darauf steht in Pakistan die Todesstrafe.

Österreichs Asylrecht produziert solche Härtefälle in Serie. Seit mit Innenminister Herbert Kickl ein Vertreter der rechten FPÖ für Fremden- und Asylwesen zuständig ist, werden die im Halbjahresrhythmus verschärften Gesetze rigoros exekutiert. Jüngster Vorstoß: die



Auch die Wirtschaft protestiert: Gerhard Drexel (Vorstandsvorsitzender Spar), Landesrat Rudi Anschober und Johannes Zimmerl (Direktor Konzernpersonalwesen REWE) im Februar bei ihrer Pressekonferenz „Ausbildung statt Abschiebung“.

HELMUT GRAF / PICTURE ALLIANCE

Möglichkeit, über gefährliche Asylbewerber ohne richterlichen Beschluss, also auf Verdacht, Präventivhaft zu verhängen.

Offener Brief der Erzdiözese Salzburg an die Regierung

Fälle wie der des jungen Pakistani, der laut Dürlinger bereits sehr gut Deutsch spricht und sich bestens integriert hatte, veranlassten den Pastoralrat der Erzdiözese Salzburg Ende November letzten Jahres, einen offenen Brief an die österreichische Bundesregierung zu schicken.

Unter dem Titel „Wertschätzung statt Ignoranz“ klagten die Unterzeichner, dass die Behörden mit ihrer Vorgehensweise den zivilgesellschaftlichen Einsatz vieler freiwilliger Helferinnen und Helfer zu nichtemachten. „Das ist nicht nur wirtschaftlich unsinnig, sondern trifft österreichweit Tausende Menschen, die aus Überzeugung dem Staat geholfen haben, die Flüchtlingskrise zu bewältigen und die notwendige Integration der Flüchtlinge zu bewerkstelligen“, heißt es in dem Schreiben. Allein für die Ca-

ritas hätten sich 2015 rund 50.000 Freiwillige für die Bewältigung der Flüchtlingswelle engagiert, etwa mit Deutschkursen oder der Begleitung bei Behördengängen.

Der Pastoralrat der Erzdiözese Salzburg appelliert daher an die Bundesregierung, „den guten Willen und das Engagement so vieler Menschen nicht weiter zu ignorieren und durch zweifelhafte Entscheidungen zu desavouieren“. Es wäre höchste Zeit, „Vertreter der Zivilgesellschaft in die Entscheidungen einzubinden oder zumindest anzuhören“.

Tatsächlich lud ein Regierungssprecher Vertreterinnen des Salzburger Erzbistums, des Österreichischen Frauenordens und anderer Einrichtungen zu einem Treffen Ende Februar in Wien ein. Die Anliegen der Flüchtlingshelfer würden an Bundeskanzler Sebastian Kurz herangetragen, hieß es im Anschluss; weitere Gespräche seien vereinbart. Zumindest kurzfristig hat aber beim Kanzler kein Umdenken eingesetzt. Deswegen traten kurz nach dem Treffen drei prominente Unternehmer zu-

sammen mit dem grünen Landesrat in Oberösterreich, Rudi Anschober, vor die Presse, um ein Bleiberecht für Lehrlinge einzufordern. Rund tausend Flüchtlinge absolvierten derzeit eine Lehre in Österreich, sagte Anschober, Gründer der Initiative „Ausbilden statt Abschieben“. Davon seien 700 akut von der Abschiebung bedroht. Gerhard Drexel, Vorstandsvorsitzender der Supermarktkette SPAR, findet das „unmenschlich, unwirtschaftlich und deswegen unverständlich“.

Rein wirtschaftlich argumentierte der Personalchef der REWE-Gruppe, Johannes Zimmerl. Mit jedem abgeschobenen Lehrling verliere der Staat durch entgangene Steuern geschätzt über 100.000 Euro: Soviel würden sie im Laufe der Jahre zum Fiskus beitragen, wenn sie nach der Lehre arbeiten dürften. Der Baumagnat Hans Peter Haselsteiner, der sich schon lange für Flüchtlinge einsetzt, zog einen drastischen Vergleich: „Das ist so, als würden Sie in ihrem Garten eine Ölquelle entdecken und dann schütten Sie sie zu. Das ist einfach deppert.“

Ralf Leonhard

KIRCHE UND ÖKUMENE

Umstrittener Friedensvertrag

Zentralafrikanische Bischöfe kritisieren das Abkommen mit den Rebellen

Seit über sechs Jahren herrscht in der Zentralafrikanischen Republik (ZAR) ein blutiger Bürgerkrieg. Jetzt haben Regierung und Milizenführer das achte Friedensabkommen seit Ausbruch des Konflikts unterzeichnet. Die Afrikanische Union (AU) spricht von Frieden und Versöhnung – doch die katholische Kirche ist skeptisch.

Zehn Tage lang hatten Regierungsvertreter und die Führer von 14 Milizen unter Leitung der AU in der sudanesischen Hauptstadt Khartoum zusammengesessen, bis Anfang Februar endlich das achte Friedensabkommen in sechs Jahren unterzeichnet werden konnte. Im Unterschied zu früheren Abkommen wurde dieses Mal beschlossen, die Milizen in die Regierung einzubinden. Der Kommissar für Frieden und Sicherheit bei der AU, Smail Chergui, sprach von einem großen Tag für die ZAR und das gesamte Volk des Landes. Und Firmin Ngrebada, Leiter der Regierungsdelegation, betonte, das Abkommen ermögliche dem Volk der ZAR, „den Weg der Versöhnung, Eintracht und Entwicklung einzuschlagen“.

Die katholische Kirche ist deutlich skeptischer. „Wir sehen leider wenig Anlass, darauf zu vertrauen, dass dieses Abkommen der Bevölkerung endlich Frieden bringt“, sagte der Generalsekretär der zentralafrikanischen Bischofskonferenz Joseph Tanga-Koti. Das sei „unwahrscheinlich“, insbesondere wenn es um Fragen der Wahrheit und der Gerechtigkeit gehe. Tanga-Koti appellierte an die internationale Gemeinschaft, die legitime Armee der ZAR zu stärken.

Wiederholt hatte die katholische Kirche in der Vergangenheit darauf hingewiesen, dass der Krieg kein rein zentralafrikanischer Konflikt zwischen ethnischen oder religiösen Gruppen sei, sondern dass für die Milizen auch Söldner aus dem Sudan, Tschad, Niger, Kamerun und Uganda kämpften. Auch

gehe es bei den Auseinandersetzungen nicht um Religion, sondern um die Kontrolle von Weidegebieten und von Rohstoffen wie Gold, Diamanten, Quecksilber und Uran. Ein Viertel der knapp fünf Millionen Einwohner musste wegen der gewaltsamen Auseinandersetzungen fliehen, entweder in andere Gebiete oder in Nachbarländer.

Besonders deutliche Worte fand Juan-José Aguirre Muñoz, der Bischof von Bangassou im Süden des Landes. Die Bevölkerung der ZAR habe nichts von dem Abkommen; es begünstige nur die Rebellen, die alle radikalisiert oder kriminell seien und ihre Waffen aus den

arabischen Ländern hätten. Bemerkenswert findet Muñoz, dass die Verhandlungen in Khartoum und nicht in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba stattgefunden haben, dem Sitz der AU. Der Bischof vermutet, das hänge damit zusammen, dass einige Rebellenführer vom Internationalen Strafgerichtshof gesucht werden. In Äthiopien hätten sie verhaftet werden können, der Sudan dagegen hat den Gerichtshof nicht anerkannt. „Die Rebellen erheben Anspruch auf das Amt des Premierministers mit dem Ziel, das Land in zwei Teile zu spalten“, sagte Muñoz. „Die arme Bevölkerung zahlt dafür den Preis.“

Wie brüchig das Abkommen ist, zeigte sich bereits vier Wochen nach der Unterzeichnung. Bei der Neubildung der Regierung Anfang März waren nur unwichtige Ressorts an Rebellenvertreter vergeben worden. Sechs der 14 Gruppen waren bei der Postenvergabe ganz leer ausgegangen. Daraufhin hat die Volksfront der Zentralafrikanischen Renaissance (FPRC) ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Regierung aufgekündigt. Und die Demokratische Zentralafrikanische Volksfront (FDPC) beschuldigt die Regierung, sie habe das Friedensabkommen gebrochen.

Katja Dorothea Buck

KIRCHE UND ÖKUMENE

„Dialog der Religionen statt Parteipolitik“

Gespräch mit dem Generalsekretär der Christian Conference of Asia

Religion wird in vielen asiatischen Ländern zunehmend politisch instrumentalisiert. Welche Ursachen das hat und was Glaubensgemeinschaften selbst dagegen tun können, erklärt der Generalsekretär der Christian Conference of Asia (CCA), Mathews George Chunakara.

In welchen Ländern in Asien wird Religion besonders stark politisiert?

Religiöser Extremismus und religiöse Intoleranz nehmen in Pakistan, Indonesien, Indien, Thailand, Malaysia, Bangladesch, Sri Lanka, Myanmar und in Nepal zu. In all diesen Ländern gehört die Mehrheit der Bevölkerung entweder dem Islam, dem Hinduismus oder dem Theravada-Buddhismus an. Das Christentum ist in all diesen Ländern in der Minderheit.

Sind manche Religionen anfälliger für Instrumentalisierung als andere?

Die Frage nach Minderheit oder Mehrheit ist wichtiger als die nach der Religion an sich. Wer einer Mehrheitsreligion angehört, kann Wählerschaften im Namen dieser Religion für politische Zwecke mobilisieren. Selbst in Ländern, in denen eine starke Tradition religiöser Toleranz und Freundlichkeit gegenüber Minderheiten besteht, beobachten wir momentan, dass die religiöse Toleranz abnimmt, so beispielsweise in Bangladesch, Indonesien oder Indien.

Wie hat sich diese Toleranz früher manifestiert?

Im mehrheitlich islamischen Bangladesch etwa hatten die meisten Menschen eine liberale religiöse Grundhaltung und eine säkulare Weltanschauung. In den 1970er Jahren hat der bengalische Nationalismus die Menschen im Befreiungskrieg gegen Pakistan geeint. Es spielte keine Rolle, ob jemand aus der muslimischen Mehrheit oder aus den kleinen hinduistischen, buddhistischen oder christlichen Minderheiten stammte. Heute ändert sich der religiöse Kontext. Die Minderheiten in Bangladesch schrumpfen.

Wie konnte es dazu kommen?

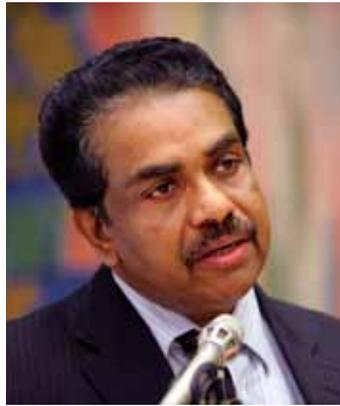
Fundamentalistische islamische Gruppen sind überall im Land aktiv und haben begonnen, vor allem die Jugend systematisch zu indoktrinieren. Sie verbreiten schon unter den Kindern Ideen des politischen Islam, insbesondere in

den an Moscheen angeschlossen Schulen. Diese Madrassas sind Teil des Grundschulsystems und werden von der Regierung in Bangladesch und von der Regierung in Pakistan anerkannt. Sie werden finanziell von einigen Gruppen im Nahen Osten, insbesondere in Saudi-Arabien, unterstützt.

Tragen Religionen einer Minderheit weniger zur Polarisierung bei?

Der politische Islam nimmt auch in Indien zu, wo Muslime in der Minderheit sind. Das kommt daher, dass islamistische Gruppen generell die arme muslimische Bevölkerung in rückständigen Gebieten finanziell unterstützen, sei es in Bangladesch, Indonesien, Pakistan oder eben in Indien.

Mit ihrer Propaganda sind sie sehr erfolgreich. Auf der anderen Seite werden Muslime in Indien regelmäßig von Hindu-Nationalisten verfolgt. Gewöhnliche Hindus sind gegen jeden, der Kühe schlachtet und Rindfleisch isst. Und das macht sich die rechtsgerichtete politische



Mathews George Chunakara ist Generalsekretär der Christian Conference of Asia (CCA)

Partei, die im Namen des hinduistischen Nationalismus in Indien tätig ist, zunutze. Die meisten Metzger in Indien sind Muslime, und die meisten ihrer Kunden sind Muslime oder Christen.

Was können Glaubensgemeinschaften und Kirchen gegen die In-

strumentalisierung von Religion tun?

Sie können Menschen zusammenbringen und eine aufgebrachte Menge beruhigen und davon überzeugen, nicht aufeinander loszugehen. In Indonesien zum Beispiel, als Kirchen und Christen angegriffen wurden, bat die größte islamische Organisation Nahatul Ulama die Muslime, sich zum Schutz der Christen und ihrer Kirchen zu melden. Aber nicht in allen Ländern finden die moderaten Stimmen Gehör. In Pakistan sind die Armee und die Mullahs eng miteinander verflochten und nutzen gemeinsam die Religion für politische Zwecke. Unabhängig davon, ob es sich um eine gewählte Regierung oder ein Militärregime handelt – wenn das herrschende Regime seine Existenz auf der Religion aufbaut, werden die Stimmen der progressiven und toleranten Gruppen nicht gehört. Wir brauchen in Asien mehr interreligiöse Initiativen für Frieden und Harmonie auf allen Ebenen.

Was tut die Christian Conference für den interreligiösen Dialog?

1968 organisierte die CCA ihre erste interreligiöse Konferenz. Seitdem sind wir Partner vieler asiatischer interreligiöser Initiativen zur Friedenskonsolidierung geworden, so zum Beispiel während des Indochina-Krieges, im Kampf gegen autoritäre Diktaturen oder Militäregimes in Südkorea und Taiwan oder in Friedens- und Versöhnungsinitiativen während des Bürgerkriegs in Sri Lanka. Ein aktuelles Beispiel ist das CCA-Programm zur Förderung junger Friedensbotschafter: Jedes Jahr erhalten 25 junge Menschen aus allen Religionen die Möglichkeit, sich über Konfliktlösung zu informieren und Friedensbotschafter zu werden. Für November 2019 lädt die CCA hundert Führer aus allen Religionen in Asien zu einem interreligiösen Gipfel in Sri Lanka ein. Wir werden diskutieren, wie wir Menschen dazu bewegen können, religiöse Konflikte zu überwinden.

Das Gespräch führte
Katja Dorothea Buck.

KIRCHE UND ÖKUMENE

„Deutschland sollte mehr für den Wiederaufbau tun“

Der Beauftragte der Bundesregierung für Religionsfreiheit berichtet von seiner Reise in den Irak

Sechs Tage hat Markus Grübel im März den Irak bereist. Unter den irakischen Jesiden herrsche großes Misstrauen gegenüber den sunnitischen Muslimen, berichtet der CDU-Politiker, der seit einem Jahr Beauftragter der Bundesregierung für Religionsfreiheit ist. Er meint, ein internationaler Gerichtshof könnte bei der Versöhnung helfen.

„Die Menschen müssen wieder lernen, nicht gegeneinander oder nebeneinander, sondern miteinander zu leben“, sagt Grübel. Als Religionsfreiheitsbeauftragter war er bereits zum zweiten Mal im Irak. Zwar würden in allen Programmen des Entwicklungsministeriums und der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit die Beteiligten zum Dialog miteinander ermutigt. Aber das allein reiche nicht.

Für dringend nötig hält er die Schaffung eines internationalen Gerichtshofs für den Irak. „Ohne Gerechtigkeit kann es keine Aussöhnung geben“, sagt Grübel. Deutschland müsse sich in dieser Frage stärker engagieren. „Wenn es keine Gerichte gibt, die Recht sprechen, besteht die Gefahr, dass die Menschen selbst zur Waffe greifen, um sich Gerechtigkeit zu verschaffen.“ In Jugoslawien und Ruanda habe man gesehen, wie wichtig ein internationaler Gerichtshof für die Versöhnung sei.

Auch die Rückkehr von Geflüchteten und Vertriebenen stellt den Irak vor große Schwierigkeiten und Aufgaben. Mit einigen Jesidinnen und Jesiden, die in die Provinz Sindschar zurückgekehrt seien, habe er gesprochen. Nicht alle seien sich sicher, dass sie auf Dauer in



Als Beauftragter für Religionsfreiheit zum zweiten Mal im Irak: Markus Grübel im Gespräch mit Gemeindevertretern der Stadt Zumar, in der sunnitische Kurden und Araber leben.

MARKUS GRÜBEL

der Heimat bleiben würden. „Das Misstrauen gegenüber den sunnitischen Muslimen in den Nachbardörfern ist groß“, sagt Grübel. So dürften auf dem Markt in der Stadt Sindschar nicht alle Händler aus mehrheitlich sunnitischen Dörfern ihre Waren anbieten; aus Angst vor zu vielen Sunniten in der Stadt sei nur ein Vertreter zugelassen.

Grübel hat in den sechs Tagen mit mehr als 30 Vertretern verschiedener Religionsgemeinschaften gesprochen. Alle wünschten sich eine einheitliche staatliche Sicherheitsstruktur. Die Menschen aus dem Süd-Sindschar und der Nive-Ebene, wo der Islamische Staat

(IS) besonders brutal gewütet hatte, sähen allerdings weniger im IS eine Gefahr als vielmehr in den vielen kleinen Milizen und bewaffneten Gruppen, die an Checkpoints die Leute zum Teil sehr willkürlich kontrollierten.

Am meisten würden die Menschen sich wünschen, dass ein europäisches Land oder die Europäische Union (EU) sich um Sicherheit in der Region kümmert. „Im Gegensatz zu den USA und den Vereinten Nationen haben Europa und Deutschland einen sehr guten Ruf“, sagt Grübel. Er bezweifelt allerdings, dass der Wunsch nach Schutztruppen aus einem EU-Land

Wirklichkeit werden könnte. Zum einen, weil wohl kaum ein Land dazu bereit wäre, zum anderen weil die Regierung in Bagdad das nicht zulassen würde, sagt Grübel. „Die Iraker gehen davon aus, dass sie das Sicherheitsproblem selbst in den Griff bekommen.“

Umso wichtiger sei, dass Deutschland sich in anderer Weise in der Region engagiere, etwa bei der Minenräumung oder bei der Ausbildung der irakischen Sicherheitskräfte, fordert Grübel. Deutschland sollte zudem mehr Hilfe beim Wiederaufbau der Infrastruktur wie der Wasser- und Stromversorgung sowie im Ge-

sundheits- und Bildungsbereich leisten. Im Sindschar gebe es derzeit nur eine Schule, sagt Grübel. „Es gibt Eltern, die mit ihren Kindern wieder zurück in die Lager gehen, weil die Kinder dort wenigstens ein bisschen Schulbildung bekommen.“ Außerdem brauche es dringend Arbeitsmöglichkeiten, insbesondere für die junge Generation. Und schließlich Versöhnungsprojekte: „Es ist wichtig, dass wir die lokalen Geistlichen aller Religionsgemeinschaften miteinbeziehen. Sie sind in ihren Gemeinschaften als Autoritäten anerkannt und haben Zugang zu den Menschen.“

Katja Dorothea Buck

GLOBAL LOKAL

Auch München braucht den Amazonas

Eine-Welt-Initiativen in der bayerischen Landeshauptstadt erkunden, was Entwicklung heute heißt

Das Münchner Netzwerk Nord-Süd-Forum diskutiert anlässlich seines 30-jährigen Bestehens über die Zukunft des entwicklungspolitischen Engagements. Die Klimapartnerschaft zwischen der Stadt München und einer indigenen Gemeinschaft in Peru gilt als Beispiel für Zusammenarbeit auf Augenhöhe.

Die Globalisierung einer nur auf Wirtschaftswachstum ausgerichteten Politik stößt an ihre Grenzen. Auch in den westlichen Industrieländern gibt es krasse soziale Gegensätze. Klimakatastrophe und Umweltzerstörung machen ein Umdenken notwendig. Was versteht die lokale Eine-Welt-Arbeit heute unter Entwicklung? Muss man von einer „anderen Entwicklung“ sprechen? Oder sollte man ganz auf den Begriff verzichten?

Mit solchen Fragen beschäftigt sich das Nord-Süd-Forum München in einer losen Themenreihe im Laufe dieses Jahres. Das Netzwerk umfasst rund 60 entwicklungspolitische Gruppen und blickt in diesem Jahr auf sein 30-jähriges Bestehen zurück. Bei einer ersten Veranstaltung haben Engagierte vorgestellt, wie sich ihre Sichtweise auf Entwicklung über die Jahre

verändert hat. Unter dem Motto „Entwicklung anders denken“ sind weitere Veranstaltungen geplant, etwa zu feministischen Perspektiven auf Entwicklung oder zur Wachstumskritik.

„Unter Entwicklung kann man sehr unterschiedliche Dinge verstehen“, sagt Kai Schäfer, geschäftsführender Referent des Netzwerks. „Wenn Entwicklung nicht mehr Wachstum bedeutet, was dann? Mit dieser Frage wollen wir uns auseinandersetzen.“ Er verspricht sich vom Themenschwerpunkt, dass die Mitgliedsgruppen ihr Engagement vertieft reflektieren. Die Gruppen vertreten ein breites Spektrum von ehrenamtlichen regionalen Initiativen bis zu nichtstaatlichen Hilfsorganisationen wie Handicap International oder Missio München.

Echte „Augenhöhe“ zu erreichen ist für beide Seiten schwer

Manche Nord-Süd-Kooperationen verfolgten auch heute noch einen klassischen Hilfsansatz, meint Schäfer. Dann werden zum Beispiel Schulen gebaut, die die Geldgeber im Norden finanzieren. Die Menschen im Süden sind die Empfänger. Der karitative Impuls prägte in weiten Teilen der Öffentlichkeit das

Bild von Entwicklungszusammenarbeit – aber auch einzelne Mitgliedsgruppen des Nord-Süd-Forums verstehen ihre Arbeit noch in diesem Sinn. „Der Impuls, Menschen helfen zu wollen, ist ja zunächst etwas Gutes“, sagt Schäfer. Die Frage sei aber, wie man es schaffe, dass sich beide Partner als gleichberechtigt verstehen. Die viel beschworene „Augenhöhe“ zu erreichen, sei in der Praxis „unendlich schwer für beide Seiten“. Man müsse daher darüber nachdenken, wie die eigene Projektarbeit in den Ländern des globalen Südens wirke.

Die Klimapartnerschaft Münchens mit der indigenen Gemeinschaft der Asháninka im zentralen Regenwald von Peru sei ein Beispiel für den Wandel von der Hilfe hin zu einer gemeinsamen Solidaritätsarbeit, sagt Schäfer. München unterstützt die Selbstorganisation der Indigenen, so dass sie ihren natürlichen Lebensraum besser schützen können, etwa gegen eindringende Konzerne. Gleichzeitig nützt der Schutz des Regenwaldes den Münchnern, weil die grüne Lunge in Südamerika für den weltweiten Klimaschutz essenziell ist.

Georg Stoll, beim Hilfswerk Misereor zuständig für globale Zu-

kunftsfragen, hält die Diskussion über das Verständnis von Entwicklung für sehr wichtig: „Der Begriff ist bei einigen unserer Partner im globalen Süden inzwischen verbrannt.“ Sie bringen „Entwicklung“ mit einem kapitalistischen Wirtschaftsmodell in Verbindung, das sie als zerstörerisch erlebt haben – auch wenn man den Begriff durch den Zusatz „nachhaltig“ ergänzt.

„Wir brauchen einen Perspektivwechsel“, sagt Stoll. Weg von einem Verständnis des Westens als privilegiertem Akteur, der Geld oder Know-how gibt, hin zu einem Bewusstsein von gemeinsamen Problemlagen. Um dahin zu gelangen, müsse man in einen Dialog treten und Selbstverständlichkeiten kritisch hinterfragen. Diese Überlegungen seien nicht neu, aber „in der Praxis häufig noch nicht so präsent“, sagt Stoll. Denn sie erfordern ein radikales Umdenken. Wenn es keine global geteilte Blaupause mehr für Entwicklung gibt, muss jeder seinen eigenen Weg suchen: die Asháninka in Peru ebenso wie die Menschen in München. Und statt dem Süden Rezepte zu empfehlen, muss für politische Veränderungen hier bei uns gesorgt werden.

Claudia Mende

PERSONALIA

Centre for Feminist Foreign Policy



Die Politikwissenschaftlerin **Kristina Lunz**, die das im vergangenen Jahr gegründete Zentrum für feministische Außenpolitik in Berlin leitet, berät das Auswärtige Amt in den kommenden Monaten beim Aufbau eines Frauennetzwerks zwischen Lateinamerika/Karibik und Deutschland. Das Netzwerk soll Frauen in Lateinamerika, der Karibik und Deutschland stärken und verbinden. Geplant sind außerdem ein Preis für besonderes Engagement für Frauenrechte und Demokratie, Präventivmaßnahmen sowie der Austausch zwischen Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu diesem Thema.

UNU-WIDER



Kunal Sen ist neuer Leiter des Forschungsinstituts für Entwicklungsökonomie (WIDER) der UN University in Helsinki. Der Inder folgt auf Finn Tarp, der zehn Jahre auf dem Posten war. UNU-WIDER forscht seit mehr als 30 Jahren zu Fragen nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung und dient zugleich als Beratungsinstitut.

Europäische Union

Der Ire **Eamon Gilmore** ist seit März neuer EU-Sonderbeauftragter für Menschenrechte. Er übernimmt das Amt zunächst für zwei Jahre. Gilmores Aufgabe ist es, die Wirksamkeit und die Außenwirkung der europäischen Menschenrechtspolitik zu fördern. Er tut das in enger Zusammenarbeit mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst unter der EU-Außenbeauftragten **Federica Mogherini**.

Heinrich-Böll-Stiftung

Der Politikwissenschaftler **Steffen Heizmann** ist seit März der neue Geschäftsführer der Heinrich-Böll-

Stiftung. Der 52-Jährige folgt auf **Livia Cotta**, die von 2013 bis 2018 auf dieser Position war. Heizmann ist seit 2009 bei der Böll-Stiftung und hat bisher die Abteilung Internationale Zusammenarbeit geleitet. Davor war er viele Jahre für das Bundesentwicklungsministerium – unter anderem als persönlicher Referent der Staatssekretärin **Uschi Eid** – sowie bei der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit tätig.

Kindernothilfe

Christian Herrmann, bis März stellvertretender Pressesprecher der Kindernothilfe, hat die Organisation verlassen und leitet jetzt die Öffentlichkeitsarbeit der St. Augustinus Gruppe in Neuss. Die Gruppe betreibt Krankenhäuser, Altenheime, Behinderteneinrichtungen, Pflegeschulen und Reha-Kliniken am Niederrhein.

KfW Entwicklungsbank

Stephan Opitz hat zum März den Länderbereich Europa/Asien übernommen, **Roland Siller** den Länderbereich Grundsätze/Lateinamerika. **Jenny Scharrer** leitet seit März das Kompetenzzentrum Wirtschaftsentwicklung und Bildung im Länderbereich Grundsätze/Lateinamerika. Sie war bisher als Projektmanagerin im Team Finanzsystementwicklung im Länderbereich Afrika/Nahost tätig.

UNCCD



UN-Generalsekretär **António Guterres** hat **Ibrahim Thiaw** aus Mauretanien zum neuen Direktor des Sekretariats der UN-Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung ernannt. Thiaw folgt auf die Französin **Monique Barbut**, die das Sekretariat sechs Jahre lang geleitet hat. Thiaw war zuletzt Berater des UN-Generalsekretärs für den Sahel, davor war er für das UN-Umweltprogramm tätig, unter anderem als stellvertretender Direktor. Das UNCCD-Sekretariat ist in Bonn.

UNEP: Auf den Norweger folgt eine Dänin



Inger Andersen ist die neue Leiterin des UN-Umweltprogramms in der kenianischen Hauptstadt Nairobi. Die Dänin folgt auf den Norweger **Erik Solheim**, der im vergangenen November wegen Kritik an seinen häufigen und ausgedehnten Dienstreisen zurückgetreten war. Die Wirtschaftswissenschaftlerin Andersen hat zuletzt die Weltnaturschutzunion IUCN geleitet. Davor war sie als Vizepräsidentin für den Nahen Osten und Nordafrika bei der Weltbank sowie bei

den Vereinten Nationen tätig. Dort hat sie sich mit Dürre- und Wüstenproblemen sowie mit Wasser und Umwelt in arabischen Ländern befasst.

Zu ihrer Ernennung zur neuen UNEP-Chefin sagte die 60-Jährige: „In dieser für den Planeten und die Menschheit ersten Epoche war Umweltbewusstsein noch nie so wichtig.“ Die Bundesregierung hatte den Staatssekretär im Umweltministerium, **Jochen Flasbarth**, für den Posten vorgeschlagen. Der gratulierte dem UN-Generalsekretär zu seiner Wahl: Mit der Dänin würden die UN eine „überzeugende Anwältin für die globale Umwelt haben“.

Anzeige



FRIEDENSARBEIT - IHR ANLIEGEN?

Sie haben Sozialpädagogik, Politik- oder Sozialwissenschaften studiert und sind berufserfahren. Sie suchen eine Aufgabe, bei der Sie unsere Partner professionell dabei unterstützen, gewaltfreie Konfliktlösungen zu finden. Christliche Werte sind Teil Ihrer Motivation und Sie verstehen Ihr Tun als solidarischen Dienst.

Dann sollten wir uns kennenlernen!

Die Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH) ist der Personaldienst der deutschen Katholiken für Entwicklungszusammenarbeit.

Wir bieten Ihnen die Chance, in Projekten des Zivilen Friedensdienstes in Afrika, Asien und Lateinamerika aktiv zu werden, auf der Grundlage des Entwicklungshelfer-Gesetzes.

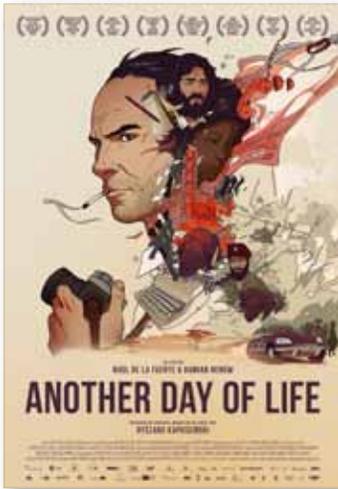
Informieren Sie sich auf www.ageh.de über unsere Stellenangebote im Zivilen Friedensdienst.

Arbeitsgemeinschaft für
Entwicklungshilfe (AGEH) e.V.
Ripuaerenstraße 8 | 50679 Köln
Tel. 0221 8896-270
www.ageh.de
jobs@ageh.org

AGEH 
mitmenschen.
Arbeitsgemeinschaft für
Entwicklungshilfe e.V.

FILMKRITIK

Innovative Montagen



Another Day of Life

Polen, Spanien, Deutschland, Belgien, Ungarn 2018

Regie: Raúl de la Fuente und Damian Nenow

85 Minuten

Kinostart: 4. April 2019

Der packende Film schildert in einer eleganten Kombination aus Animation und Dokumentation den Einsatz des polnischen Reporters Ryszard Kapuściński im angolanischen Bürgerkrieg.

Im Herbst 1975 reist der polnische Starreporter Ryszard Kapuściński (1932–2007) im Auftrag der staatlichen Nachrichtenagentur PAP nach Angola. Er soll über den Bürgerkrieg in dem südafrikanischen Staat berichten, der kurz vor der Unabhängigkeit von der Kolonialmacht Portugal steht. Seine Erfahrungen während des dreimonatigen Aufenthalts in der Hauptstadt Luanda und an der Front im Süden verarbeitet der damals 43-Jährige in dem Bestsellerroman „Another Day of Life“.

Der Film des spanischen Regisseurs Raúl de la Fuente und seines polnischen Kollegen Damian Nenow beruht auf Motiven dieses Romans. Das Regieduo kombiniert auf außergewöhnliche und innovative Weise etwa 80 Minuten Animation im Stil einer Graphic Novel mit rund 20 Minuten an dokumentarischem Bildmaterial, das sich aus historischen TV-Aufnahmen, Schwarz-Weiß-Fotos und heutigen Zeitzeugeninterviews zusammensetzt.

Einige Figuren sind fiktiv, andere sind Abbilder tatsächlicher Zeitzeugen. Eine flüssige Montage verknüpft beide Ebenen geschickt. So geht etwa eine animierte Szene mit Kapuścińskis angolanischem Kollegen Artur Queiroz direkt in ein Realfilm-Interview des alten Queiroz über. Aus dem Off kommentiert darüber hinaus der Ich-Erzähler Kapuściński die Ereignisse.

So werden wir am Anfang des Films Zeuge, wie viele Portugiesen ihre Häuser verlassen und mit ihren Wertsachen aus Angola fliehen und die Hauptstadt im Chaos versinkt. Vom Hotel Tivoli beobachtet Kapuściński, wie die Müllberge wachsen – und reist schließlich er an die Frontlinien in den Süden.

Dort kämpft die Unabhängigkeitsbewegung MPLA, die von der Sowjetunion und Kuba unterstützt wird, gegen die FNLA und UNITA, hinter denen die USA und Südafrika stehen. Mitten im Kalten Krieg entsteht ein neuer Stellvertreterkrieg, der noch 27 Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung andauern und fast eine Million Menschenleben fordern wird.

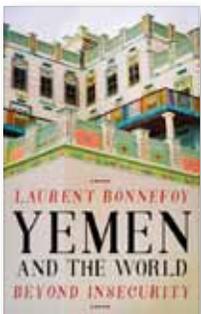
Im Süden will der Reporter Kapuściński den legendären MPLA-General Farrusco interviewen, der als portugiesischer Elitesoldat zur sozialistischen Miliz übergelaufen ist und gegen einen übermächtigen Feind auf verlorenem Posten kämpft. Auf der Fahrt dorthin geraten Kapuściński und sein Fahrer in einen Hinterhalt, doch die junge MPLA-Kommandeurin Carlotta rettet sie im letzten Moment vor Regierungstruppen, die gerade ein Massaker an Zivilisten verübt haben. Über 50 Kilometer ist die Straße übersät mit Leichen. „Das war das Grausamste, das ich gesehen habe“, sagt Artur Queiro im Rückblick. Der grausige Anblick mündet in alptraumartige Trickszenen, in denen sich Körperformen auflösen und schwere Waffen durch die Luft schweben. Solche Ausflüge ins Visionäre verstärken immer wieder die Empathie der Zuschauer mit den animierten und realen Figuren.

Der packende Film, der 2018 mit dem Europäischen Filmpreis in der Kategorie Bester Animationsfilm ausgezeichnet wurde, lässt keinen Zweifel an der Parteinahme Kapuścińskis für die MPLA. Einen bitteren Beigeschmack verursacht aber die Tatsache, dass der Autor nur die Verbrechen der FNLA und der UNITA erwähnt, nicht aber die der MPLA. Ohnehin sind die Darstellungen des einst so bewunderten Reporters mit Vorsicht zu genießen, seit sein Landsmann Artur Domoslawski 2014 in einer voluminösen Biografie nachgewiesen hat, in welchem Ausmaß Kapuściński seine Reportagen literarisch ausgeschmückt hat.

Reinhard Kleber

REZENSIONEN

Nicht bloß ein Opfer von Interventionen



Laurent Bonnefoy
Yemen and the World
 Beyond Insecurity
 Hurst, London 2018
 256 Seiten, ca. 38 Euro

Der französische Forscher Laurent Bonnefoy zeigt in seinem Buch über den Jemen, wie vernetzt das vorderasiatische Land international ist und welch gewichtige Rolle es für den gesamten Nahen und Mittleren Osten spielt und spielt.

Die Stärke al-Qaidas im Jemen und der Bürgerkrieg unter regionaler und internationaler Beteiligung vor allem des sunnitisch-wahhabitisch geprägten Saudi-Arabien und des schiitisch geprägten Iran haben den Eindruck erzeugt, das Land sei ein passiver Aus-

tragungsort regionaler und internationaler Konflikte. Der Autor, der vier Jahre im Jemen gelebt hat, korrigiert dieses Bild: Er lenkt die Aufmerksamkeit auf Jemens Rolle auf der internationalen Bühne. Laurent Bonnefoy blickt dabei insgesamt auf sechs Felder internationalen Austauschs: Globalisierung, Diplomatie, Handel, Migration, Kultur und militanter Islamismus.

Zunächst nimmt uns der französische Politikwissenschaftler aber mit auf eine Reise durch die jemenitische Geschichte, die eine des internationalen

Austauschs ist. Die Nähe des Landes zum Horn von Afrika, die zweimalige Herrschaft des Osmanischen Reiches über große Teile des Jemen, die Rolle Ägyptens und Saudi-Arabiens in der nordjemenitischen Revolution in den 1960er Jahren, die wichtige Rolle Adens für die internationale Schifffahrt und die sozialistischen Einflüsse im Südjemen zur Zeit des Kalten Krieges machen deutlich, dass Jemens angebliche Isolation seit jeher nicht mehr war als ein Mythos.

Auch Migration, so der Autor, ist schon immer ein wichtiger Einflussfaktor im Jemen und für die Rolle des Landes in der Welt gewesen. Osama bin Ladens jemenitische Wurzeln oder die Rolle des jemenitisch-amerikanischen Predigers Anwar al-Awlaki in der internationalen Propaganda al-Qaidas haben den Jemen zu einem Schwerpunkt amerikanischer Antiterroroperationen werden lassen.

Bis heute sehen die USA das Land hauptsächlich durch diese Brille, auch wenn sich der Großteil der Gewalttaten islamistischer Gruppen im Jemen gegen den eigenen Staat und seine Verbündeten und Repräsentanten richtet. Die unversöhnliche Haltung der US-Amerikaner gegenüber diesen Terroristen, die man bis heute hauptsächlich durch Drohnen zu „eliminieren“ versucht und dabei auch immer wieder Zivilisten tötet, nehme jemenitischen Akteuren die Möglichkeit, zusammen mit diesen stark in der Ge-

sellschaft verwurzelten Islamisten alternative, nicht gewaltsame Lösungen zu finden.

Migration hat aber auch dazu geführt, dass vermehrte jemenitische Familien mittels Geldüberweisungen ihrer Mitglieder aus dem Ausland überleben und manche für eine Zeitlang sogar eine neue Mittelschicht bilden konnten. Auch sind junge Jemeniten im Ausland in den Genuss besserer Bildungsmöglichkeiten gekommen, die sie in der Folge in den Dienst ihres Heimatlandes stellten und die in der Golfregion und darüber hinaus auch für eine neue Vernetzung von Künstlern gesorgt haben. Drei von fünf Star-of-the-Gulf-Gesangswettbewerben eines Fernsehsenders aus Dubai hat ein Jemenit gewonnen.

Heute sind die meisten der Jemeniten, denen es gelingt, ihr Land zu verlassen, Flüchtlinge. Die andauernde Gewalt im Land und die verzweifelte humanitäre und wirtschaftliche Lage werden dafür sorgen, dass das so bleibt, betont der Autor – wenn es nicht gelingt, den Krieg im Jemen zu beenden und nachhaltige Entwicklung vor den Kampf gegen den Terrorismus zu setzen. Laurent Bonnefoys Buch ist für alle diejenigen lesenswert, die jenseits der medialen Vereinfachung mehr über dieses Land erfahren wollen. Denn es öffnet die Augen für ein komplexes und faszinierendes Land mit großem Potenzial, das einst als der „glückliche Jemen“ galt.

Marie-Christine Heinze

Anzeige

sez
Förderung Entwicklungs-
zusammenarbeit
Baden-Württemberg

Internationale
Messe für Fair Trade
und global verant-
wortungsvolles
Handeln

Fair Handeln

25. – 28. April 2019

Messe Stuttgart | www.fair-handeln.com

Mitten im Markt

Messe Stuttgart



Von Außergewöhnlich bis zukunftsfähig

Willkommen auf der Fair Handeln – Deutschlands bedeutendster Messe für Fair Trade, Entwicklungszusammenarbeit und nachhaltiges Handeln.

Nutzen Sie die Messe zum Shoppen, Networken, Diskutieren und informieren Sie sich über Trends und Handlungsmöglichkeiten für eine gerechtere Zukunft auf unserem Planeten.

Ausstellungsbereiche:

- Fairer Handel
- Entwicklungszusammenarbeit
- Nachhaltiger Tourismus
- Verantwortliche Unternehmensführung (CSR)
- Nachhaltiges Finanzwesen
- Future Fashion



Preisgerechtigkeit aus historischem Blick



Christoph Fleischmann

Nehmen ist seliger als geben

Wie der Kapitalismus die Gerechtigkeit auf den Kopf stellte

Rotpunkt-Verlag, Zürich 2018

237 Seiten, 12,90 Euro

Im Kapitalismus ist der gerechte Preis der, den man zu zahlen bereit ist. Das war nicht immer so, zeigt der Journalist Christoph Fleischmann mit seinem Gang durch die Geschichte der Tauschgerechtigkeit.

Was ist eine Ananas wert?, fragt der Autor zum Einstieg und beschreibt einen Moment extremer Ungerechtigkeit beim Feilschen um eine Ananas mit einer indischen Straßenverkäuferin: Er handelt einen für sich günstigen Preis aus, obwohl die Straßenverkäuferin das Geld viel dringender benötigt. Zu zeigen, dass der Kapitalismus an solchem Verhalten eine Teilschuld trägt, ist das Ziel von Fleischmanns Buch.

Im globalen Norden handeln private Käufer heute kaum noch. Nur ganz am Rande, etwa beim Handeln auf Flohmärkten oder bei organisierten Tauschbörsen, spielt der gleichwertige Austausch noch eine sichtbare Rolle. Ansonsten zahlen die Kunden den Preis, mit dem die Ware ausgezeichnet ist, oder kaufen das Produkt eben nicht. Deshalb denken sie beim Einkaufen im Supermarkt kaum über die Verhandlungen und Prozesse nach, die hinter den vermeintlich festen Preisen stehen. Bis zum späten Mittelalter, betont der Autor, galt ein Handel als gerecht,

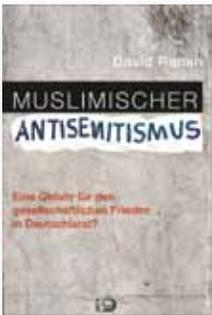
wenn Waren gleichen Wertes oder Ware und Geld gleichen Wertes getauscht wurden.

Heute bezeichne man einen Handel als gerecht, wenn ihm beide Vertragspartner freiwillig zustimmen – unabhängig davon, ob das gezahlte Geld dem Wert der Ware entspreche oder nicht. Dieser Wandel hängt laut Fleischmann mit dem Aufkommen kapitalistischer Wirtschaftsformen zusammen. Diese hätten dazu geführt, dass materielle Gier und die rücksichtslose Vermehrung des eigenen Besitzes mit einem Mal nicht mehr als Laster empfunden worden seien, sondern stattdessen als legitim galten, wenn die Besitztümer nicht durch Gewalt, sondern durch freien Handel aufgrund freiwilliger Vereinbarungen erlangt wurden.

Fleischmanns gut recherchierte und mit Fachausdrücken gespickte Erzählung führt über Aristoteles Vorstellungen von Gerechtigkeit über die Scholastiker des Mittelalters und der frühen Neuzeit zu Thomas Hobbes und den neoliberalen Ökonomen und ist eine anregende Lektüre für alle, die sich für Wirtschaft, Philosophie und Gerechtigkeit interessieren und Spaß beim Lesen einer historischen Darstellung haben.

Meike Lawrenz

Verschiedene Formen des Antisemitismus



David Ranan

Muslimischer Antisemitismus

Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Frieden in Deutschland?

Dietz-Verlag, 2018

224 Seiten, 19,90 Euro

Der deutsch-britische Politologe David Ranan sucht nach Erklärungen für das seiner Meinung nach recht junge Phänomen des muslimischen Antisemitismus. Seine umstrittenen Thesen sind ein wichtiger Beitrag zur Diskussion.

Wenn junge Muslime in Deutschland Synagogen beschmieren, jüdische Friedhöfe schänden oder gar einem Juden die Kippa vom Kopf schlagen, ist die öffentliche Aufregung groß. In Kommentaren und Talkshows wird dann gerne gefragt, ob Muslime grundsätzlich antisemitisch eingestellt seien, ob Judenhass vielleicht sogar Bestandteil des Islam sei. In seinem Buch „Muslimischer Antisemitismus“ geht der deutsch-britische Politologe David Ranan, der seine Kindheit und Jugend in Israel verbracht hat, dem nach.

Sein Befund ist ambivalent. Ranan hat mehr als 70 Interviews mit muslimischen Studierenden und Akademikern in Deutschland und Großbritannien geführt, und die legen den Schluss nahe, dass Muslime Juden tatsächlich nicht leiden können. Selbst unter gebildeten Muslimen sind Stereotype vom reichen, mächtigen Juden und Verschwörungstheorien wie die von der jüdischen Weltherrschaft weit verbreitet.

Ranan will allerdings nicht Öl ins Feuer gießen, sondern sucht nach Erklärungen, warum diese Stereotype bei Muslimen auf so fruchtbaren Bo-

den fallen. Er kommt zu dem Schluss, dass muslimischer Antisemitismus ein relativ junges Phänomen sei, das nicht in einen Topf geworfen werden dürfe mit dem über Jahrhunderte in Europa tradierten christlichen Judenhass. Der stützt sich bekanntlich auf den Vorwurf, dass die Juden Gottes Sohn umgebracht hätten. Dass dies für Muslime, die nicht an die Gottessohnschaft Jesu glauben, kein Argument ist, liegt auf der Hand.

Ranan sieht den Ursprung dafür, dass viele Muslime Juden ablehnen, vielmehr im Nahostkonflikt. Darin würden Israel und stellvertretend dafür die Juden allgemein als mächtig und überlegen erlebt, während die Palästinenser, mit denen sich viele Muslime identifizieren, ohnmächtig wirkten. Im Gegensatz zum abendländischen Antisemitismus mit seinem rassistischen Fundament habe der muslimische Antisemitismus seinen Grund in einem erlebten Unrechtsempfinden im Rahmen eines Territorialkonflikts.

Ranan ist für diese These von verschiedenen Seiten scharf kritisiert worden. Er versuche, antisemitische Übergriffe von Muslimen zu relativieren oder zu entschuldigen, werfen ihm Kritiker nicht ganz zu Unrecht vor. Denn egal auf welchem Boden Ressentiments und Vorurteile wachsen – sobald sie zu antisemitischen Übergriffen führen, sind sie inakzeptabel.

Andererseits nimmt Ranan mit seiner Erklärung all jenen den Wind aus den Segeln, die auf antisemiti-

sche Angriffe von Muslimen verweisen, um vom Antisemitismus aus dem rechten Lager abzulenken. Der bildet immerhin den Hintergrund von 95 Prozent aller antisemitischen Übergriffe in Deutschland, wie der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken im Frühjahr 2018 zu entnehmen ist. Ranans Unterscheidung verschiedener Ausprägungen von Antisemitismus ist auch hilfreich für Prä-

ventionsstrategien und Bewusstseinsbildung, denn mit rechten Antisemiten muss anders diskutiert werden als mit muslimischen. Damit nimmt Ranan die muslimische Gemeinschaft aus der Schusslinie, die unabhängig vom Vorwurf des Antisemitismus von Teilen der deutschen Bevölkerung als Bedrohung wahrgenommen wird. So ist sein Buch ein Beitrag zum gesellschaftlichen Frieden. **Katja Dorothea Buck**

Diesel, Platin und Menschenrechte



Britta Becker, Maren Grimm und Jakob Krameritsch (Hg.)

Zum Beispiel BASF
Über Konzernmacht
und Menschenrechte
Mandelbaum Verlag, Wien 2018
456 Seiten, 26,90 Euro

Das Buch der engagierten Wissenschaftler und Filmemacher widmet sich der Verantwortung internationaler Konzerne, die in Ländern des globalen Südens Ressourcen abbauen. Es erklärt anschaulich und beispielhaft die Probleme mit Selbstverpflichtungen von Unternehmen.

Im August 2012 starben 34 streikende Bergleute im Kugelhagel der südafrikanischen Polizei. Das Massaker von Marikana, am Rande einer der wichtigsten Platinminen nordwestlich von Johannesburg, die den Rohstoff für Katalysatoren in Autos mit Dieselmotoren liefern, ist bis heute ein Trauma für die junge Demokratie. Viele erinnerte damals die Polizeigewalt an die Willkür der Sicherheitskräfte während der Apartheid. Aber 2012 ging es nicht um rassistische Unterdrückung, sondern um die Niederschlagung eines Streiks für höhere Löhne im Interesse des transnationalen Konzerns Lonmin. Von ihm kaufte der deutsche Chemiekonzern BASF jahrelang Platin für Abgaskatalysatoren.

Die Verantwortung für den Polizeieinsatz ist noch immer nicht ganz geklärt. Aber Menschenrechtsaktivisten, Kirchenvertreter und überlebende Arbeiter wollen auch BASF als wichtigen Abnehmer in die Pflicht nehmen dafür, dass Menschenrechte in Lieferketten eingehalten werden. Südafrikanische Delegierte haben mehrfach auf BASF-Aktionärsversammlungen die Probleme der Arbeiter und der Familien erklärt, deren Haupternährer beim Massaker erschossen worden waren.

Das reich bebilderte Buch lässt Witwen und überlebende Arbeiter zu Wort kommen; es kommentiert auch die Reaktionen des BASF-Vorstandsvorsitzen-

den. So kontrastieren die Herausgeber Schilderungen der menschenunwürdigen Unterkünfte und schwierigen Arbeitsbedingungen mit den Selbstverpflichtungen des Unternehmens und beleuchten die Rolle des Lonmin-Konzerns.

Dazu hat Brot für die Welt im April 2018 die anschauliche, elektronisch zugängliche Publikation „Edles Metall, unwürdiger Abbau“ veröffentlicht. Becker, Grimm und Krameritsch, die mit Brot für die Welt kooperierten und deren Buch auch auf Englisch in Südafrika erschienen ist, erweitern den Fokus um Hintergrundanalysen zur Platinindustrie sowie zur Situation der Bergleute während und nach der Kolonialzeit, also nach 1910. Südafrikanische Autorinnen und Autoren erklären die komplexen Zusammenhänge und diskutieren Fragen der Nord-Süd-Solidarität. Zudem stellen sie Bezüge zur Welthandelspolitik und zum UN-Abkommen für Wirtschaft und Menschenrechte her. Deutschsprachige Fachleute nehmen die Rohstoffpolitik der EU sowie die Unternehmensgeschichte der BASF unter die Lupe, beispielsweise die Geschäftsbeziehungen des Konzerns (damals als Teil der IG-Farben) mit dem NS-Regime und seine Tätigkeit im Apartheidstaat.

Gerade durch diese historischen Rückbezüge erscheinen Forderungen, dass transnationale Konzerne die Einhaltung grundlegender Menschenrechte gewährleisten müssen, umso dringlicher. Weil das Buch am Beispiel Südafrika zentrale Probleme zum Spannungsfeld von Wirtschaft und Menschenrechten erörtert, bringt es auch denen einen Erkenntnisgewinn, die entwicklungspolitisch zum Rohstoffhandel oder zu mineralischen Ressourcen arbeiten.

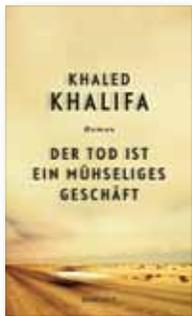
Rita Schäfer

Ein syrischer Höllentrip

Khaled Khalifa erzählt die Geschichte dreier Geschwister, die den letzten Wunsch ihres in Damaskus verstorbenen Vaters erfüllen wollen, ihn in seinem Heimatdorf Anabija bei Aleppo zu beerdigen. Im kriegsgebeutelten Syrien wird das zu einem grotesken Höllentrip.

Die Fahrt im Minibus mit einer sich zusehends zersetzenden Leiche, die unter normalen Umständen

einen halben Tag dauern würde, zieht sich durch die Warterei an verschiedenen Checkpoints unerträglich in die Länge. Immer wieder muss die bizarre Reisegesellschaft den unterschiedlichen Kriegsparteien ihr Anliegen erläutern – ein geschickter Kniff des Autors, um die mörderische Vielfalt des Krieges aufzuzeigen und jeder Kriegspartei ihr Fett zu geben. Einmal kommen die Geschwister nicht weiter, weil die



Khaled Khalifa

Der Tod ist ein mühseliges Geschäft

Aus dem Arabischen von
Hartmut Fähndrich
Rowohlt, Reinbek 2018
224 Seiten, 20 Euro

Soldaten am Checkpoint die Leiche des Vaters verhaften. Dieser hatte sich zu Lebzeiten für die Revolution engagiert. An einer anderen Straßensperre müssen sie sich in die Warteschlange für Lastwagen einreihen. Eine Leiche sei schließlich eine Ware – für die dann reichlich Schmiergeld gezahlt werden muss. Die Dschihadisten halten die Geschwister auf, um ihnen zunächst beizubringen, wie ein Muslim ihrer Meinung nach zu beten hat. Währenddessen machen sich die Maden über die Leiche des Vaters her. Der Autor spart nicht an schwarzem Humor.

Ein Höllentrip ist die Fahrt für die drei allerdings auch, weil sie sich nicht aus dem Weg gehen können. Je länger sie dauert, desto deutlicher werden die Lebenslügen der Protagonisten. Da ist Fatima, die sich immer für eine besonders begehrte junge Frau gehalten hat. Heute lebt sie ein mittelmäßiges Leben an der Seite eines Mannes, den sie nicht liebt und der sie nicht liebt. Nabil, genannt Bulbul, hatte einst große Ideale, doch ihm fehlte der Mut, sie zu leben. Er führt das biedere Leben eines angepassten Angestellten. Auf Hussain, dem Ältesten, lagen einst die Hoffnungen des Vaters. Vor langer Zeit hatte der Sohn aber mit dem Vater gebrochen, wohl auch, weil

er dessen Lebenslügen nicht mehr ertrug. Statt aus seiner Freiheit etwas zu machen, hat Hussain es nur zum Fahrer russischer Showgirls gebracht und auch seiner Schwester in der Not nicht beistehen können.

Khaled Khalifa ist ein großartiger Roman über das heutige Syrien gelungen mit literarischen Bildern, die den Leserinnen und Lesern noch lange im Gedächtnis bleiben. So die Szene, in denen die Geschwister in dunkler, kalter Nacht auf freiem Feld von streunenden Hunden angegriffen werden, die sich über den Kadaver des Vaters hermachen wollen. Oder der verbissene Kampf der beiden Brüder in einem zerstörten, verlassenen Dorf.

Fein beleuchtet Khalifa, dass Lebenslügen nicht nur aus der individuellen Unfähigkeit entstehen. Sie haben ihren Grund auch in einer Gesellschaft, die seit Jahrzehnten von einem autoritären Regime beherrscht wird und zudem nach den starren Regeln einer Kultur der Scham und der Ehre lebt. Dies vor dem Hintergrund des blutigen Krieges, in dem verschiedene Gruppen bis auf den Tod etwas zu bewahren versuchen, sei es den Status quo, die Macht oder eine fixe religiöse Idee, ist aufwühlend zu lesen.

Katja Dorothea Buck

Komplexe Poesie



María Cecilia Barbeta

Nachtleuchten

Fischer Verlag, Frankfurt am Main 2018
528 Seiten, 24 Euro

Die argentinische Autorin **María Cecilia Barbeta** erzählt in ihrem Roman vom Alltag nahe Buenos Aires zu Zeiten des Peronismus. Dank ihrer lyrischen Herangehensweise und der Vielzahl ihrer Charaktere ist die Lektüre aber keine leichte Kost.

Argentinien 1974. Der Tod des im Volk beliebten Präsidenten Juan Perón und die Übernahme der Regierungsgeschäfte durch seine Frau läuten politisch unruhige Zeiten ein. Vor dieser Kulisse wirft die Autorin einen Blick auf das Alltagsleben der Bürger des beschaulichen Ortes Ballester und porträtiert eindrucksvoll verschiedene Perspektiven. Da gibt es etwa die zwölfjährige Teresa Gianelli, fromme Elevation einer katholischen Mädchenschule, ebenso wie Álvaro Fatini, Automechaniker in der Werkstatt Autopia und Chefredakteur einer kleinen Lokalzeitung, oder auch den extrovertierten Friseur Celio Rachello. Ihre Träume, Gewohnheiten, Freuden und Ängste stehen im Zentrum des Romans – so sehr, dass die politische Rahmenhandlung fast schon untergeht. Teresa etwa hat sich in den Kopf gesetzt, die Kirche näher zu den Christen im Ort zu bringen, und lässt dazu eine schützende Madonnenreplik von Familie zu Familie wandern. Álvaro philosophiert mit seinen Kollegen über linke Ideologien, und Celio erleidet einen harten Schicksalsschlag.

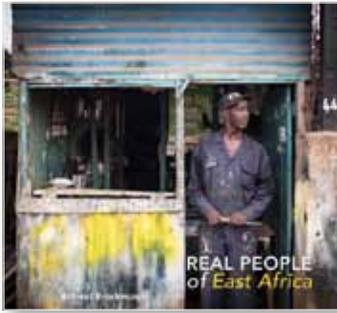
Auf 500 Seiten und in vier Abschnitten bietet Barbeta tiefe Einblicke die in argentinische Kultur und lässt ihre Leser eloquent und teils poetisch teilhaben am kulinarischen, musikalischen und traditionellen Leben der damaligen Zeit. Geschickt ein-

geflochten in die Geschichte finden sich etwa spanische Sprichwörter und Liedtexte, Ausführungen über landesübliche Leckereien wie Choripán, eine Art argentinischer Hotdog, sowie Beschreibungen der tiefroten Blüte des Ceibobaumes, der Nationalblume der Argentinier.

Äußerst fantasievoll schildert die Autorin auch die Träumereien und Spielereien der Kinder von Ballester, von der detektivischen Suche nach einer verschwundenen Katze bis hin zur brodelnden Gerüchteküche an der Mädchenschule, als eine Nonne rätselhafterweise verschwindet und von den Schülerinnen spontan zur Heiligen erklärt wird. Barbettas Sprachstil ist dabei experimentell; die Vielzahl an Metaphern, Anspielungen, Alliterationen und Umschreibungen verleiht „Nachtleuchten“ eine lyrische Ästhetik. Doch die vielen Schachtelsätze, Parallelerzählungen, Fremd- und Fachworte, plötzlichen Zeitsprünge und Perspektivwechsel erschweren auch den Lesefluss. Die Autorin verliert sich oft in einer Fülle von Details, so dass kaum ein dramaturgischer Bogen erkennbar ist. Zwar wird auf diese Weise fast jede Figur gleichberechtigt vorgestellt, doch erinnert die schiere Vielzahl von Charakteren und ihr komplexes Beziehungsgeflecht an klassische Dramen, mit dem entscheidenden Unterschied, dass Namen und Rollen nicht auf den ersten Seiten des Werkes nachgeschlagen werden können. Als Konsequenz droht beim Lesen literarische Orientierungslosigkeit – Barbettas anspruchsvolles Buch könnte damit abseits elitärer Literaturkreise eher auf Unverständnis stoßen.

Sophia Allenstein

Fotografien auf Augenhöhe



Roland Brockmann
Real People of East Africa
 Photo Edition Berlin, 2018
 110 Seiten, 24 Euro

Der Fotojournalist Roland Brockmann porträtiert Menschen aus Tansania und Kenia in ihrem Alltag. Dabei entsteht ein authentisches Bild des ländlichen Lebens.

Noch immer ist der westliche Blick auf Afrika häufig von Stereotypen geprägt: Bilder zeigen hungrige Kinder, Armensiedlungen und Gewalt auf der einen, bunte Exotik und ursprüngliche Natur auf der anderen Seite. Der Fotojournalist Roland Brockmann porträtiert in seinem Bildband Männer und Frauen jenseits der gängigen Klischees: Handwerker und Busfahrer, Fischer, Händler oder Viehhirten – Menschen in ihrem Alltag eben. Entstanden sind die 44 Fotos während verschiedener Reisen durch Tansania und Kenia. Er habe sich nicht auf die Suche gemacht, sondern sei den Menschen begegnet, schreibt Brockmann, der viele Jahre als Afrikakorrespondent arbeitete und auch als Entwicklungshelfer in Tansania war. Zu sehen sind die Fotografierten dort, wo sie leben und arbeiten: in ihren Wohnungen, Werkstätten, auf dem Acker oder im Fischerboot. Die Bilder sind sorgfältig komponiert, die Kamera bewegt sich respektvoll auf Augenhöhe.

Neben den Bildern stehen kurze Protokolle, in denen die Porträtierten aus ihrem Leben erzählen: von ihrer Arbeit, wie sie davon mal besser, mal

schlechter über die Runden kommen, vom Ärger mit dem betrunkenen Ehemann, den Plänen für die Zukunft oder einfach nur, welchem Fußballclub sie zuzubeln. Die in Englisch und Deutsch übersetzten Texte geben Einblick in ganz unterschiedliche Lebensentwürfe und lassen die Individuen hinter den Bildern hervortreten. Warum gerade das Gewöhnliche an Brockmanns Zugang so ungewöhnlich ist und wie sich unser Bild von Afrika kulturhistorisch entwickelt hat, erklärt Alexis Malefakis, Kurator am Völkerkundemuseum der Universität Zürich, in einem kurzen kommentierenden Essay.

Lesenswert machen das Buch die ganz unterschiedlichen Protagonisten: Brockmann hat nicht nur Kleinbauern oder Straßenhändler getroffen, sondern auch einen Sargmacher, einen Bienenzüchter, eine Barbesitzerin, einen Musiker oder auch einen Dorffkinobetreiber, der auf dem Fernseher in seiner Wohnstube DVDs vorführt. Einen blinden Fleck gibt es aber: Die porträtierten Menschen leben meist in ländlichen Regionen. Die aufstrebende Mittelschicht in Nairobi oder Arusha, die jungen Unternehmer, politischen Aktivisten oder Wissenschaftler kommen nicht zu Wort. Zu den „echten“ Menschen in Ostafrika gehören sie aber ganz sicher dazu.

Sebastian Drescher

KURZREZENSIONEN

Das Los von Christen in Kuba

Die offene Konfrontation zwischen der katholischen Kirche in Venezue-

la und Nicaragua und den autokratischen Regierungen unter Nicolás Maduro und Daniel Ortega fand 2018 großes Interesse in den Medien. Sehr viel weniger Aufmerksam-

keit gab und gibt es für die Lage der Christen in Kuba. Nach dem euphorisch gefeierten Besuch von Papst Franziskus im September 2015 auf der Karibikinsel wurde es erstaun-

lich schnell wieder still um die Frage nach mehr Spielräumen für Religions- und Meinungsfreiheit. Der Missio-Adveniat-Länderbericht versucht, diese Lücke zu schließen. Sei-

Anzeige

Neues aus unserem Afrika-Programm



Jan-Philipp Scholz
Menschenhandel, Migrationsbusiness und moderne Sklaverei
 Menschen gefangen zwischen afrikanischen Herkunftsländern und europäischen Staaten
 188 S., Pb. Großoktav mit Vierfarbteil, € 19,90
 ISBN 978-3-95558-251-7

Das wahre Migrationsdrama findet innerhalb Afrikas statt – weit weg von den Augen der Weltöffentlichkeit und den Einsatzgebieten staatlicher oder ehrenamtlicher Seenotretter. Scholz gebt sich auf die Spuren dieser Migranten, lange bevor sie in die Nähe europäischer Grenzen kommen.



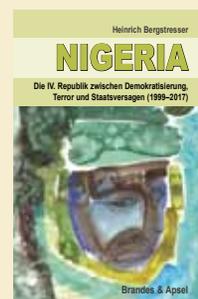
Rita Schäfer
Migration und Neuanfang in Südafrika
 Geschichte und Gegenwart von Einwanderung, Asyl und Wanderarbeit
 240 S., Pb. Großoktav, € 24,90
 ISBN 978-3-95558-250-0

Südafrika ist das wichtigste Einwanderungsland in Afrika. Migration ist ein Schlüssel zum Verständnis Südafrikas. Wie die viel beschworene Regenbogennation die Integration handhabt, ist Thema dieses Buches.



Heinrich Bergstresser
Ghana
 Die IV. Republik zwischen Vorbild und Mythos (1993–2018)
 256 S., Pb. Großoktav, € 24,90
 ISBN 978-3-95558-252-4

Bergstresser schaut auf und hinter das demokratische System der IV. Republik, zeigt seine Stärken und Schwächen auf und arbeitet das politökonomische Innenleben Ghanas und sein Verhältnis zur internationalen Gemeinschaft heraus.



Heinrich Bergstresser
Nigeria
 Die IV. Republik zwischen Demokratisierung, Terror und Staatsversagen (1999–2017)
 260 S., Pb. Großoktav, € 24,90
 ISBN 978-3-95558-199-2

»Diese Veröffentlichung eignet sich für alle, die sich für die neueste Entwicklung von Nigeria interessieren und sich vertiefend mit ihr auseinandersetzen wollen.« (Theresa Endres für africa-live.de)

ne Autoren zeichnen ein unaufgeregtes, nüchternes, in weiten Teilen auch ernüchterndes Bild der kubanischen Kirche. Sie ringt unter prekären Bedingungen um Freiräume für politische und kulturelle Meinungsäußerung und Teilhabe an der Gesellschaft. Der Preis für kleine Freiheiten ist vielfach der Verzicht auf offene Dissidenz und öffentliche Kontroversen, obwohl die Menschenrechtslage im Land mehr als genug Anlässe dafür liefern würde. Am interessantesten ist der Ku-

ba-Länderbericht dort, wo er Einblicke in die pastorale Praxis gibt und zeigt, wie die Kirche mit diakonischem Engagement neue Chancen öffnet und Menschen erreicht. So knüpft die katholische Kirche auf der Karibikinsel mit Hausgemeinden, die von engagierten Laien – überwiegend Frauen – in deren Privatwohnungen unterhalten werden, erfolgreich an die lebendige Tradition der christlichen Basisgemeinden in Lateinamerika an. Die Autoren äußern sich nicht

dazu, wie sich die Spielräume kirchlichen Lebens und die Achtung von Menschen- und Freiheitsrechten unter dem neuen Staatspräsidenten Miguel Díaz-Canel Bermúdez entwickeln könnten. Aber sie machen klar, wie eng die Grenzen im Augenblick sind. **Jürgen Schübelin**

Martin Hagenmaier und Michael Huhn
Religionsfreiheit: Kuba
Länderberichte Religionsfreiheit Heft 40; missio und Adveniat, Aachen/Essen 2018, 36 Seiten

KULTURTIPP

Perspektiven des Altwerdens

Die Menschen werden immer älter: Nicht nur in den Industrieländern, auch im globalen Süden steigt die durchschnittliche Lebenserwartung seit vielen Jahren. Die von Alice Pawlik kuratierte Ausstellung im Frankfurter Weltkulturenmuseum nähert sich aus kulturwissenschaftlicher, künstlerischer und individueller Perspektive unterschiedlichen Ideen und Lebensentwürfen des Alterns.

Zwar altern alle Menschen biologisch ähnlich: Ihre Haare ergrauen oder fallen aus, die Knochen werden brüchig, das Sehvermögen nimmt ab. Doch wie Menschen diese Prozesse wahrnehmen

und damit umgehen, unterscheidet sich von Generation zu Generation ebenso wie zwischen verschiedenen Kulturen. Eine allgemeingültige Definition dieser Lebensphase, so der Tenor der Ausstellung, gibt es nicht.

Gezeigt werden Fotografien, Filme, Zeichnungen sowie Raum- und Multimediainstallationen internationaler Wissenschaftler und Künstler, unter anderem aus Nigeria, Syrien, Israel und der Schweiz. Die Exponate thematisieren Liebe und Sexualität im Alter ebenso wie die Weitergabe von Wissen älterer Menschen an jüngere Generationen oder den Umgang mit Ge-

sundheit, Krankheit und Tod. Auf einem der Fotos sitzt beispielsweise ein nackter älterer Mann auf einem Holzschmel und starrt einen menschlichen Schädel an, den er in den Händen hält.

Außerdem zu sehen sind 165 Videos und Fotos, die Menschen aus der ganzen Welt dem Museum geschickt haben. Sie wurden unter den rund 350 Einsendungen ausgewählt, die das Museum nach einem Aufruf über soziale Netzwerke zum Thema Altern bekam. Ebenso zu sehen sind Fotografien und Objekte aus der Afrika-, Amerika-, Südostasien- und Ozeanienammlung des Weltkulturenmuseums. Schließlich wird die Ausstellung von einer Reihe von Vorträgen, Workshops und thematischen Führungen – auch einer Seniorenführung – begleitet. Trotz aller kulturellen und individuellen Unterschiede gibt es beim Altern Begleiterscheinungen, die wahrscheinlich in keiner Kultur als erstrebenswert gelten. Zu ihnen zählt die Vergesslichkeit. Auch hier schafft das Museum Abhilfe: An eigens aufgestellten Spielkonsolen können die Besucher ihre Gehirnfunktion trainieren.

Frankfurt am Main
bis 1. September 2019
Grey is the new pink – Momentaufnahmen des Alterns
Weltkulturenmuseum
Telefon: +49-69-21 231 510
www.weltkulturenmuseum.de



Dieses Bild eines unbekanntes Fotografen zeigt eine ältere Bolivianerin im Jahr 1969.

SAMMLUNG WELTKULTUREN MUSEUM

Impressum

Redaktion:

Bernd Ludermann (bl, verantw.), Tillmann Elliesen (ell), Barbara Erbe (erb), Moritz Elliesen (me, Volontär), Sebastian Drescher (sdr, online)

Emil-von-Behring-Straße 3,
60439 Frankfurt/M.;
Postfach 50 05 50, 60394 Frankfurt/M.
Telefon: 069-580 98 138;
E-Mail: redaktion@welt-sichten.org

Ständig Mitarbeitende:

Katja Dorothea Buck (kb), Tübingen;
Ralf Leonhard (rld), Wien;
Claudia Mende (cm), München; Philipp Saure (ps), Brüssel; Christina Stucky (cst), Bern; Marina Zapf (maz), Berlin

Ansprechpartner in Österreich:

Gottfried Mernyi, Kindernothilfe Österreich, 1010 Wien, Dorotheergasse 18

Herausgeber: Verein zur Förderung der entwicklungspolitischen Publizistik e.V. (VFEP), Klaus Seitz (Vorsitzender), Brot für die Welt, Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin

Mitglieder im VFEP: Brot für alle (Bern), Brot für die Welt (Berlin), Christoffel-Blindenmission (Bensheim), Fastenopfer (Luzern), Kindernothilfe (Duisburg), Misereor (Aachen)

Die Rubrik „Global-lokal“ erscheint in Kooperation mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/Engagement Global gGmbH.

Anzeigenleitung: Yvonne Christoph, m-public Medien Services GmbH, Zimmerstraße 90, 10117 Berlin, Tel.: 030-325321-433, www.m-public.de

Grafische Gestaltung:

Angelika Fritsch, Matthias Koch



Gedruckt auf 100% Recyclingpapier mit dem blauen Engel.



Druck: Strube Druck&Medien OHG, Stimmerswiesen 3, 34587 Felsberg

Verlegerischer Dienstleister: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik gGmbH, Frankfurt/M.

Preis der Einzel-Nr.: 6,50 Euro / 8,90 sFr zuzügl. Versandkosten
Preis im Jahresabonnement: 53,40 Euro, ermäßigt 40,05 Euro. Preisänderungen vorbehalten.

Den Einzelverkauf im Bahnhofsbuchhandel betreut stella Distribution GmbH, Hamburg

ISSN 1865-7966 „welt-sichten“

Verschenken Sie WELT-SICHTEN. Es lohnt sich!



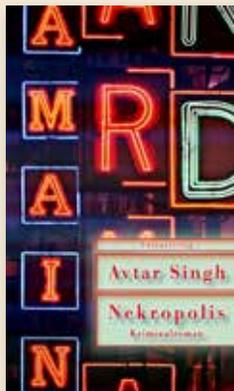
- sachlich
- kritisch
- gründlich

Sie schenken Denkanstöße:

WELT-SICHTEN analysiert, hinterfragt, erklärt und macht neugierig. Die Zeitschrift bietet Reportagen, Interviews und Berichte über die Länder des Südens und globale Fragen. Neunmal jährlich direkt ins Haus.

Unser Dankeschön:

Sie machen mit einem **WELT-SICHTEN**-Abonnement jemandem eine Freude – wir bedanken uns dafür mit dem indischen Krimi „Nekropolis“, in dem das Ermittlerteam mit rätselhaften Todesfällen zu tun bekommt und auf archaische Kulte stößt. Oder wir schenken Ihnen den **WELT-SICHTEN**-Thermobecher, in dem Sie heiße oder kalte Getränke auslaufsicher auf Reisen mitnehmen können. Sie haben die Wahl!



Avtar Singh
Nekropolis
Unionsverlag 2018
272 Seiten



Thermobecher mit
WELT-SICHTEN-Logo
silber/schwarz
0,4 Liter, 250 Gramm

Im nächsten Heft

PHARMAFIRMEN UND ARZNEI

Im Ernstfall entscheidet der Zugang zu Medikamenten über Leben und Tod. Können Kolumbien und Mexiko mit Hilfe von Zwangslizenzen preiswerter an wichtige Wirkstoffe unter Patentschutz kommen? Welchen Einfluss nehmen private Investoren auf den Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria? Und können Entwicklungsländer vom wachsenden Markt für medizinisches Cannabis profitieren?

ECUADOR

In Quito haben Unternehmer, Umweltschützer und die Stadt gemeinsam die Wasserversorgung verbessert und einen Teil der Einnahmen in den Naturschutz geleitet. Kann das Modell in anderen Ländern funktionieren?

Ihre Bestellmöglichkeiten:

Telefon: 069/58098-138
Fax: 069/58098-162
E-Mail: redaktion@welt-sichten.org
Post: Einfach den Coupon ausfüllen und abschicken an:
Redaktion „welt-sichten“
Postfach 50 05 50
60394 Frankfurt/Main

Ja, ich verschenke ein Jahresabonnement von **WELT-SICHTEN** (neun Ausgaben). Es beginnt mit

- Ausgabe 6-2019 Ausgabe 7/8-2019 Ausgabe ____-2019

Bitte schicken Sie die Zeitschrift an:

NAME, VORNAME

STRASSE, HAUSNUMMER

POSTLEITZAHL, ORT

Ich bezahle das Geschenkabonnement.

Es kostet 53,40 Euro inklusive Porto in Deutschland, 67,80 Euro in Europa. Das Geschenkabonnement läuft ein Jahr und verlängert sich nicht automatisch. Eine Belehrung über Ihr Widerrufsrecht finden Sie in der Auftragsbestätigung und unter www.welt-sichten.org/widerrufsbelehrung.

Als Dankeschön erhalte ich, sobald das Abonnement bezahlt ist:

- „Nekropolis“ von Avtar Singh
 WELT-SICHTEN-Thermobecher

An diese Adresse erhalte ich meine Prämie und die Rechnung:

NAME, VORNAME

STRASSE, HAUSNUMMER

POSTLEITZAHL, ORT

DATUM, UNTERSCHRIFT

Informationen zum Datenschutz: Verantwortliche Stelle ist der Verein zur Förderung der entwicklungspolitischen Publizistik e.V., Emil-von-Behring-Straße 3, 60439 Frankfurt/M., E-Mail: redaktion@welt-sichten.org, Telefon: +49 69 58098-138. Ihre Daten werden vom weisungsgebundenen Auftragsverarbeiter Gemeinschaftswerk der Evang. Publizistik (GEP gGmbH), Frankfurt/M., verarbeitet. Ihre Daten werden nur für die Zwecke Ihrer Bestellung und der Kundenbindung verwendet. Es besteht keine Absicht, Ihre personenbezogenen Daten an einen Empfänger in einem Drittland zu übermitteln. Aufbewahrungsfristen (Löschfristen) richten sich nach gesetzlichen Vorschriften. Ihnen steht ein jederzeitiges Recht auf Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten sowie auf Berichtigung unrichtiger Daten und auf Löschung Ihrer Daten sowie auf Einschränkung der Verarbeitung nach den Vorschriften der DS-GVO zu. Sie haben das Recht, formlos jederzeit der Verarbeitung mit Wirkung für die Zukunft zu widersprechen. Sie haben das Recht der Beschwerde gegen die Datenverarbeitung bei der für uns zuständigen Aufsichtsbehörde: Der Hessische Datenschutzbeauftragte, Wiesbaden.





MEIN START-UP
BIETET KEINE
SATTEN GEWINNE,
ABER SATTE
MENSCHEN.

Die Welt ist voller
guter Ideen.
Lass sie wachsen.

MISEREOR
IHR HILFSWERK